

DIE WELTWOCHEN



Männerfalle Ehe

Der Bund fürs Leben birgt Abgründe und unkalkulierbare Risiken.

Von Alex Baur

Land der Mitte

Der Schweizer Mittelstand ist gewachsen, nicht geschrumpft. *Von Florian Schwab*

Vor diesen Professoren wird gewarnt, Teil 2

Auf vielfachen Wunsch: Von weiteren Irrlehren an Schweizer Universitäten.

Von Lucien Scherrer



8 Zylinder für ein Maximum an Leistung. 4 Zylinder für ein Minimum an Verbrauch.



Der Audi S7 Sportback mit cylinder on demand Technologie entscheidet selbst, ob 8 oder 4 Zylinder des V8-TFSI®-Motors zum Einsatz kommen – je nach Fahrsituation. Für eine fortschrittliche Balance zwischen souveräner Performance und hoher Effizienz sorgt im Audi S7 Sportback ausserdem die besonders leichte Aluminium-Hybrid-Bauweise. Erleben Sie jetzt intelligentere Kraft auf einer Probefahrt und profitieren Sie von neuen Leasingangeboten. Jetzt bei Ihrem Audi Händler.

Audi S7 Sportback 4.0 TFSI, Normverbrauch gesamt: 9,7 l/100 km, CO₂-Emissionen: 225 g/km (Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 159 g/km), Energieeffizienz-Kategorie: G.

Spezial-Leasing

Audi Swiss Service Package+

Reparatur 3 Jahre oder 100'000 km
Service 10 Jahre oder 100'000 km
Es gilt jeweils das zuerst Erreichte

Vorsprung durch Technik 

Vor bald zwei Jahren sorgte ein Postulat in der *Weltwoche* für Irritation: Alex Baur forderte die massive Reduktion oder gar Streichung von Unterhaltszahlungen (Nr. 3/11). Die Begründung: Wenn scheiden nicht mehr rentiert, fällt das wichtigste Motiv für unschöne Prozesse weg; die Kinder aufziehen zu dürfen, ist keine Last, sondern ein Privileg, das einen Preis haben sollte. Baur müsse traumatische Erfahrungen mit Frauen gemacht haben, mutmasste eine empörte Leserin. Das Gegenteil ist richtig: Unser Autor, Vater von drei Kindern (und einigen Pflegekindern), ist seit dreissig Jahren glücklich verheiratet; er selber wurde von

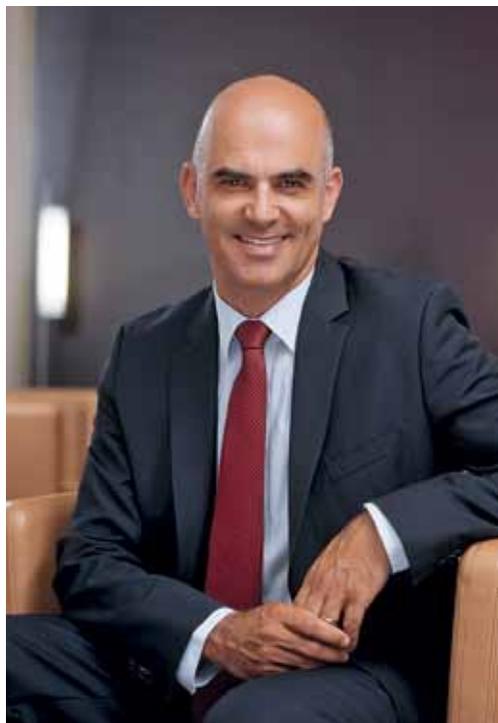


Alte Muster: Scheidung.

einer alleinerziehenden Mutter aufgezogen, die bereits in den 1960er Jahren bewiesen hatte, dass eine Frau nicht auf einen Ernährer angewiesen ist. Die Rolle der Frauen hat sich seither verändert – aber bei einer Scheidung gelten nach wie vor die alten Muster. Seite 26

Eine Karriere bis in den Bundesrat lässt sich nicht planen, lautet ein Glaubenssatz der eidgenössischen Politik. Alain Berset bewies das Gegenteil: «Er hat alles perfekt gemacht», sagten alle, mit denen Markus Schär über den rasanten Aufstieg des vierzigjährigen «Monsieur Parfait» aus Belfaux FR sprach. Aber jetzt ist der Linke, der es immer allen recht machte, seit bald einem Jahr nicht nur professioneller Bundesratskandidat, sondern tatsächlich Bundesrat, und dies im schwierigsten Departement. Für die Krankenkassen und die Altersvorsorge muss der Innenminister mehrheitsfähige Lösungen finden. Schafft

das der Sozialdemokrat – auch gegen die eigene Partei? Seite 30



«Monsieur Parfait»: Bundesrat Berset.

Die US-Präsidentenwahl wird sich in rund acht Gliedstaaten entscheiden. Einer davon ist Wisconsin, im Mittleren Westen, zwischen Michigansee und Kanada gelegen. Hier sind Amerikas «Cheeseheads» zu Hause, herbe und arbeitsame Vieh- und Milchbauern. Urs Gehrigger hatte sich gerade aufgemacht, das Milkschloss Amerikas zu erkunden, als Präsident Obama zu einer Wahlkampfrede einflog. Der präsentierte sich auf dem Campus der Hauptstadt Madison in Bestform und liess sich in der linken Studentenstadt feiern. Draussen, bei den Viehwirten, reagierte man auf den hohen Besuch mit Skepsis. Wisconsin ist ein Staat der Extreme: ländlich und urban, konservativ und links. Emotional aufgeheizt durch Dürre und lokalpolitische Wirren, stehen sich Demokraten und Republikaner spinnfeind gegenüber. Die Konflikte verlaufen nicht immer den erwarteten Linien entlang. Zwischen Zuchtbulln und Melkmaschinen waren überraschende Ansichten zu vernehmen, die für Amerikas Zukunft positiv stimmen. Seite 46

Ein spezieller Hinweis: Seit Jahren wird von Ökonomen, Politikern und Meinungsmachern gesagt, der Mittelstand in der Schweiz werde aufgegeben, die Gesellschaft drifte auseinander. Nun zeigt eine hochinteressante Studie von Avenir Suisse, die demnächst veröffentlicht wird, dass die Realität anders aussieht. Die These von der schrumpfenden Mittelschicht kann wissenschaftlich nicht gestützt werden. Im Gegenteil. Der Mittelstand wächst, die Unterschicht wird kleiner. Seite 34

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehrigger, Andreas Kunz, Christoph Landolt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Beatrice Schlag (Los Angeles), Florian Schwab, Lucien Scherrer, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Markus Gisler, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Pia Reinacher, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (New York), Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (Leitung),

Verena Tempelmann, Nadja Schmid (Assistentin)

Layout: Tobias Schär (Leitung),

Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (Leitung), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (Leitung),

Christine Lesnik (Leitung Stil-Ausgaben),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



ALWAYS ON TARGET !



Flagship Chrono
Ref. 6-4183.04.007
Gehäuse aus Edelstahl
Chronofunktionen
kratzfestes Saphirglas
wasserdicht bis zu 10 ATM (100m)
Swiss Made



SWISS MILITARY
HANOWA

Weitere Informationen und Verkaufsstellen:

www.swissmilitary.ch

Frauenquote

Nein danke. Und eine etwas traurige Geschichte aus der Welt des Eishockeys. Von Roger Köppel

An einer Diskussionsveranstaltung musste ich mich kürzlich gegen giftige Anfeindungen zum Thema Frauenquote zur Wehr setzen. Mein Gegenüber wurde mit der sachlichen Feststellung nicht fertig, dass es meiner Ansicht nach keine systematische Diskriminierung von Frauen in der Schweiz gebe, höchstens in Einwanderermilieus, die einem spätmittelalterlichen Verhaltenskodex folgen und von unserem Sozialsystem durch Fürsorgeleistungen an der Integration gehindert werden.

Ich bleibe dabei: In der Schweiz wird keine Frau daran gehindert, Karriere zu machen oder ihren beruflichen Ehrgeiz auszuleben. Die «gläserne Decke» ist eine Behauptung, für die ich noch nirgends einen Beweis gefunden hätte. In allen Betrieben, die ich inwendig kenne, wurden Frauen gefördert, geradezu nach oben geschoben, mit Job-Sharing-Privilegien beglückt, für die ich als Mann – so vermute ich – viel härter hätte kämpfen müssen. Tatsache ist, dass jeder Vorgesetzte, der einer ehrgeizigen Frau den Aufstieg verwehrt, aus welchen Gründen auch immer, sich rasch mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, er habe etwas gegen Frauen.

Wir leben in einer der offensten Gesellschaften, die jemals existierten. Natürlich kann es vorkommen, dass in einer Firma Frauen allgemein oder bestimmte Frauen geschnitten, gemobbt, diskriminiert werden. Wie man kürzlich an der Universität Zürich gesehen hat, wird so auch gegen Männer vorgegangen, die das falsche Parteibuch haben. Das ist abzulehnen, aber Leute, die sich diskriminiert, zu wenig geschätzt oder gefördert wähnen, haben in der Regel die Möglichkeit, ihr Glück anderswo zu suchen. Niemand wird gezwungen, in einem Umfeld zu arbeiten, das ihn ungerecht, also nicht leistungsgemäss, behandelt. Es braucht keinen Staat, der Zwangsquoten für Frauen oder andere mutmassliche Opfergruppen durchsetzt.

Kommen wir zu den Löhnen. Hier wird behauptet, Frauen würden bei gleicher Leistung wie Männer durch Lohndumping systematisch benachteiligt. Stimmt das? Sind die Vergleiche richtig? Nehmen wir an, es gebe Frauen, die weniger verdienen als Männer in gleichen Positionen. Was ist der Grund? Diskriminierung? Das hiesse, dass Männer in aller Regel viel zu hohe Löhne kassierten, wenn doch das eigentliche Lohnniveau – mit dem sich die Frauen zufriedengeben müssen – viel tiefer liegt. Die Aktionäre müssten dann die Chefs der meisten Unternehmen sofort entlassen, weil in ihren Betrieben die Männer, einfach weil sie Männer



«Frauen oder andere mutmassliche Opfergruppen».

sind, zu hoch bezahlt würden. Alle Löhne wären sofort auf das tiefere Niveau der Frauen zu senken. Damit wäre die Frauendiskriminierung, deren logisches Gegenstück die Männerbevorzugung ist, behoben.

Vermutlich hat es andere Ursachen, wenn Frauen statistisch gesehen schlechter bezahlt sind. Ein Grund könnte sein: Sie akzeptieren freiwillig aus unterschiedlichen Motiven einen tieferen Lohn. Niemand wird in der Schweiz gezwungen, einen Arbeitsvertrag, der ihm nicht gefällt, zu unterschreiben. Wenn Frauen besser verdienen wollen, sollten sie härter verhandeln oder den Arbeitgeber wechseln – und bereit sein, die entsprechenden Leistungen durch Verzicht in anderen Lebensbereichen aufzubringen. Wie Männer. Frauenquoten sind ungerecht, weil sie alle nicht quotenfähigen Gruppen benachteiligen und am Ende auch den Frauen schaden. Wer Frauenquoten fordert, degradiert die Frauen zu Opfern, denen mit Zwangsmassnahmen geholfen werden muss, weil sie sich angeblich selber nicht zu helfen wissen.

Unlängst stiess ich auf eine berührende, etwas traurige Geschichte, als ich im Internet wegen Recherchen Erkundigungen über den früheren sowjetischen Eishockey-Weltklasse-Verteidiger Wjatscheslaw Fetisow einholte. Fetisow spielte jahrelang für den Armeeklub ZSKA Moskau und die Nationalmannschaft. Anfang der neunziger Jahre wechselte der Ausnahmekönner, der das Eis napoleonisch beherrschte, in die nordamerikanische National Hockey League, wo er rasch zum Star aufstieg. Mit ihm zusammen spielte ein Kollege aus Murmansk, Wladimir «Vladinator» Konstantinow, der damals härteste Abwehrspieler der Welt, ein hochbewegliches

Bollwerk auf Kufen, an dem die Gegner serienweise zerschellten.

Konstantinows betonharte Bodychecks sind heute noch auf Youtube zu bestaunen. Der muskelbepackte Verteidiger, Jahrgang 1967, sah mit seinem knochigen Schädel aus wie ein der asiatischen Steppe entsprungener «James Bond»-Bösewicht, grimmiger und kantiger noch als Dolph Lundgren in «Rocky IV», die Verkörperung des stoischen Sowjet-Athleten, der mit der Konstanz eines Präzisionscomputers furchteinflössende Höchstleistungen abruft. Konstantinow spielte mit vier anderen Russen in einem Fünferblock für die Detroit Red Wings und sicherte der Mannschaft als einer ihrer besten Spieler 1997 den ersten Meisterschaftstitel seit 42 Jahren. Der Dreissigjährige stand am Zenit.

Was dann geschah, rührte selbst jene Leute zu Tränen, die Konstantinow jeweils mitleidlos an die Banden genagelt hatte. Nur sechs Tage nach dem Titelgewinn nahm der Red-Wings-Held an einer Party teil. Auf der Rückfahrt in einer von der Klubleitung bestellten Limousine schlief der Chauffeur ein und prallte mit seinem Wagen frontal in einen Baum. Wie sich herausstellte, war ihm der Führerausweis wegen Trunkenheit am Steuer kurz zuvor entzogen worden. Der Fahrer kam mit Prellungen davon. Konstantinow erlitt schwerste Kopfverletzungen, fiel ins Koma und wachte erst nach mehreren Wochen wieder auf, schwerbehindert, unfähig zu sprechen, mit bleibenden Schädigungen. Bilder zeigen ihn auf einem Rollstuhl lächelnd mit seiner bildhübschen Frau Irina und seiner Tochter. Die Red Wings hielten ihm jahrelang das Schliessfach in der Umkleidekabine frei.

Warum ich die Geschichte erzähle? Weil ich Konstantinow als junger Sportjournalist an der Eishockey-WM in Bern noch selber spielen sah, ihn bewunderte und dann aus den Augen verlor. Die Wiederbegegnung machte mich zuerst traurig, aber sie hatte auch etwas Tröstliches, weil sie in aller Brutalität und Klarheit zeigt, welche unerwarteten Wendungen das Schicksal nehmen kann. Es ist eine Binsenweisheit, dass sich vieles meist schlagartig ändert, aber meistens verdrängt man diese Möglichkeit und ist sich nicht bewusst, was für ein Privileg es bedeutet, in geordneten Verhältnissen einigermassen gesund zu leben.

In einem Fernsehinterview vor ein paar Jahren spricht Konstantinows Frau weinend davon, wie sich ihr Mann, der wieder etwas reden lernte, mit eisenharter Disziplin eine gewisse körperliche Souveränität antrainierte. Dass sie nach wie vor zu einem Mann steht, der sich nur noch schemenhaft an sein früheres Ich erinnert, ist ein bewegendes Beispiel für die Kraft menschlicher Beziehungen. Was die Frau über ihren Mann sagt, trifft auch auf sie selber zu: «Er ist sein eigener, spezieller Held.»



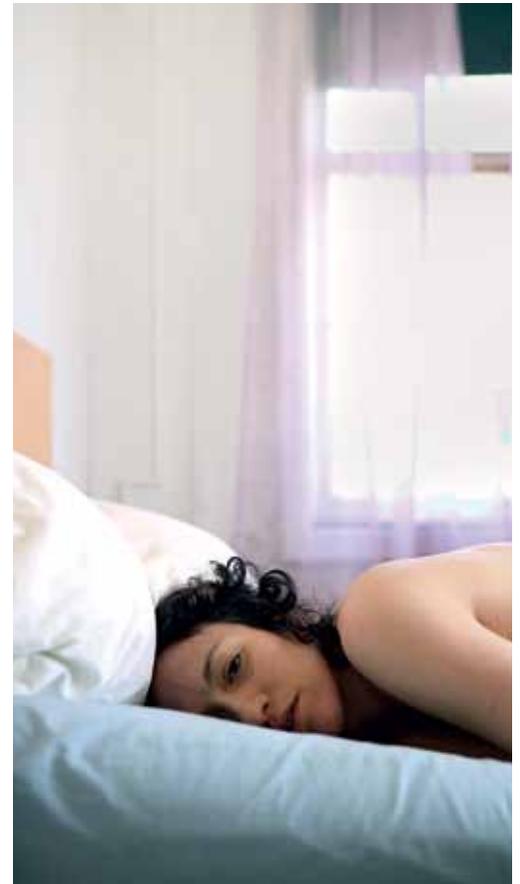
Lorbeeren: Europäische Union. Seite 42



Abrechnung: Buchautor Kachelmann. Seite 16



Erfolgsmodell: Mittelstand. Seite 34



Neue Volkskrankheit: Schlaflosigkeit. Seite 54

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Sabotage des Parlaments

11 Im Auge Sir John Gurdon, Nobelpreisträger

12 Atommüll Alte Seilschaften

12 Finanzplatz Jobkiller Politik

15 Personenkontrolle Meier, Hildebrand, Raggenbass, Lütolf-Junicic, Binswanger, Stämpfli

15 Nachruf Norodom Sihanouk, König

16 Die Rache des Wetterfroschs

Jörg Kachelmanns Abrechnung mit der Mannheimer Justiz, der deutschen Presse und seiner Ex-Freundin

18 Die Deutschen Günter Grass, der «Freund Israels»

18 Wirtschaft Fragwürdige Studien zur Energiewende

21 Ausland Im Strudel der Syrien-Krise

22 Mörgeli Recht gehabt, recht bekommen

22 Bodenmann Der nächste 38-Jahres-Plan

23 Medien Die Geheimpapiersammlung

23 Kostenkontrolle 61,5 Millionen für Tourismusbürokratie

24 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

26 Männerfalle Ehe

Bei der Scheidung ist Schluss mit Gleichberechtigung

30 Beruf: Bundesrat

Ist Innenminister Alain Berset der Pragmatiker, der die Probleme von Krankenkassen und Altersvorsorge löst?

33 Währung Ernst Baltensperger über den Schweizer Franken

34 Mittelstand in Hochform

Die Mittelschicht in der Schweiz wächst und gedeiht

36 Vor diesen Professoren wird gewarnt

Irrlehren und Ideologie an den Hochschulen (Teil 2)

38 Replik Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel

40 Universität St. Gallen Schlechte Noten für Professor Gärtner

41 «Der stumme Frühling» Bestseller fordert Malaria-Opfer

42 Europa des Unfriedens

Der Friedensnobelpreis an die Europäische Union irritiert

44 Guter Bradley, böser Bradley

Esther Wyler über den Umgang der USA mit Whistleblowern

46 Im Milkschloss der USA

Wisconsin ist ein Schlüsselstaat für die Präsidentenwahl

49 Patricia Nixon Serie über Amerikas First Ladies (7)

50 «Öl ins Feuer»

Exklusivgespräch mit Walid Phares, Berater für Aussen- und Sicherheitspolitik von Präsidentschaftskandidat Mitt Romney

52 Doping Der Fall von Tour-de-France-Held Lance Armstrong

53 Fussball Falcao, gefährlichster Stürmer der Welt

54 Die schlaflose Gesellschaft

Jeder zweite Schweizer leidet unter Schlafstörungen

"WER MIT 800 KM/H IM 2-METER-ABSTAND
ZU DEN ANDEREN STAFFELFLUGZEUGEN EINSÄTZE
FLIEGT, VERLÄSST SICH AUF DIE CHRONOMETRISCHE
PRÄZISION DES **WELTBESTEN CHRONOGRAFEN.**"



Frédéric Schwebel beherrscht die "Slot"-Rolle im Breitling Jet Team perfekt. Diese schwierigste Staffelposition in der Formationsmitte ohne Ausweichmöglichkeit lässt keine Fehler zu. An seinem Handgelenk trägt er die Chronomat mit dem leistungsstärksten, von der COSC (Offizielle Schweizerische Chronometerkontrolle) Chronometer-zertifizierten, vollständig in Eigenregie konzipierten und konstruierten Ausnahmemotor Breitling Kaliber 01. Die ultrarobuste, ultrazuverlässige und bis 500 m superwasserdichte Chronomat besticht zudem durch ihr einzigartiges Design und die beispiellose Detailpflege. Für Frédéric Schwebel ganz einfach der weltbeste Chronograf.

5-JÄHRIGE BREITLING GARANTIE CHF 8690.- unverbindlicher Richtpreis

EMBASSY

GRENDDELSTRASSE 2, LUZERN, TEL. 041 - 418 20 80
SCHWEIZERHOFQUAI 2, LUZERN, TEL. 041 - 418 50 80
PALACE ARCADE, ST. MORITZ, TEL. 081 - 833 35 31



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



«Ich glaube an die Macht der Sprachen»: Linguist Harald Weinrich. Seite 60

Interview

60 «Gefahr einer Sofasprache»

Der grosse Sprachwissenschaftler Harald Weinrich, 85, über das frühe Sprachenlernen, die Risiken der «Shoppingsprache» und die Furcht vor dem Tod

Stil & Kultur

58 Stil & Kultur Chloë Sevigny, It-Girl

60 Bestseller

63 Jazz Nik Bärtsch's Ronin Live

65 Literatur Ursula Krechel, Gewinnerin des Deutschen Buchpreises

66 Top 10

66 Kino «Und erlöse uns nicht von dem Bösen»

67 Fernseh-Kritik «Balkan-Charts»

68 Namen «Kronenhalle», Opernhaus Zürich etc.

69 MvH Meine Fortsetzung

69 Gesellschaft Schnüffler

70 Die Besten Ihr Weg zu echter Spitze

71 Thiel Wehret den Anfängern

71 Wein Sesti, Castello di Argiano: Brunello di Montalcino 2007

73 Auto Kia Rio 1,4 CVVT Style

74 Hochzeit Mona Gross-Pfeiffer, Liebeskummer-Therapeutin

Autoren in dieser Ausgabe

Robert U. Vogler



Robert U. Vogler war Chefhistoriker, Leiter Historical Research und von 2003 bis 2009 Senior Political Analyst bei der UBS.

In seinem Beitrag geht er der Frage nach, ob die EU wirklich die Friedensleistungen erbracht hat, für welche ihr letzte Woche der Nobelpreis verliehen wurde. Seite 42

Esther Wyler



Die Juristin arbeitete beim Zürcher Sozialamt und wurde dort 2008 entlassen, nachdem sie Missstände publik gemacht hatte.

In dieser Ausgabe schreibt die Autorin des neuen Buches «Whistleblowing» darüber, wie die Amerikaner mit missliebigen Geheimnisverrätern umgehen. Seite 44



HEISSE ANLAGEN IN DER KALTEN JAHRESZEIT:
Produkte, Trends und Strategien finden Sie in dieser Ausgabe.

dp payoff



**Coop ist nachhaltigste
Detailhändlerin der Welt.**

Coop belegte 2011 den 1. Platz im oekom
Corporate Rating der Einzelhändler.

Für eine saubere Welt.

Mit den Waschmitteln von Oecoplan wird Ihre Wäsche genauso sauber wie mit konventionellen Produkten. Allerdings mit dem astreinen Vorteil, dass die Umwelt dabei kaum belastet wird. Schauen Sie am besten vor Ihrem nächsten Waschtage in einem der grösseren Coop Supermärkte vorbei und überzeugen Sie sich selbst.



Coop Oecoplan
Waschmittel
1,8 kg, Fr. 12.90



Coop Oecoplan
Flüssigwaschmittel,
Flasche oder Beutel
1,5l, Fr. 11.80



Coop Oecoplan
Feinwaschmittel,
Flasche oder Beutel
1,5l, Fr. 9.80



Coop Oecoplan
Gewebeveredler
mit Apfelextrakt,
Flasche oder Beutel
1l, Fr. 3.95

oecoplan

Für die grüne Alternative.

coop

Für mich und dich.

PREMIERE: NEW SUZUKI GRAND VITARA 4x4

EINFÜHRUNGSPREIS
BEREITS FÜR **Fr. 28 990.-**



New Grand Vitara Cross Station (5-türig)

4x4

Euro 5
6.6l/100km
174g/km
CO₂

4x4 mit
Gelände-
reduktion
2x5 Gänge

Bis zu
2t
Anhängelast

Auch als
Automat



New Grand Vitara: Der überlegene 4x4 Cross Station. Wahre 4x4-Souveränität jetzt im neuen Design. Kompakte Überlegenheit vom sportlichen 3-Türer Cross Compact bis zum luxuriösen 5-Türer Cross Station. Noch effizientere Euro-5-Triebwerke: mehr Leistung, weniger Verbrauch!

High-Tech mit hohem Nutzwert. 4-Modus-4x4 mit Zentraldifferenzial: Damit steht Ihnen immer der ideale 4x4-Modus zur Verfügung. Dank 4L-Lock-Modus mit Reduktionsgetriebe echte Geländetauglichkeit, 2x5 Gänge.

Top-Ausstattung. Neue Front, elegantes Interieur, 4-Modus-4x4 inkl. Sperrdifferenzial und Geländereduktion, 6 Airbags, ABS mit EBS, ESP, Seitenaufprallschutz, Leichtmetallfelgen, Nebelscheinwerfer, Klimaautomatik, Servolenkung, ZV mit Fernbedienung, Keyless Entry/Start, Radio/CD (MP3) mit Lenkradbedienung, Sitzheizung vorne, elektrische Fensterheber, Multifunktionsdisplay, Tempomat.

Suzuki fahren, Treibstoff sparen: Ø 6.6l. Hauptbild: New Grand Vitara 1.9 GL Top Cross Station 4x4, 5-türig, Fr. 34 990.-, Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 6.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emission gesamt: 174g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 159g/km.



Auch als sportlicher New Grand Vitara Cross Compact (3-türig) erhältlich.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch



New Grand Vitara 2.4 GL Top 4x4, 3-türig, **Fr. 28 990.-**
New Grand Vitara 2.4 GL Top 4x4 Automat, 3-türig, **Fr. 30 990.-**



New Grand Vitara 1.9 GL Top Turbodiesel, 3-türig, **Fr. 30 990.-**



New Grand Vitara 2.4 GL Top 4x4, 5-türig, **Fr. 32 990.-**
New Grand Vitara 2.4 GL Top 4x4 Automat, 5-türig, **Fr. 34 990.-**



New Grand Vitara 1.9 GL Top Turbodiesel, 5-türig, **Fr. 34 990.-**



Ihre Suzuki Vertretung unterbreitet Ihnen gerne ein auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse abgestimmtes Suzuki Hit-Leasing-Angebot. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlungen, inkl. MwSt. Suzuki Hit-Leasing ab Fr. 11.95 pro Tag.** New Grand Vitara 2.4 GL Top 4x4, 3-türig, zu nur 3.97% effektivem Jahreszins, Barzahlungspreis Fr. 28 990.-, monatliche Leasinggebühr Fr. 358.45, Laufzeit 48 Monate. Maximale Fahrleistung 10 000 km/Jahr. Obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Sonderzahlung: 15% vom Nettokaufpreis. Kautions: 5% vom Nettokaufpreis, mindestens Fr. 1 000.-. Keine Leasingvergabe, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

Sabotage des Parlaments

Von Peter Keller — In der Herbstsession beschliesst das Parlament ein verschärftes Asylrecht. Das Bundesamt für Migration unterläuft die Beschlüsse – mit dem Einverständnis der zuständigen Bundesräte.



«Spezialweisung»: Gattiker (l.), Sommaruga.

Rekordverdächtige 1400 Tage dauert es durchschnittlich, bis in der Schweiz ein Asylverfahren zum Abschluss kommt. Für einmal reagierte das Bundesamt für Migration (BfM) aber auffällig schnell: Noch am 28. September, unmittelbar nach den letzten Abstimmungen der Herbstsession, verschickte BfM-Direktor Mario Gattiker eine «Spezialweisung» an die kantonalen Migrationsbehörden und die schweizerischen Auslandsvertretungen.

Im Schreiben kommt Gattiker auf den dringlichen Beschluss des Schweizer Parlaments zu sprechen, dass künftig die Einreichung von Asylgesuchen auf Schweizer Vertretungen im Ausland nicht mehr zugelassen ist. Umso erstaunlicher sind die Schlüsse, die das Bundesamt daraus zieht: Im Begleitschreiben des BfM-Direktors ist zu lesen, dass die Auslandsvertretungen zwar «grundsätzlich» keine Asylgesuche mehr entgegennehmen dürfen. «Im Einzelfall kann indessen nicht ausgeschlossen werden», so Gattiker weiter, «dass Personen, die Schutz vor asylrechtlicher Verfolgung geltend machen, auf den schweizerischen Vertretungen vorsprechen und um die Einreise in die Schweiz ersuchen.» In solchen Fällen bestehe «aus humanitären Gründen» die Möglichkeit, ein Einreisevisum zu erteilen.

Ein Visum aus humanitären Gründen könne dann erteilt werden, wenn bei einer Person

offensichtlich davon ausgegangen werden müsse, dass sie im Heimat- oder Herkunftsstaat «unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben» gefährdet sei. «Dies kann etwa bei akuten kriegerischen Ereignissen oder bei einer aufgrund der konkreten Situation unmittelbaren individuellen Gefährdung gegeben sein.» Damit werden dem dringlichen Parlamentsbeschluss die Zähne gezogen, noch bevor er in Kraft tritt. Und das ausdrücklich «in Absprache mit dem EDA [Departement für auswärtige Angelegenheiten]», wie es in der Einleitung der Weisungen heisst.

Die Gründe sind selbstverschuldet

Die Asylgesuchszahlen sind immer auch ein Spiegel der Asylpolitik eines Landes und seiner Verantwortlichen. Es werden dort besonders viele Gesuche eingereicht, wo die Sozialleistungen hoch sind und die Verfahren am ehesten zum Vorteil von falschen Flüchtlingen ausfallen. Das zeigt ein Vergleich mit anderen europäischen Staaten, die eine viel tiefere Asylgesuchsquote aufweisen als die Schweiz. Bei uns kommen auf 10 000 Einwohner 28,5 Asylgesuche. In Frankreich sind es 8,7 Gesuche pro 10 000 Einwohner. In den Niederlanden sind es 6,9 und in Italien 4,6 Gesuche. Würde Deutschland in einem ähnlichen Verhältnis Asylbewerber aufnehmen wie die Schweiz, wären dort im letzten Jahr rund 230 000 Asylgesuche eingegangen. Es waren aber lediglich 45 741. Wir haben eine um den Faktor 5 höhere Asylgesuchsquote als Deutschland. Kein westeuropäischer Staat ist so attraktiv für Asylbewerber (und ihre Schlepper) wie die Schweiz.

Die Gründe sind selbstverschuldet – und lassen sich an dieser BfM-Weisung exemplarisch nachzeichnen: Am 28. September, um 8.57 Uhr, beschliesst das Parlament mit 122 zu 49 Stimmen, dass auf schweizerischen Auslandsvertretungen keine Asylgesuche mehr entgegengenommen werden. Noch am gleichen Tag, um 16.26 Uhr, ergeht eine «Spezialweisung» an die zuständigen Behörden und Vertretungen, die diese als dringlich beschlossene Änderung des Asylgesetzes wieder unterläuft. Das ist eine gezielte Sabotage des Parlaments – im Einverständnis zweier Departemente und ihrer Vorsteher: des EDA unter Didier Burkhalter (FDP) und des EJPD unter Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP).

Forschers Frosch



Sir John Gurdon, Nobelpreisträger.

Wenn schon die EU den Friedensnobelpreis gewinnt, hätte auch der Krallenfrosch, der immerhin schon ungefähr 150 Millionen Jahre lebt, eine Auszeichnung verdient. Stattdessen kam die Jury in Stockholm auf Sir John Bertrand Gurdon, 79, dem der Biologielehrer in Eton einst auf den Lebensweg mitgab, sein Traum, Forscher zu werden, sei «lächerlich» und «reine Zeitverschwendung» für den schlechtesten der 250 Schüler seines Jahrganges. Das vergilbte Originalzeugnis hängt im Büro seines Instituts in Cambridge, das nach ihm benannt ist.

Er begann in Oxford Literatur zu studieren, ehe er doch auf Zoologie umsattelte und sich mit Embryos beschäftigte. Nun hat er also die Nobel-Prämierung in Medizin erhalten für seine Experimente am Krallenfrosch, einem plumpen, zahnlosen, wenig intelligenten Lurch – «für die Entdeckung, dass reife Zellen umprogrammiert werden können in pluripotente Zellen», wie das Komitee mitteilte. Eine Umschreibung der Stammzellenübertragung. «Es ist natürlich von Vorteil, so lange zu überleben, bis man diese Ehrung erfährt», sagte Gurdon. Die Preissumme von 930 000 Euro muss er sich mit dem Japaner Shinya Yamanaka, 40, teilen, einem Quereinsteiger wie er, der zuerst als Orthopäde arbeitete und noch gar nicht auf der Welt war, als der Brite seine Krallenfroscherkenntnisse publizierte. Die lange auf Skepsis stiessen, was auch damit zusammenhing, dass Gurdon damals ein gewöhnlicher Student und erst 25 war. Spötter mutmassten, Adolf Hitler könnte als seine eigene Horrorkopie zurückkehren. Aber das erste geklonte Wesen wurde das Schaf Dolly (1996–2003), um dessen wissenschaftliche Vaterschaft sich zwei britische Gelehrte streiten.

Gurdons Nobel-Ruhm strahlte auf seinen Arbeitgeber zurück. Die Universität Cambridge braucht nach 800 Jahren Erfolgsgeschichte Geld für neue Räume und Projekte und legte eine Anleihe von 435 Millionen Pfund zu 3,75 Prozent Zins auf, Laufzeit angemessene vierzig Jahre. Moody's gibt Triple A, und sie war sofort überzeichnet. *Peter Hartmann*

Alte Seilschaften

Von Alex Reichmuth — Die «unabhängigen» Atomexperten haben sich unmöglich gemacht.

Vor vier Monaten verliess der sogenannt unabhängige Atomexperte Marcos Buser die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) unter Protest. Buser bemängelte angeblichen Filz zwischen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra), dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) und dem Bundesamt für Energie (BFE). Die Suche nach einem Tiefenlager für radioaktive Abfälle «läuft aus dem Ruder», machte Buser geltend. BFE, Nagra und Ensi steckten unter einer Decke. Im August trat dann mit Walter Wildi ein weiterer «unabhängiger» Experte aus einem Atomgremium zurück («Beirat Entsorgung» des Bundes), mit ähnlicher Begründung. Wildi und Buser beabsichtigen jetzt, ein Buch über Filz in der Endlagersuche zu schreiben.

Die *Sonntagszeitung* hat nun ein Dokument der Nagra veröffentlicht. Dieses belegt angeblich, dass die Genossenschaft nicht ergebnisoffen nach einem Standort für ein Tiefenlager forscht, wie es die Politik fordert, sondern voreingenommen ist. In Wahrheit machte die Nagra nur ihre Arbeit und ging für eine konkrete Kostenstudie von konkreten Annahmen aus. Inzwischen ist ziemlich klar, wie das interne Papier öffentlich wurde. Ein Nagra-Mitarbeiter hatte es Marcos Buser ausgehändigt, als dieser noch Mitglied der KNS war – in der Annahme, dass dieser es vertraulich behandelt. Doch Buser gab das Dokument nach seinem Rücktritt weiter, an Walter Wildi, an den Zürcher Baudirektor Markus Kägi und an den ETH-Dozenten Thomas Flüeler. Wer es genau der *Sonntagszeitung* zuspielte, ist offen, aber der Kreis der möglichen Informanten begrenzt sich wohl auf die Genannten.

Buser, Wildi und Flüeler kennen sich seit Jahrzehnten bestens – zum Beispiel von der links-grünen Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) her. Buser und Wildi haben Reporte und Bücher für die SES verfasst, auch gemeinsam – zum Beispiel 1981 «Wege aus der Entsorgungsfalle». Und Flüeler ist ehemaliger Geschäftsführer der SES.

Marcos Buser und Walter Wildi wurden ursprünglich in die Kernenergie-Gremien des Bundes aufgenommen, um auch Atomgegner einzubinden. Das Entgegenkommen hat sich bitter gerächt. Jetzt hat man es mit Indiskretionen zu tun, mit denen die Nagra diskreditiert werden soll. Die alten Seilschaften der «unabhängigen» Experten haben gespielt. Hat da jemand Filz gesagt?

Jobkiller Politik

Von Florian Schwab — Die Grossbanken müssen Leute entlassen. Kritiker prangern die Manager an. Zu Unrecht. Der Abbau ist die logische Folge neuer Regulierungen.

Unter Berufung auf interne UBS-Quellen vermeldet der *Tages-Anzeiger* in seiner Ausgabe vom 13. Oktober, dass bei der UBS in der Schweiz bis zu 4500 Entlassungen drohen, davon allein 2000 im Informatikbereich.

Die durch eine Indiskretion bekanntgewordenen Zahlen sind plausibel und werden von der UBS nur halbherzig bestritten. Stattdessen wendet sich UBS-Chef Sergio Ermotti mit einem E-Mail an die Mitarbeiter. Zu den Gerüchten nimmt er inhaltlich nicht Stellung, gibt aber seiner persönlichen Enttäuschung darüber Ausdruck, dass es Leute gebe, «die unverantwortlich oder lediglich in ihrem eigenen Interesse handeln, indem sie zu diesen Spekulationen beitragen», wie ihn tags darauf der *Sonntagsblick* zitiert.

Betrachtet man die öffentlichen Reaktionen auf die Zeitungsberichte, dann könnte man meinen, eine biblische Plage bössartiger Heuschrecken habe den Schweizer Bankenplatz heimgesucht. Der Buhmann ist Ermotti. Im harmloseren Fall wird er mit Häme bedacht («Ermotti verfängt sich im Netz der Intriganten», *Aargauer Zeitung*). Im krasserem Fall wird er in moralisch-belehrendem Tonfall zurechtgewiesen. «Sie irren, Herr Ermotti!», spricht der *Tages-Anzeiger* den Bankenchef direkt per Ausrufezeichen an. Die Konzernleitung der UBS, so weiss der Autor, sei ein «Haifisch-

becken», es überlebe der Skrupelloseste. Es folgen die Klagen über ein «Anreizsystem, das nach wie vor nicht den belohnt, der eine nachhaltige Wertordnung etabliert».

Stattdessen würden Ermotti und seine Leute weiter versuchen, die Erfolgszahlen «hochzutreiben», die Verluste zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren. Geht es nach den Kritikern, dann fallen die geplanten Entlassungen in die erste Kategorie. Dabei geht es bei den beiden Grossbanken schon lange nicht mehr darum, «Erfolgszahlen» zu präsentieren, sondern sich möglichst schnell an neue politische Vorgaben anzupassen, die ihren Spielraum deutlich verkleinert haben.

Politisch gewollte Verkleinerungen

Da ist zuerst die *too big to fail*-Regulierung. Sie verlangt von den Banken, mehr Eigenkapital zu halten. Im aktuell immer noch unsicheren Marktumfeld geht das nur über eine Verkleinerung der Bilanz, da neues Eigenkapital schwer zu bekommen und teuer ist. Die Verkleinerung der Bilanz bedeutet, dass die Banken weniger Geld zur Verfügung haben, um ihren Tätigkeiten nachzugehen. Dass das früher oder später auch Entlassungen bedeutet, liegt auf der Hand. Der gleiche *Tages-Anzeiger*-Autor, der sich jetzt zum Richter über Ermotti aufschwingt, prangerte noch im Juni an, dass die Grossbanken auf ihrem Weg zur Erfüllung der neuen Vorschriften zu wenig schnell vorankämen. Wäre es ihm lieber gewesen, die Entlassungen wären ein halbes Jahr früher ruchbar geworden und bereits erfolgt?

Die zweite politisch gewollte Bankenplatz-Verkleinerung ist die Aushöhlung des Bankgeheimnisses. Insbesondere die Margen haben darunter gelitten. Früher waren ausländische Kunden von Schweizer Banken bereit, wegen der hier vorhandenen Rechtssicherheit auf Rendite zu verzichten. Von den daraus entstehenden höheren Margen lebte das Private Banking – nicht nur, aber auch.

Hört man sich heute in der Branche um, so ist niemandem zum Feiern zumute. Der Wettbewerbsvorteil des Bankgeheimnisses und der Privatsphäre ist weitgehend dahin. Margen und Gehälter sinken. Auch das kann mittelfristig nur eines bedeuten: Entlassung von Kundenberatern. Wer gleichzeitig das Bankgeheimnis und die Entlassungen kritisiert, produziert Widersprüche. Nicht die Banken sind schuld am Stellenabbau. Dass die Jobs verschwinden, ist eine Konsequenz der Politik.



Badet aus, was ihm andere einbrockten: Ermotti.



Mercedes-Benz **FASHION DAYS** ZÜRICH



www.mbfashiondays.ch

Schiffbau Zürich, 07. – 10. November 2012

Title Sponsor

Presenting Sponsor

Weltwoche Nr. 2.11
Bild:  Mercedes-Benz

oerlikon

PAUL MITCHELL

H&M

an IMG event

Wachsen Sie ins Anlegen hinein. UBS Anlageplan.

**Jetzt den UBS Anlageplan abschliessen
und von 2% Zins profitieren.**
Erfahren Sie mehr unter 0800 868 402 oder
www.ubs.com/anlageplan



Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2012 kommen Sie in den Genuss eines besonders attraktiven Anlageangebotes. Zahlen Sie einen Anlagebetrag von mindestens 10 000 Franken bzw. Euro in den UBS Anlageplan ein und investieren Sie so über 24 Monate eine gleichbleibende Summe in den von Ihnen ausgewählten UBS Anlagefonds. Neben dem Spezialzins von 2% auf der noch nicht investierten Einlage partizipieren Sie an der Entwicklung der Finanzmärkte. Sie haben so die Chance, von langfristig höheren Erträgen zu profitieren. Wir beraten Sie gerne.

Best Bank in
Switzerland



Wir werden nicht ruhen



Personenkontrolle

Hildebrand, Raggenbass, Meier, Lütolf-Junicic, Binswanger, Stämpfli

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) schlampt nicht nur; sie versucht dies auch zu vertuschen. Nachdem die *Weltwoche* letzte Woche darauf aufmerksam gemacht hat, dass die bereits im Januar und Mai ausgeschiedenen ehemaligen SNB-Spitzen **Philipp Hildebrand** und **Hansueli Raggenbass** noch immer offiziell als Verwaltungsräte der SNB-Vorsorgestiftung zeichnen, wünscht Mediensprecher **Walter Meier** (ex NZZ) in immer länger werdenden Mails, «den ungerechtfertigten Vorwurf der vernachlässigten Hausaufgaben» zu korrigieren. Die Nationalbank habe die für eine korrekte Geschäftsführung unerläss-



Offiziell noch dabei: Raggenbass (l.), Hildebrand.

lichen Änderungen im Handelsregister schon «vor mehreren Monaten» beantragt. Auf Nachfrage erklärt das Handelsregisteramt Zürich jedoch, dass alle Mutationen innert zweier Wochen publiziert würden. Mitte Oktober grüssten die verblassten SNB-Lichtgestalten Philipp Hildebrand und Hansueli Raggenbass noch immer als SNB-Verwaltungsräte. (upe)

Am Montag hätte die falsche Professorin **Indira Lütolf-Junicic** (*Weltwoche* Nr. 40/12) nach zwei Wochen Ferien ihre Arbeit als oberste Qualitätsmanagerin in der Berner psychiatrischen Klinik «Waldau» wieder aufnehmen sollen. Doch die Hochstaplerin erschien nicht. Während «Waldau»-Regentin **Regula Mader** (SP) die Absenz mit Ferienverlängerung zum «Schutz von Indira Lütolf» begründet, sehen die Mitarbeitenden den Anfang vom Ende des Spuks gekommen (mit absehbarem Dominoeffekt). Denn mittlerweile ist klar, dass die Dame aus Ex-Jugoslawien die Voraussetzungen für den Chefposten, den ihr **Regula Mader** zugeschanzt hat, gar nicht erfüllt. Gesucht war gemäss Ausschreibung eine «Leitungsperson mit Führungserfahrung» und «Hochschulabschluss», und zwar per 1. Mai 2012. Lütolf-



Ferienverlängerung: Lütolf-Junicic.

Junicic, die **Mader** persönlich bekannt war, hatte keine Kaderposition, offenbar nicht einmal eine wichtige Stelle. Der Posten wurde ihr Mitte Januar zugehalten, und bereits am 1. Februar (also ohne Kündigungsfrist!) trat sie ihn an. (upe)

Twitter ist kein privates Medium. In der Schweizer Politszene weiss man das spätestens seit Juni, als **Alexander Müller**, ein unbedeutender SVP-Schulpflegler aus Zürich, nach einer Entgleisung auf Twitter nicht nur sein Amt, sondern auch seinen Job verloren hat. Müller hatte den einschlägigen Tweet («Kristallnacht für Moscheen») zwar bereits gelöscht. Doch er hatte die Rechnung ohne **Michèle Binswanger**, Online-Journalistin beim *Tages-Anzeiger*, gemacht. Ihr Artikel, der Müllers Tweet zum Thema machte, kam mit Ansage: «Ich schreib jetzt mal was [!] über all diese braunen SVP-Heinis.» Für **Binswanger** war es ein rarer Exkurs in die Niederungen der Politik. Normalerweise schreibt die Feminismus-Expertin vor allem über Gender-Themen: sexistische Werbung (böse), Frauenquoten (gut), Kinder (gut, sofern sie kein Hindernis sind). Wer aber denkt, dass im feministischen Milieu pfleglicher miteinander umgegangen wird, irrt. Politologin **Regula Stämpfli** veröffentlichte letzte Woche auf Facebook eine Nachricht, die sie von Kollegin **Binswanger** erhalten hat: Nach einer nicht druckreifen Begrüssung (es geht um Fäkalien in **Stämpfli**s Hirn) wird **Stämpfli** bald als «dumme Kuh» bezeichnet und aufgefordert, mit sich selbst einen Geschlechtsakt zu vollziehen. Die Facebook-Meldung wurde inzwischen gelöscht. (axb)



Rüde Umgangsformen: Journalistin Binswanger.

Nachruf



Charismatisch: Ex-König Sihanouk, 1967.

Norodom Sihanouk (1922–2012) — Im Westen wurde er als schillernde Figur wahrgenommen. Gewiss, das war er auch, nicht zuletzt weil das kleine Königreich Kambodscha zwischen den Interessen der Grossmächte fast zerrieben wurde. Die Verdienste **Sihanouks** lassen sich an drei Jahreszahlen festmachen: 1953, 1975 und 1993. Als von den französischen Kolonialherren eingesetzter König führte er Kambodscha 1953 in die Unabhängigkeit. Ohne Blutvergiessen. Das war ungewöhnlich.

1955 dankte er als König ab, blieb aber politisch aktiv bis 1970. Der von den USA unterstützte General **Lon Nol** putschte sich an die Macht. **Sihanouk** ging ins Exil nach Peking. Nach dem Sieg der Roten Khmer kehrte er 1975 voller Hoffnung nach Phnom Penh zurück. Die Steinzeit-Kommunisten ernannten ihn zum formellen Staatspräsidenten. Nach einem Jahr aber wurde er im Königspalast unter Hausarrest gestellt. Ein Viertel der Bevölkerung wurde von agrarutopistischen Khmer ermordet, unter ihnen auch fünf Kinder **Sihanouks**.

Nach dem Pariser Friedensschluss wurde **Sihanouk** 1993 noch einmal König, diesmal einer konstitutionellen Monarchie. Dank seinem Charisma gelang es ihm, das schwer geprüfte Land zu einigen. Das war neben der Unabhängigkeit **Sihanouks** wichtigstes Vermächtnis. **Sihanouk** war auch privat eine charmante, liebenswerte Persönlichkeit. Er liebte die Frauen, das gute Essen und war ein Freund der schönen Künste. Am Montag ist er in Peking gestorben. Kambodscha, Frankreich und die Welt werden ihn vermissen. *Peter Achten*

Die Rache des Wetterfroschs

Jörg Kachelmann hat eine Abrechnung mit der Mannheimer Justiz, der deutschen Presse und seiner Ex-Freundin verfasst. Das ist schade. Eine nüchterne Debatte zum Thema Falschanschuldigung wäre überfällig. Der Fall eignet sich dazu wie kaum ein anderer. *Von Alex Baur*



Freund oder Feind? Ehepaar Jörg und Miriam Kachelmann.

Für Jörg Kachelmann, so hat man nach der Lektüre seines 383 Seiten dicken Buches* in eigener Sache das Gefühl, gibt es zwei Sorten von Menschen: Freunde und Feinde. Die Exponenten des Mannheimer Justizapparates gehörten zu Letzteren, und zwar ausnahmslos: die Polizisten, die ihn im März 2010 verhafteten; die Staatsanwälte, die zwei Monate später gegen ihn Anklage wegen «Vergewaltigung in einem besonders schweren Fall» erhoben; die Richter, die ihn im Frühling 2011 mit unüberhörbarem Widerwillen freisprachen.

Die Feinde waren gemäss Kachelmann nicht bloss niederträchtig, sondern dumm obendrein, ebenso wie das «Journalisten-Pack», das fast nur Lügen verbreitet habe, ebenso wie frühere Partnerinnen, die ihre Geschichten gegen fünfstelligen Geldbeträge an die Boulevardpresse verkauften. Am dümmsten von allen aber war die Gegenspielerin: seine Ex-Freun-

din Claudia Dinkel, die Kachelmann auf die Anklagebank brachte. Sie habe, so spottet er, nicht einmal richtig lügen können.

Die Schar der Guten ist kleiner, dafür sind sie umso klüger: die Mithäftlinge im Mannheimer Gefängnis, mehrere Gerichtsgutachter (soweit sie sich zu seinen Gunsten äusserten, was bei den meisten der Fall war), Kachelmanns Fangemeinde im Internet, jene Anwälte, die ihm beim Freispruch noch zur Seite standen. Und natürlich Freundin Miriam, die im Verlaufe des Verfahrens zu seiner Ehefrau wurde und heute Mitautorin von Kachelmanns Buch ist.

Schliesslich gibt es noch Akteure, die im Verlauf des Prozesses von den Guten zu den Bösen wechselten, allen voran Verteidiger Reinhard Birkenstock, der sämtliche Grundlagen für den Freispruch setzte. Vor Gericht soll Birkenstock dann aber zu wenig aggressiv gekämpft haben, weshalb Kachelmann das Mandat per Mail

kündigte. In Ungnade gefallen ist auch die Gutachterin Luise Greuel. Die Psychologin hatte die Aussagen von Claudia D. als juristisch «nicht belastbar» qualifiziert und damit die Entlassung aus der Untersuchungshaft bewirkt. Doch Greuel hat Kachelmann nicht den Persilschein ausgestellt, den er offenbar von ihr erwartete. Damit ist sie out.

Vielleicht darf man von Kachelmann keine differenziertere Darstellung erwarten. Dem Mann ist Unrecht widerfahren, wie heute selbst Gegner von ihm einräumen. Dass die Mannheimer Strafverfolger sehr einseitig gegen ihn ermittelten; dass sie tendenziöse bis unwahre Behauptungen über die Medien verbreiteten; dass Verteidiger Birkenstock mit Beschwerden und Privatgutachtern eine halbwegs saubere Untersuchung richtiggehend erzwingen musste; dass das vermeintliche Opfer auch dann noch geschont wurde, als es, in zentralen Punkten notabene, längst als hartnäckige Lügnerin überführt war – all das hätte in einem Rechtsstaat nicht passieren dürfen.

Falschanschuldigung – das grosse Tabu

Man kann sich auch fragen, ob die brüchige Beweislage eine Anklage rechtfertigte oder ob nicht vielmehr die Eröffnung eines Verfahrens wegen falscher Anschuldigung angezeigt gewesen wäre. Der missmutige Freispruch des Mannheimer Gerichtes schliesslich machte die Sache auch nicht besser. Dem federführenden Staatsanwalt schadete die Niederlage nicht, er wurde in der Folge sogar befördert. Die Karriere des TV-Wetterfroschs dagegen war nachhaltig zerstört. So gesehen mag es verständlich sein, dass Kachelmann das Toben seiner Widersacherin nach dem Freispruch in seinem Buch triumphierend («ein süsser Nachgeschmack») auskostet. Es ist gleichsam der Höhepunkt einer Kampfschrift, die sich wie ein langer Akt der Vergeltung liest.

Nur macht Kachelmann damit genau das, was er seinen Widersachern von der deutschen Regenbogenpresse vorwirft, also das, was er bei Ringier (*Sonntagsblick*, *Schweizer Illustrierte*) in jungen Jahren gelernt hat: Er polemisiert, spitzt zu und blendet aus, was nicht in sein plakatives Konzept passt. Formal ist das Buch als persönlicher Erlebnisbericht konzipiert, doch der Mensch, der sich hinter einer luftigen und mitunter schnoddrigen Schreibe versteckt, kommt einem nie wirklich nahe.

Kachelmann sieht sich in der Rolle eines wehrlosen Medienopfers, das er höchstens

während der ersten Tage der Haft war. Namentlich der *Spiegel* und die *Zeit*, zwei gewichtige Stimmen in Deutschland, schlugen sich bald mehr oder minder offen auf seine Seite. Die meisten Schweizer Medien gaben sich zurückhaltend und zeigten sich auch zugänglich für seine Sicht. Leider nahm Kachelmann diese Chance nicht wahr. In seinem Drang nach Vergeltung hat er das Ziel aus den Augen verloren, das er sich selber vorgab: grundsätzliche Missstände bei der Verfolgung von mutmasslichen Sexualdelikten und Falschanschuldigungen aufzudecken. Und die gibt es fürwahr.

Gerade am Fall Kachelmann lässt sich das beispielhaft aufzeigen. Selten wurde eine angebliche Vergewaltigung derart akribisch untersucht. Die besten Kriminalisten der Bundesrepublik befassten sich mit dem Dossier, und das erst noch innert nützlicher Frist. Dabei förderten sie allerhand Handfestes zutage: Die bei Claudia Dinkel festgestellten Spuren – Ritzwunden am Hals, Hämatome zwischen den Oberschenkeln – enthielten nicht nur deutliche Hinweise auf eine Selbstverletzung, sie passten vor allem auch nicht zum Tathergang, wie das vermeintliche Opfer ihn darstellte. Fotos, die man auf Dinkels Laptop fand, deuten darauf hin, dass sie die Selbstverletzung schon Monate vorher getestet hatte.

Einen Gutachterstreit, den einige Berichterstatter herbeischrieben, gab es nicht. Uneinig

waren sich die Gerichtsmediziner lediglich graduell in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit einer Selbstverletzung. Bloss einer von mehreren Psychiatern und Psychologen attestierte den Aussagen von Claudia Dinkel eine hohe Glaubwürdigkeit – und das war ihr Therapeut. In der Fachwelt ist unbestritten, dass ein Therapeut niemals als Gutachter wirken darf. Tut er es trotzdem, disqualifiziert er sich selber.

Genau hier liegt der Kern des Problems, den Kachelmanns Co-Autorin, seine 26 Jahre junge Frau Miriam, in ihren merklich sachlicheren

In seinem Drang nach Vergeltung hat er das Ziel aus den Augen verloren, das er sich selber vorgab.

Beiträgen aufzeigt: Bei Sexualstrafverfahren gelten rechtsstaatliche Prinzipien nur bedingt, die bei anderen Prozessen längst als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden. Das mutmassliche Opfer geniesst in aller Regel einen Bonus. Seine Angaben werden kaum ernsthaft hinterfragt. Es liegt vielmehr am Angeschuldigten, seine Unschuld zu beweisen, was natürlich ein Unding ist. Justizverbrechen werden damit billigend in Kauf genommen.

Dass es Falschanschuldigungen gibt, wird in der Praxis ausgeblendet und tabuisiert (*Weltwoche* Nr. 35/10). Doch sie kommen öfter vor, als

man denkt. Eine aufwendige und sorgfältige Untersuchung des Bayerischen Landeskriminalamtes** hat gezeigt, dass jede dritte Strafanzeige wegen sexueller Übergriffe deutliche Hinweise auf eine falsche Anschuldigung enthält. Zu einem Verfahren wegen Irreführung kommt es aber nur, wenn die Frauen (und um solche handelte es sich ausnahmslos) ihre Lüge eingestehen, was bei immerhin 7,4 Prozent aller untersuchten Anzeigen der Fall war. Doch selbst wenn eine Falschanschuldigerin verurteilt wird, muss sie höchstens mit einer bedingten Warnstrafe rechnen.

Jörg Kachelmann verfügte über die finanziellen Mittel und das nötige Prestige, um namhafte Experten für seine Sache zu engagieren. Erst dadurch wurde die Staatsanwaltschaft Mannheim gezwungen, die Ermittlungen auszuweiten und eigene Gutachter zu bestellen. Es stellt sich damit die beklemmende Frage, was passiert wäre, wenn anstelle des prominenten TV-Mannes ein unbekannter Bürger vor den Schranken gestanden wäre. Hätte man die vermeintliche Vergewaltigung auch so genau untersucht? Hätten die Richter auch «im Zweifel für den Angeklagten» entschieden?

*Jörg & Miriam Kachelmann: Recht und Gerechtigkeit. Heyne. 383 S., Fr. 29.90

**Erich Elsner und Wiebke Steffen: Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in Bayern. Bayerisches Landeskriminalamt, 2005. 319 S.

Das Waadtland – jetzt auch in Kreuzlingen Die Schweiz geniesst Bell Original



ORIGINAL



Saucisson vaudois

Das etwas gröber geschnittene Schweinefleisch und die einzigartige Würzmischung machen diese Wurst zum währschaftigen Genuss.



Saucisse aux choux

Eine geräucherte Schweinsrohwrst, die durch die Verwendung von Schweizer Kohl ihren einzigartigen Geschmack erhält.

Geniessen Sie den ursprünglichen Charakter eines Originals. Alle Produkte von Bell Original stammen aus Bell Betrieben in ausgewählten Regionen der Schweiz und Europas, wo sie nach traditionellen Rezepturen hergestellt werden.

Entdecken Sie die Vielfalt der Charcuterie-Spezialitäten von Bell Original auf www.bell.ch

Hiebe aus Liebe

Von Henryk M. Broder —
Nationaldichter Günter Grass,
der «Freund Israels».



Eine 23-jährige fünffache Mutter aus Dallas, Texas, wurde von einem Gericht zu 99 Jahren Haft verurteilt, weil sie ihre zwei Jahre alte Tochter schwer misshandelt hatte.

Sie trat dem Kind in den Bauch, schlug es mit einer Milchkanne und klebte die Hände des Mädchens mit einem Sekundenkleber an die Wand. Die Kleine erlitt schwerste Verletzungen, u. a. eine Hirnblutung, und lag mehrere Tage im Koma. Nachdem der Richter das Urteil gesprochen hatte, brach die Kindsmutter in Tränen aus und erklärte: «Alle sollen wissen, dass ich kein Monster bin. Ich liebe meine Kinder.»

Zwei Tage vor seinem 85. Geburtstag gab der deutsche Nationaldichter Günter Grass einem öffentlich-rechtlichen Radiosender ein Interview, in dem er Israel wieder einmal «eine Atommacht ausserhalb jeder Kontrolle» nannte, die Landraub betreibt und Menschen vertreibt. Die Vorwürfe gehören inzwischen zu Grass' Programm wie seine Pfeife, die er immer wieder anzünden muss. Neu war nur die Begründung: «Ich finde, das Beste, was man als Freund Israels – des Staates Israel und der Menschen dort – und ich sehe mich als ein Freund Israels, diesem Land angedeihen lassen kann, ist, es zu kritisieren. Die verweigerte Kritik, so eine kritiklose, quasiphilosemitische Haltung, ist für mich eine neue Form von Antisemitismus.»

Grass rechtfertigt seine «Israel-Kritik» so wie die junge Mutter die Misshandlung ihrer Tochter. Beide meinen es gut mit den Objekten ihrer Fürsorge, wollen für sie nur das Beste. Folgt man dieser Definition der «Liebe», waren die Nazis die besten Freunde der Juden, haben sie doch wirklich radikale Kritik am Verhalten der Juden geübt, die in dem Satz gipfelte: «Die Juden sind unser Unglück!» Grass geht noch einen Schritt weiter, er sagt, dass Israel «den Weltfrieden bedroht». Er tut das «als ein Freund Israels», was wiederum erklärt, warum ihm zu dem atomaren Säbelrasseln der Nordkoreaner nichts einfällt und ihm auch das Blutvergiessen in Syrien keinen Zweizeiler wert ist.

Er ist eben kein Freund von Syrien oder Nordkorea, sein Herz schlägt für Israel. Wobei er auf keinen Fall in den Verdacht des Philosemitismus geraten möchte, der Antisemit vom Dienst der deutschen Gegenwartsliteratur.

Wenn Milchmädchen rechnen

Von Silvio Borner — Anstatt die Kosten der Energiewende offen zu thematisieren, präsentiert die Politik fragwürdige Studien. Kritische Akteure werden mit Subventionen ruhiggestellt.

Wer dachte, die Details zur Energiewende würden einen Sturm der Ernüchterung und Entrüstung auslösen, wurde eines Besseren belehrt. Anstatt die Illusionen als Milchmädchenrechnungen zu entlarven, geht die dreiste Volksverführung weiter. Und weil die quasireligiösen Appelle nicht mehr genügen, geben Bundesrätin Doris Leuthard und ihr Bundesamt für Energie (BfE) baren Unsinn von sich. So werden die angeblichen 30 Milliarden Franken für drei neue AKW mit den 30 Milliarden an erwarteten Kosten des Ausstiegs verglichen. Der Ausstieg koste gleich viel wie der Bau neuer Kernkraftwerke, wird insinuiert. Also ist der Ausstieg gratis! Was gibt es da noch zu meckern? Leider sehr viel.

Erstens: Subventionen sind keine Investitionen. Falls es rentabel sein sollte, neue AKW zu bauen, würde das den Steuerzahler keinen Rappen kosten, weil ja Investoren mit diesen produktiven Kapitalanlagen einen *return on investment* erwarten. Die Ausstiegskosten sind dagegen den Steuerzahler direkt belastende Subventionen für die Förderung der erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz. Deren Nutzen steht in den Sternen, zumal weitere Kosten mit einem Regulierungs-Tsunami der Wirtschaft aufgebürdet werden, was die Produkte verteuert.

Zweitens: Die Energiewende senkt die Aussichten für das langfristige Wirtschaftswachstum. Wie viel höher oder tiefer wird 2050 das BIP wegen des Atomausstiegs sein? Das weiss niemand genau, weil man es nicht seriös berechnen kann. Trotzdem ergibt eine Studie der ETH unter der Leitung von Professor Bretschger, dass wir jetzt halt das BIP von 2050 erst ein Jahr später erreichen! Eine andere Untersuchung von Ecoplan will uns glauben machen, das BIP sei 2050 um 2,7 Prozent niedriger, als es ohne Ausstieg gewesen wäre. In beiden Fällen also Peanuts. Diese Prognosen beruhen auf sogenannten allgemeinen Gleichgewichtsmodellen. Die Autoren halten die Details unter Verschluss, so dass sie nicht für eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung zur Verfügung stehen. Das wirft drei Probleme auf:

- 1—Welche Annahmen und Kausalmechanismen liegen den Modellen zugrunde?
- 2—Die modellierten Sektorbeziehungen beruhen auf der Input-Output-Tabelle von 2008

und werden einfach so bis 2050 fortgeschrieben. Strukturwandel und technologischer Fortschritt? Fehlzanzeige.

3—Die in den Modellen angenommenen Staatseingriffe sind heute bestenfalls auf dem Papier skizziert. Es ist unseriös, die Energiepolitik bis 2050 vorherzusagen. Wenn die Energiewende wie vom Bundesrat angekündigt ein epochales «Mammutprogramm» werden soll, wird es sicher die etablierten Strukturen völlig über den Haufen werfen. Die Auswirkungen auf das BIP-Wachstum werden ferner davon abhängen, wann, wie und ob Lenkungsabgaben eingeführt werden.

Der Filz wird dichter

Der grundlegende logische Widerspruch der Modellrechnungen ist also folgender: Die Wende soll die Wirtschaft revolutionieren, aber das Modell geht davon aus, alles andere laufe weiter wie bisher. Leider kommt auch noch die Käuflichkeit ins Spiel. Die Wende soll vorerst mit einem warmen Subventionsregen möglichst viele Empfänger günstig stimmen. Breite Kreise von Gewerbe und Industrie, ja sogar die Landwirtschaft machen sich berechnete Hoffnungen, an neue Subventionstöpfe zu gelangen. Die energieintensive Industrie ist bereits mit einer Generalabsolutio-



tion ruhiggestellt worden. Auch die Wissenschaft darf reichlich sprudelnde Forschungsquellen erwarten, wenn die Projekte «politisch korrekt» sind.

Selbst die Nuklearforschung soll nicht darben, und den sogenannten Strombaronen wurden just am selben Tag höhere Netzent-schädigungen versprochen. Der Filz im undurchdringlichen Energieklüngel wird dichter. Die politischen Mitteparteien haben sich mit dem übereilten Entscheid im Parlament in eine dumme Ecke manövriert. Die CVP hat diese Sache zur Schicksalsfrage erklärt und muss nun kopflos hinter ihrer Spitzenexponentin herlaufen. Die FDP hat mit ihrer Stimmenthaltung den Entscheid erst möglich gemacht und kann oder will nicht schon jetzt zurückbuchstabieren. Die Linke vertritt in der Energiepolitik schon lange nicht mehr die Interessen der (industriellen) Arbeitnehmer, während die Konsumenten als die potenziell grössten Opfer schlecht organisiert und noch schlechter politisch vertreten sind.



Beyer Chronograph Série Limitée

BEYER

Alle Zeit der Welt *seit 1760*

Beyer · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich · Tél +41 (0)43 344 63 63 · beyer-ch.com

Patek Philippe · Rolex · A. Lange & Söhne · Breguet · Jaeger-LeCoultre · Hublot · Breitling · Cartier
Chopard · Baume & Mercier · IWC Schaffhausen · Tudor · Jaquet Droz · Wellendorff



«Dällebach Kari – das Musical»

Am 28. September 2012 feierte «Dällebach Kari – das Musical» seine Premiere in Bern. Noch bis am 21. Dezember ist das Erfolgsmusical endlich in jener Stadt zu sehen, die mit Kari so eng verbunden ist.

Über 100 000 begeisterte Besucherinnen und Besucher haben «Dällebach Kari – das Musical» bis heute gesehen. Nach der erfolgreichen Welturaufführung auf der Seebühne in Thun und dem Gastspiel in Zürich kommt das Original der Thuner Seebühne nun endlich in Bern auf die Bühne. In jener Stadt, die mit Kari so eng und unzertrennlich verbunden ist. In den Hauptrollen sind wiederum Hanspeter Müller-Drossaart als Dällebach Kari und Carin Lavey als Annemarie zu sehen.

Wegen seiner Hasenscharte wird Kari von der Gesellschaft ausgegrenzt. Um Anerkennung kämpfend, eröffnet er seinen eigenen Coiffeursalon. Plötzlich scheint Kari das Glück hold. Annemarie, eine Tochter aus gutbürgerlichem Hause, verliebt sich in den jungen Friseur. Annemaries Eltern missbilligen jedoch die Beziehung. So verfällt Kari immer mehr dem Alkohol und hält mit seinem Sarkasmus und seinen frechen Sprüchen nicht zurück. Bald ist er dank seinen Geschichten und Anekdoten ein stadtbekanntes Original, das um seine grosse Liebe kämpft.

«Dällebach Kari ist ein Hit, wie ihn die Schweiz noch nicht gesehen hat.»
Berner Bär

«Hanspeter Müller-Drossaart ist Karis Idealbesetzung und ein Multitalent.»
Die Zeit

«Dällebach Kari» packt, amüsiert, berührt und überzeugt: Das Dialektmusical ist ein rundum geglücktes Meisterwerk.»
Thuner Tagblatt

«Witzig und kari-smatisch.»
Schweizer Illustrierte

«Dällebach Kari ist der lustigste, tragischste und überhaupt beliebteste Coiffeur der Schweiz.»
Der Bund

Profitieren auch Sie bis 4. November 2012 vom Rabatt. Es sind maximal sechs Tickets buchbar. Der Rabatt ist nicht mit anderen Vergünstigungen kumulierbar.

Weltwoche-Spezialangebot

«Dällebach Kari – das Musical»
20 Franken Rabatt auf alle Vorstellungen bis 4. November 2012

Tickets mit Vorzugskondition
20 Franken Rabatt auf alle Kategorien (ausser Lounge). Die reduzierten Preise variieren zwischen Fr. 59.– und Fr. 109.–, die nicht reduzierten Preise zwischen Fr. 79.– und Fr. 129.– (exklusive Vorverkaufs- und Bearbeitungsgebühr).

Veranstaltungsort
«Ewigi Liebi»-Theater, Bern

Bestellung
Rabattierte Tickets erhalten Sie über www.dallebachkari.ch/angebot mit dem Stichwort Platin-Club oder unter der Ticketportal-Hotline 0900 101 102 (Fr. 1.19/Min. ab Festnetz), ebenfalls mit dem Stichwort Platin-Club.

Veranstalter
www.bymaag.ch

Offizieller Ticketverkauf
Tickets über www.dallebachkari.ch und an allen Ticketportal-Vorverkaufsstellen.

Im Strudel der Syrien-Krise

Von Hansrudolf Kamer — Auf der politischen Ebene und bei den Geheimdiensten hat der Krieg zwischen der Türkei und Syrien längst begonnen. Doch eine offene Eskalation will niemand.



Fast alle Beteiligten haben ein Interesse daran, den Konflikt in und um Syrien auf Sparflamme zu halten. Die Türkei will keinen militärischen Schlagabtausch. Die Regierung Erdogan hat sich erst nach

langem Zögern ganz auf die Seite der Aufständischen gestellt. Sie hätte es vermutlich vorgezogen, das nicht zu tun.

Inzwischen sind aber mehr als 100 000 Flüchtlinge über die Grenze geströmt, und oppositionelle Syrer haben politisch Unterschlupf in Ankara gesucht. Jordanien beherbergt noch mehr geflohene Syrer, und das Königshaus versucht alles, um einen Aufstand im eigenen Land zu verhindern.

Das alles lässt sich nur bedingt steuern. Diese Konflikte entwickeln eine Eigendynamik. Im Juni hatte Syrien einen türkischen F-4-Kampffjet abgeschossen. Seit zwei Wochen kommt es zu Artillerie- und Granatwerferduellen über die Grenze hinweg.

Vor kurzem fing die Türkei eine syrische Passagiermaschine mit russischen Rüstungsgütern ab und hielt sie in Ankara fest. Beide Staaten sperrten den Luftraum für die Gegenseite, und die Türkei stoppte auch ein armenisches Flugzeug mit dem Zielort Aleppo.

Von Washington über Berlin bis Ankara hofft man, dass sich der Konflikt isolieren lässt. Auch das Assad-Regime will wohl keinen Krieg mit der Türkei. Es hat mit der Niederschlagung des eigenen Aufstands genug zu tun. Doch Syrien ist das Schlachtfeld für strategische Schachzüge geworden, auf dem sich die Interessen vieler Mächte kreuzen.

Die Amerikaner schufen mit ihrem verfrühten Abzug aus dem Irak ein Vakuum, in das der Iran nachstösst. Die Türkei, Saudi-Arabien und auch Amerika möchten Syrien auf ihre Seite ziehen, um ein Gegengewicht zu den regionalen Ambitionen Teherans zu schaffen.

Auch der Gegensatz zwischen sunnitischen und schiitischen Regime spielt eine Rolle. Fundamentalistische Strömungen und der Terrorismus mischen mit. Massenvernichtungswaffen in syrischen Arsenalen werden genau beobachtet. Der Iran braucht Syrien als Verbündeten, um Israel im Zaum zu halten. Die Russen wiederum benützen Syrien, um

den Einfluss des Westens in der Region einzudämmen.

In der ersten Jahreshälfte drohte Erdogan mit einer türkischen Intervention im Alleingang. Doch das war leere Rhetorik. Anschliessend aktivierte er die Nato und versuchte, die Amerikaner zu einer aktiveren Haltung zu bewegen.

Das Bündnis lieferte das gewünschte Säbelschneiden, aber mehr nicht. Die Nato stehe auf der Seite der Türkei, hiess es, und die Nato-Botschafter verabschiedeten eine Erklärung, in der die syrische Aggression verurteilt wurde. Sonst aber rief man zu Besonnenheit und Zurückhaltung auf. Damit verpuffte die Abschreckungswirkung wieder, die sich Erdogan gewünscht hatte.

Die Türkei verstärkte ihre Streitkräfte in der Region und versetzte sie in eine höhere Bereitschaft. 1998 hatte eine solche Machtdemonstration genügt, um den Vater des gegenwärtigen syrischen Diktators dazu zu bewegen, seine Unterstützung der kurdischen Rebellen einzustellen.

Doch im Gegensatz zu seinem Vater damals kämpft der junge Assad ums Überleben. Das mindert automatisch die Erfolgsaussichten von Druckmanövern und jeder Diplomatie. Nur reale Waffengewalt verändert den Ausblick.

Die türkische «Ostpolitik», der neo-osmanische Vorstoss in den Orient, wie er vor drei Jah-

ren genannt wurde, hat sich als Bumerang erwiesen. Er zog die Zuverlässigkeit der türkischen West-Verpflichtungen in Zweifel und setzte Fragezeichen hinter ihre langfristige Orientierung.

Israel wurde von Luftwaffenmanövern ausgeladen, die seit Mitte der neunziger Jahre jährlich im Rahmen der Nato durchgeführt worden waren. Stattdessen wurde Syrien zu Militärübungen willkommen geheissen. Erdogan besuchte Teheran. In Davos zog er eine Show ab und beleidigte den israelischen Präsidenten Peres. Das Intermezzo mit der blockadebrechenden Friedensflottille für den Gazastreifen zertrümmerte den Rest des Einvernehmens mit Israel.

Wenig Spielraum für die Türkei

Die Türkei hatte aber von der militärischen Zusammenarbeit mit Israel profitiert. Israel lieferte moderne Rüstungselektronik für Flugzeuge und Drohnen. Die Nachrichtendienste pflegten einen umfassenden Informationsaustausch. Die Amerikaner zeigten sich nicht bereit, in die Lücke zu springen. Präsident Obama liess einen türkischen Ruf nach Militärhilfe ohne Echo.

Luftangriffe wären riskant für die türkische Luftwaffe, die sich einer recht potenten Luftabwehr gegenüber sah. Die syrischen Raketenstellungen müssten vorher ausgeschaltet werden – wofür wie in Libyen die Amerikaner gebraucht würden.

Die Türkei hat wenig Spielraum. Sie ist in der Syrien-Krise auf westliche Unterstützung angewiesen. Der Westen ist aber zurzeit politisch kaum handlungsfähig und interventionsscheu. Dass sich das nach den amerikanischen Wahlen ändert, ist wenig wahrscheinlich. Der Syrien-Konflikt kann deshalb weiterwuchern – mit unabschhbaren Folgen.



Schlachtfeld für strategische Schachzüge: verwundeter Syrer im türkischen Akçakale.

Recht gehabt, recht bekommen

Von Christoph Mörgeli

Die SVP hat das Krankenversicherungsgesetz abgelehnt, weil sie voraussah, dass mit diesem ein Prämienschub ausgelöst würde. Die SVP hat den EWR- und den EU-Beitritt abgelehnt, weil sie voraussah, dass diese intellektuelle Fehlkonstruktion misslingen würde. Die SVP hat den Euro abgelehnt, weil sie voraussah, dass diese politische Währung scheitern würde. Die SVP hat den Schengen/Dublin-Vertrag abgelehnt, weil sie voraussah, dass dieser zu mehr Verbrechen und mehr Asylbewerbern führen würde. Die SVP hat die Personenfreizügigkeit abgelehnt, weil sie voraussah, dass diese eine Massenzuwanderung auslösen würde.

Ob die SVP recht hatte, ist heute nicht mehr strittig. Denn die Partei hat recht bekommen. Die Fakten liegen mittlerweile auf dem Tisch. Genau wie beim Korruptionsfall rund um die Zürcher Beamtenversicherungskasse, welcher die Steuerzahler bis zu 1,5 Milliarden Franken kosten könnte. Es waren die SVP-Kantonsräte Ernst Züst und Theo Toggweiler, die in der Finanzkommission frühzeitig vor dem kriminellen Gebaren des Anlagechefs Daniel Gloor warnten. Toggweiler wagte es, eine oberflächliche Untersuchung der Subkommission gegen Gloor als «Persilschein» zu kritisieren. Laut PUK-Bericht schimpfte danach der Beamte Gloor in einem Mail über die beiden Kritiker seines unkontrollierten Geschäftsgebarens: «Langsam wird allen klar, was für Idioten die Herren Züst und Toggweiler darstellen.»

Was könnten wir aus diesem Fall lernen? Jene, die berechtigte Kritik an maroden Zuständen im Staatswesen äussern, werden allzu oft vorschnell als «Idioten» tituliert. Jedenfalls dann, wenn sie der SVP angehören. Der *Tages-Anzeiger* nennt heute den damaligen Regierungsrat Christian Huber (SVP) als einen der Hauptverantwortlichen für die mangelnde Kontrolle. Als Huber wegen Differenzen mit seiner Partei den Rücktritt bekanntgab, schalt der *Tages-Anzeiger*, die SVP habe «in finanziellen Fragen den Kontakt zur Realität verloren», und empfahl bei der Nachfolge den CVP-Kandidaten. Denn: «Die SVP hat einen Denkkzettel verdient.»

Heute schreibt der *Tages-Anzeiger*: Die SVP-Fraktion «wurde aktiv und stellte wiederholt die richtigen Fragen». Und weiter: «Doch die Kritik wurde als parteipolitisch gefärbt abgetan – obwohl dies nicht zutraf, wie die PUK unmissverständlich festhält.» Ende des Zitats.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Der nächste 38-Jahres-Plan

Von Peter Bodenmann — Unsere Bundesräte und ihre Beamten planen die Versorgung der Schweiz mit Strom bis ins Jahr 2050.



Zeichen der Zeit: Umweltministerin Leuthard mit Kollegen Berlakovich (A, l.) und Altmaier (D).

Die Sowjetunion versuchte mit 5-Jahres-Plänen die Zukunft zu gestalten. Ganz funktioniert hat dieses System im ersten Testlauf noch nicht. Es fehlte erstens an Transparenz, zweitens an Demokratie und drittens an der Feinsteuerung der gesellschaftlichen Produktion über funktionierende Teilmärkte.

Wir schreiben das Jahr 2012. Unsere Bundesräte und ihre Beamten planen zurzeit die Versorgung der Schweiz mit Strom bis in das Jahr 2050. Ein 38-Jahres-Plan.

IBM-Kugelkopf-Schreibmaschinen

Blicken wir zurück. Alternative Zeitungen produzierte man vor 38 Jahren mit IBM-Kugelkopf-Schreibmaschinen. Die meisten lokalen Tageszeitungen kannten noch den Bleisatz. Und in den Alpentälern stanzen Bäuerinnen und Bauern IBM-Lochkarten, mit denen in den Städten die ersten, langsamen Computer gefüttert wurden. Der technische Fortschritt hat sich beschleunigt. Niemandem, der halbwegs alle Tassen im Schrank hat, käme es in den Sinn, Planungen für die nächsten 38 Jahre zu machen.

In der Schweiz ist der Strom parastaatlich. In den Verwaltungsräten der Parastaatlichen sitzen Politiker – mehr bürgerliche als andere. Mit am besten vertreten ist die SVP. Je länger diese Scheinunternehmer die Zeichen der Zeit nicht erkennen, je später sie auf alternative

Energien umsteigen, desto mehr sind sie auf einen Strom-Vertrag mit der EU angewiesen. Denn künftig kann nur der kurzfristig Kilowattstunden auf dem Strommarkt verkaufen, der bei der Marktöffnung mitmacht. Und genau an diesen Strohalm, an diese kurzfristigen und daher rentablen Verkäufe, müssen sich die Parastaatlichen jetzt klammern.

Franz Jaeger und Martin Janssen wollen im Schlepptau von Christoph Blocher ein entsprechendes Abkommen versenken. Wegen der fremden Richter. Die beiden sind einschlägig bewandert: Jaeger hat erfolgreich den Landesring versenkt, weil er sich als Präsident nicht um den Schutz der Konsumenten kümmerte. Janssen wurde zum Sterbebegleiter der Bank Wegelin, weil der Professor die Möglichkeiten der Schweiz sträflich überschätzte.

Das Duo Jaeger und Janssen müsste aufzeigen, wie sich die Schweiz dank Wasserkraft, Wind, Sonne und Atomausstieg autark und hochrentabel selber mit Strom versorgen kann. Ohne Vertrag mit der EU.

Andernfalls werden Jaeger, Janssen und Co. schon bald die Autorität fremder Richter schlucken müssen – wie zuvor das Ende des Landesrings, das Ende der Bank Wegelin und das Ende des Steuerhinterzieher-Geheimnisses.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Die Geheimpapiersammlung

Von Kurt W. Zimmermann — Es ist schade, dass diese Kolumne nicht geheim ist. Sonst wäre sie lesenswert.

Bundesanwalt Michael Lauber hat eine Untersuchung eingeleitet. Bei der Untersuchung geht es um eine zentrale Frage des Journalismus.

Die Frage lautet: Was ist geheim?

Das ist eine gute Frage. Ist es zum Beispiel geheim, dass der Staatsschutz – laut einem internen Papier – die Moschee in Kleinhüningen beobachtet? Ist es geheim, dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf – laut einem internen Papier – das Bankgeheimnis relativieren will? Ist es geheim, dass Nationalrat Christoph Mörgeli – laut einem internen Papier – ein nur mässig begabter Staubwischer ist?

All das, haben uns die Journalisten in den letzten Wochen zugerannt, all das sei äusserst geheim.

Die Untersuchung von Bundesanwalt Lauber wurde durch ein internes Papier der Nagra ausgelöst. Es nannte zwei mögliche Atom-müll-Standorte. Es waren Standorte, die seit zehn Jahren bekannt sind. Die *Sonntagszeitung* veröffentlichte nun das «Geheimpapier». Die Aufregung war gross.

Unsere Gesellschaft ist eine Gesellschaft der Geheimniskrämerei. Ihr Strukturmodell ist die Intransparenz. Es gibt das Amtsgeheimnis, das Briefgeheimnis, das Bankgeheimnis, das Beichtgeheimnis, das Steuergeheimnis und noch etwa fünfzig zusätzliche Geheimnisse.

Für die Medien ist das ideal. Medien stehen in einem harten Wettbewerb. Es ist der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit.

Der Verstoss gegen ein Geheimnis ist in diesem Kampf äusserst hilfreich. Journalisten müssen den permanenten Anschein erwecken, als würden sie geheime Geheimnisse aufdecken. Ohne Geheimnisse funktioniert die Enthüllungsindustrie nicht.

In den Medien wimmelt es darum von «Geheimpapieren», von «vertraulichen Dokumenten» und von «nichtöffentlichen Informationen». Die Geheimnisse «liegen der Redaktion vor», die Journalisten «haben Einblick», oder die Informationen «wurden zugespielt». Natürlich ist dieser hochstilisierte Geheimnisverrat oft ein publizistischer Furz. Aber das macht nichts.

Denn die Gegenseite macht wacker mit. Die Heerscharen von Medien- und Kommunikationsberatern in Amtsstellen und Unternehmen spielen mit im Spiel. Viele von ihnen sind mediale Sicherheitsbeamte. Sie müssen Journalisten abwehren und dafür sorgen, dass ja keine Interna nach aussen dringen. In dieser Rolle stempeln sie jedes interne Protokoll zur



Erfrischende Perspektive: Bundesanwalt Lauber.

Beschaffung eines Bleistiftspitzers als «vertraulich». Als Folge davon überschwemmt eine Masse von Geheimpapieren den Markt, die gar keine vertraulichen Fakten enthalten. Den Journalisten kann's egal sein. Sie bekommen dadurch die gewünschte Munition für den Stellungskrieg um die Aufmerksamkeit.

Ist dann das Schein-Geheimnis erst einmal enthüllt, spielt die Gegenseite den Medien gleich ein zweites Mal in die Hände. Nach der Publikation nämlich wird von den Behörden und Institutionen zu jeder Banalität eine Untersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet. Dadurch wird dem «Geheimpapier», das vielleicht gar keines war, nachträglich zu zusätzlicher Bedeutungsschwere verholfen.

Bundesanwalt Michael Lauber will im Fall Nagra wissen, ob überhaupt Geheimnisse veröffentlicht wurden und damit das sogenannte Geheimpapier wirklich geheim war. Das ist eine ebenso neue wie erfrischende Perspektive.

Falls Lauber zu einem negativen Ergebnis kommt, ist das aber auch nicht weiter schlimm. Dann muss man nur dafür sorgen, dass sein diesbezüglicher Schriftsatz vorzeitig an eine Zeitungsredaktion gelangt und man ihn dadurch als streng vertraulich deklarieren kann. Der Titel, den die Redaktion nun setzen kann, hat durchaus seinen Reiz.

«Geheimpapier zeigt: Geheimpapier war kein Geheimpapier».

61,5 Millionen für Tourismusbürokratie

Von Florian Schwab

Jeder Hotelgast kennt sie, die Kurtaxe: Je nach Ferien-destination muss man pro Übernachtung einen Batzen ins Kässeli des örtlichen Kurdirektors bezahlen. Man macht das gerne, bekommt man doch



in der Regel etwas geboten dafür – folkloristische Darbietungen der Dorfjugend oder auch, wie jahrzehntelang im Falle von St. Moritz, einen Alphorn blasenden Kurdirektor.

Leider erklingt derzeit in Graubünden das Alphorn etwas leiser als auch schon. Im Vergleich zu den Vorjahren gingen die Übernachtungen in der Wintersaison 2011/12 um 14,2 Prozent zurück. Viele Angebote sind zu wenig attraktiv, und der starke Franken lässt ausländische Destinationen verlockend erscheinen. Dagegen kämpfen die regionalen Bündner Kurvereine mit geschätzten 58 Millionen Franken – ein Schweizer Rekord. Allein das Budget der «Destinationsmanagement-Organisation (DMO) Engadin/St. Moritz» beträgt 15 Millionen Franken (bei 30 Prozent Personalkosten).

Bisher blieb es den Gemeinden überlassen, wie und ob sie Tourismusförderung betreiben wollen. Auch die Finanzierung über eine Kurtaxe oder andere Mittel war der Gemeindeautonomie anheimgestellt. Das wollen Regierung und Parlament in Chur jetzt ändern: Sie haben ein kantonales Tourismusabgabengesetz lanciert, welches die gute alte Kurtaxe ablösen soll. Statt den Feriengast zu besteuern, soll gleich die ganze Bündner Wirtschaft belastet werden – vom Buch-Antiquariat im Tourismus-unverdächtigen Landquart bis zum Zigarrenladen in Davos. Eine Modellrechnung des Amtes für Tourismus geht davon aus, dass die Einnahmen sich auf 61,5 Millionen Franken belaufen werden. Das sind gerade einmal 3,5 Millionen mehr als bisher.

Die Beamten von Amtsdirektor Eugen Arpagaus und Regierungsrat Hansjörg Trachsel (BDP) haben sechs Jahre lang über der Vorlage gebrütet, die je nach Branche und «Abgabeklasse» der Gemeinde unterschiedliche Steuersätze definiert. Offenbar war das Ziel, ein möglichst kompliziertes Gesetz zu entwerfen, denn die Anzahl verschiedener Sätze beläuft sich auf über 200. Ob mit solch einem Schildbürgerstreich neue Gäste gewonnen werden? Am 28. November stimmt die Bündner Bevölkerung ab.

Leserbriefe

«Eine sehr bewegende, ehrliche Geschichte mit interessanten Hintergrundinformationen.» *Patrick Portmann*



«Wirklich überzeugt»: Claire Winiger.

Gravierende Probleme

Nr. 41 – «Ich wäre froh, wenn du mitkommst»; Max Winiger über seine krebskranke Mutter

Der Artikel hat mich wirklich überzeugt. Eine sehr bewegende, ehrliche Geschichte mit interessanten Hintergrundinformationen. Das Palliative-Care-Angebot sollte dringend ausgebaut werden! Seit mehr als acht Jahren arbeite ich als Krankenpfleger und begleite Menschen im Sterbeprozess. Ich beobachte ein sich stetig veränderndes Gesundheitswesen mit neuen Logos, Qualitätssicherungen und dem Nichtansprechen von gravierenden Problemen. Aber ohne politische Vertretung aus dem Bereich Pflege und Betreuung sind diese Probleme auch nicht zu lösen oder werden wie bisher «klein- und schöngeredet».

Patrick Portmann, Beringen

Da kommt einem doch die Galle hoch: Wir bezahlen über die Grundversicherung Leistungen wie Brustvergrösserungen, Geschlechtsumwandlungen und vieles andere. Aber für ein angemessenes Angebot in der Palliativmedizin soll das Geld fehlen? Eine Schande für die reiche Schweiz.

Fabian Brauner, Ostermundigen

«Tschumpelzulage»

Nr. 41 – «Kostenkontrolle»; von Alex Baur

Wenn Andreas Gross (SP) seine Steuereinsparung, die letztlich von den Steuerzah-

lenden finanziert wird, als «Tschumpelzulage» bezeichnet, trifft er den Nagel punktgenau auf den Kopf; denn jeder ordentliche Steuerzahler muss sich tatsächlich als Tschumpel vorkommen.

Walter Fritschi, Zollikon

Bestenfalls Naturwissenschaftler

Nr. 41 – «Biotop des Gleichklangs»; Philipp Gut über die Schweizer Universitäten

Die päpstliche Unfehlbarkeitslehre (bestenfalls noch milde belächelt) scheint nun von den Lehrern der Universitäten beansprucht zu werden. Und der Hammer, mit dem jede Kritik und jeder Kritiker plattgeschlagen werden, heisst «wissenschaftlich». Wissenschaftlich arbeiten heisst aber sich streng an beweisbare Fakten halten. Wissenschaftler sind also bestenfalls nur Naturwissenschaftler (Physiker, Chemiker, Biologen und Artverwandte) sowie Mathematiker. Alle anderen wie Soziologen, Politologen, Historiker usw. mögen zwar beim Erstellen ihrer Dokumentation wissenschaftlich vorgehen (hoffentlich), aber dann werden Ideologien, Zeitgeistmoden, Opportunismus (was nützt oder schadet der Karriere) unter die Fakten gemischt, das Ganze gewürzt mit Statistiken und Umfragen (beides sehr leicht manipulierbar). Das Resultat sind recht persönlich gefärbte Ansichten, die als Literatur, Philosophie, Gesellschaftsthesen durchaus interessant sein mögen, aber niemals als wissen-

schaftliche Arbeiten angesehen werden dürfen. Und Naturwissenschaftler wissen längst, dass Erkenntnisse nur so lange gelten, bis neue Einsichten die alten ablösen.

Norbert Frantz, Bergem (L)

Dümmliche Verordnungswut

Nr. 41 – «Luxusproblem Armut»; Urs Paul Engeler über den Bundesrat

Diese schlecht fundierte Aktion von Bundesrat Berset bringt ausser noch mehr unnötigen Belastungen nicht viel. Es gibt in den öffentlichen Büros offensichtlich zu viele weltfremde Angestellte, die durch stets neue unsinnige Verordnungen, Verbote, etc. den Bürger drangsalieren und ausnehmen. Ihr Ziel ist, durch Beschaffung nebulöser Scheinarbeit ihren Arbeitsplatz zu rechtfertigen. Diese Grundlage schlägt sich in den Taten mancher Regierungsmitglieder nieder, die oberflächlich informiert schwatzen, bevor sie denken, und heimliche Projekte ausbrüten, ohne dem Volkswillen Rechnung zu tragen. Mit wirtschaftlicher und bürgernaher Politik kann man Milliarden einsparen, und der Schuldenberg kann vermindert werden. Die dümmliche Verordnungswut schlägt sich auch im Artikel «Der Superbauer» nieder. Statt solch innovativen Bauern und beispielhaften Unternehmern entgegenzukommen, wirft man ihnen Knüppel zwischen die Beine. Die kurzfristigen Staatsangestellten merken nicht, dass sie Steuern einnehmen und keine Subventionen ausschütten müssen.

Dr. Peter Wettstein, St-Sulpice VD

Die abrufbare Leistung zählt

Nr. 41 – «Helvetische Atomfixierung»; Kolumne von Peter Bodenmann

«Pro Watt an installierter Leistung zahlen Sie heute für grosse Fotovoltaik-Anlagen wenig mehr als 2 Franken»: So zitiert Peter Bodenmann den Fotovoltaik-Turbo Urs Muntwyler und stellt dann eine weitere Senkung des Preises «pro installiertes Watt» in Aussicht. Das mag schon sein, aber was interessiert uns die installierte Leistung? Zählen tut die Leistung, die wir tatsächlich abrufen können. Weil es leider in der Nacht dunkel ist und weil auch sonst nicht immer die Sonne scheint, sind das in der Schweiz bei Fotovoltaik-Anlagen im Durchschnitt um die 25 Prozent der installierten Leistung. Korrekt muss es also heissen: Ein Watt bezogener Leistung aus grossen Fotovoltaik-Anlagen kostet mehr als 8 Franken. Da es mit den Solarzellen allein nicht getan ist, da es ja auch deren Montage und umfassende technische Installationen braucht, dürfte der effektive Preis noch um einiges höher liegen.

Peter Zünd, Zollikofen

Bogen überspannt

Nr. 40 – «Vor diesen Professoren wird gewarnt»; Philipp Gut über die Schweizer Universitäten

Ich bin Studentin der Politikwissenschaft an der Uni Zürich. Philipp Gut spricht in seinem Artikel die bundesfinanzierte Warnung gegen den Rechtspopulismus bzw. die SVP an. Bei uns in der Politikwissenschaft – im Fach Schweizer Politik – befassen wir uns tatsächlich sehr oft mit der SVP. Der Grund dafür ist aber nicht, vor der SVP oder dem Rechtspopulismus warnen zu wollen, sondern es geht darum, den Rechtspopulismus zu untersuchen. Um das Parteiensystem zu begreifen und um abschätzen zu können, ob die neuen Mitteparteien in den nächsten Jahren Bestand haben, ist es wichtig, zu verstehen, wie die SVP aufgestiegen ist.

Der Aufstieg der SVP ist ja ein sehr interessantes Phänomen. Keine andere Partei konnte ihr Wählerpotenzial so geschickt ausschöpfen: mit Hilfe von Mobilisierung, Wahlplakaten, der Schaffung von Feindbildern, der polemisierten Thematisierung der Sorgen der Bevölkerung, mit charismatischen Führungspersönlichkeiten. Man nennt das, was die SVP produziert, «Populismus» – und in diesem Fall Rechtspopulismus. In der Schweiz wird Linkspopulismus hingegen nur selten thematisiert, da es in der Schweiz keinen Linkspopulismus (mehr) gibt. Es ist nicht so, dass an der Uni nur ein linkes Gedankengut akzeptiert wird. Im Gegenteil werden an der Uni die Auseinandersetzung, das kritische Analysieren eines Artikels und die Meinungsvielfalt gefördert. Auch wenn ich der Meinung bin, dass Herr Gut in seinem Artikel den Bogen etwas überspannt hat, lese ich immer wieder gerne die *Weltwoche*, denn sie regt jederzeit zu hitzigen und kontroversen Diskussionen an.

Chantal Schaller, Feuerthalen

Entscheidender Beitrag

Nr. 40 – «Hotelgeschichten aus dem <Suvretta>»; René Lüchinger über das «Suvretta House»

Das «Suvretta House» in St. Moritz ist ein Referenzbetrieb der internationalen Luxushotelserie, ein über Jahrzehnte gewachsenes Haus mit einer unerhörten Substanz. Zu verdanken ist das der stabilen Besitzerkonstellation und der Weitsicht der Familien Bon und Candrian, welche die *Weltwoche* zu Recht würdigt. Unabdingbar sind und waren jedoch auch die Voraussetzungen in der Betriebsführung – Ehepaare mit der Qualität, hervorragende Gastgeberpassion stilsicher umsetzen, aber gleichzeitig auch die wirtschaftlichen Herausforderungen meistern zu können. In den beiden letzten Jahrzehnten waren dies Helen und Vic Jacob, zwischen 1967 und 1989 Dorli und

Rudolf F. Müller. Letztere bleiben in dem Bericht unerwähnt, haben jedoch entscheidend dazu beigetragen, dass das «Suvretta House» nicht schon in den sechziger Jahren an irgendwelche Magnaten verkauft wurde oder – wie viele andere Luxushäuser in diesen (auch!) schwierigen Jahren – als Gruppenunterkunft abgewirtschaftet wurde. Unter Müllers Leitung wurde die Sommersaison aufgebaut, jedes Jahr wurden Erneuerungsinvestitionen getätigt und Dividenden erwirtschaftet und nicht zuletzt höchste professionelle Hotelierstandards gesetzt, was letztendlich die erfolgreiche Weiterentwicklung durch Helen und Vic Jacob ermöglichte. Die fantastische Hotelgeschichte des «Suvretta House» ist ohne die Erwähnung von Rudolf F. und Dorli Müller unvollständig geschrieben – wäre ohne deren Engagement anders verlaufen.

Riet Frey, Davos Dorf

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man an der Kasse eines Grossverteilers den Warentrenner für den nächsten Kunden nicht auf das Förderband legen?

Yvonne Gasser, Wangen

Ja. Zwar leuchtet nicht ganz ein, was Sie mit dieser Geste der Verweigerung zu signalisieren hoffen, aber wenn es Sie glücklich macht, nur zu. Bloss sollten Sie dann damit rechnen, für Frühstücksflocken bezahlen zu müssen, die nicht die Ihren sind. Damit, die Kassiererin oder den Kassierer des Langen und Breiten über den Irrtum aufklären zu müssen, während die Schlange und Unruhe hinter Ihnen wächst. Damit, dass man Sie schlicht für unhöflich hält. Doch haben alle das Recht auf ein paar Minuten Rebellion pro Tag. Es lebe die Anarchie am Förderband! *Sacha Verna*

An advertisement for roviva 1748. It features a black and white photograph of a woman with long, dark hair, wearing a dark, draped garment, looking thoughtfully to the side. Below the photo, the text reads: "Schlafen ist sinnlich. Spüren Sie den Unterschied?". At the bottom, there is a red rectangular logo with a white border, containing the word "roviva" in white lowercase letters and "1748" in a smaller font. Below the logo, the text "Matratzen- und Bettenfabrik, www.roviva.ch" is written in white.

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Justitia ist eine Frau

Mit der Ehe geht der Mann ein unkalkulierbares Risiko ein. Spätestens bei der Scheidung wird die Gleichberechtigung der Geschlechter zur Fiktion, besonders wenn noch Kinder im Spiel sind. Es gilt die Faustregel: Der Mann zahlt, die Frau befiehlt. *Von Alex Baur und Erik Kriek (Illustration)*

Im Herbst 1999 trifft Urs Bammert*, 30, zufällig auf die fünf Jahre jüngere Lora*. Die beiden kommen sich schnell näher, wenige Monate später ist sie schwanger, kurz vor der Geburt von Tamara* wird geheiratet. 2003 folgt eine zweite Tochter, Melinda*. Urs Bammert, ein gelernter Mechaniker, hat sich mit viel Fleiss und Engagement zum Verkaufsleiter hochgearbeitet, man leistet sich ein Einfamilienhaus im aargauischen Seetal. Lora Bammert arbeitet Teilzeit, um das Budget etwas aufzubessern, er engagiert sich im Zivildienst.

Doch die unscheinbare Fassade der aufstrebenden Kleinfamilie trägt. Bereits nach der Geburt von Tamara wird Lora Bammert regelmässig von psychotischen Schüben geplagt. Wenn sie ihm heulend ins Geschäft telefoniert, lässt er jeweils alles stehen und rast nach Hause, wo ihn ein Chaos erwartet: zersplittertes Geschirr, zertrümmerte Möbel, umgeworfene Blumentöpfe – und mittendrin zitternd seine Frau, die Kinder verstört in ihren Zimmern.

Wegen seiner Absenzen verlor Urs Bammert mehr als eine Stelle. Er trug die Last ein Jahrzehnt lang klaglos. Schliesslich hatte man sich Beistand versprochen, in guten wie in schlechten Zeiten. Lora Bammert begann mehrere Psychotherapien, brach diese aber immer wieder ab. Die kleine Familie isolierte sich zusehends. Auf Widerspruch reagierte die Frau höchst ungehalten. Wenn er nicht gehorchte, hatte das gewaltige Ausraster zur Folge. Und wenn er sie verlasse, so drohte sie, werde sie sich zusammen mit den Kindern umbringen.

Urs Bammert sass in der Falle. Es gibt zahlreiche Institutionen, die Frauen und Kinder vor gewalttätigen Männern schützen. Doch eine Frau, die ihre Familie terrorisiert, ist im System nicht vorgesehen. Der Mann muss sich selber helfen – und dabei stets aufpassen, dass er nicht zum Täter gemacht wird.

Im Frühjahr 2011 zog Urs Bammert die Notbremse. Als er nach einem ihrer Hilferufe wieder einmal eine demolierte Stube vorfand – die beiden Mädchen hatten sich in ihren Zimmern verschanz –, packte er seine Frau an den Armen und stellte sie auf die Strasse. Sie drehte den Spieß um und verzeigte ihn auf dem lokalen Polizeiposten, erfolglos allerdings, denn dort kannte man die Familie bestens. Lora Bammert hatte inzwischen vier Selbstmordversuche, drei mehrwöchige Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken und eine Zwangseinweisung hinter sich. In den letzten Jahren war sie öfter nächtelang verschwunden. Den Tag

verbrachte sie, sofern sie nicht arbeitete, zu meist vor dem Fernseher.

Ein halbes Dutzend Psychiater haben sich an Lora Bammert die Zähne ausgebissen. Die Diagnosen decken sich grosso modo: «paranoide Psychose» mit Hinweisen auf eine «Borderline-Störung». Lora Bammert liess sich nicht helfen. Sie weigerte sich, ihre Krankheit zu akzeptieren und Medikamente zu schlucken.

Eine Familie unter Psychoterror

Unter ihren Ausrastern litten vor allem auch die beiden Kinder. In der Regel blieb es zwar bei Beschimpfungen; ob sie ihre Töchter auch physisch misshandelte, ist umstritten und wurde nie geklärt. Doch man wusste nie, ob sie ihre wilden Drohungen umsetzen würde. Dass die Frau im Zuge ihrer Schübe eine unheimliche Zerstörungskraft entwickelte, ist in diversen polizeilichen und psychiatrischen Protokollen schriftlich dokumentiert.

So hatte sie etwa während einer Einweisung in der Klinik Königsfelden eine Pflegerin niedergeschlagen, eine Glastür durchbrochen und beim anschliessenden Fluchtversuch ein Auto demoliert. Gegenüber ihrem Therapeuten fantasierte sie von detaillierten Mordplänen gegenüber Nachbarn, mit denen sie sich heillos zerstritten hatte. Tamara bezichtigt zudem ihre Mutter, sie geschlagen oder zur Strafe auch mal stundenlang in einen stockdunklen Keller gesperrt und die Sicherungen herausgeschraubt zu haben. Ihre Aussagen werden zum Teil durch Dritte bestätigt.

Ein klarer Fall, würde man meinen. Tatsächlich teilte Richter Christian Märki, Präsident des Bezirksgerichtes Kulm, vor gut einem Jahr die Obhut der beiden Töchter vorläufig dem Vater zu. Auf Insistieren von Lora Bammert betreute sie die Kinder tagsüber aber weiterhin. Sie hatte in einer Nachbargemeinde eine Wohnung bezogen und bereits einen neuen Freund gefunden. Bevor er den definitiven Entscheid fällte, gab Richter Märki aber noch zwei psychiatrische Gutachten in Auftrag: Das eine sollte Auskunft über die Psyche der Mutter geben, das andere über die der Kinder.

Die getrennt-gemeinsame Betreuung der Mädchen stellte sich bald als unerträgliche Zumutung für alle heraus. Die Konflikte verschärften sich, doch der definitive Richtspruch aus Kulm liess ein Jahr lang auf sich warten. Im Hinblick auf das zu erwartende Urteil mietete Urs Bammert im letzten Juni eine geräumige Wohnung im Kanton Obwalden, seiner Hei-

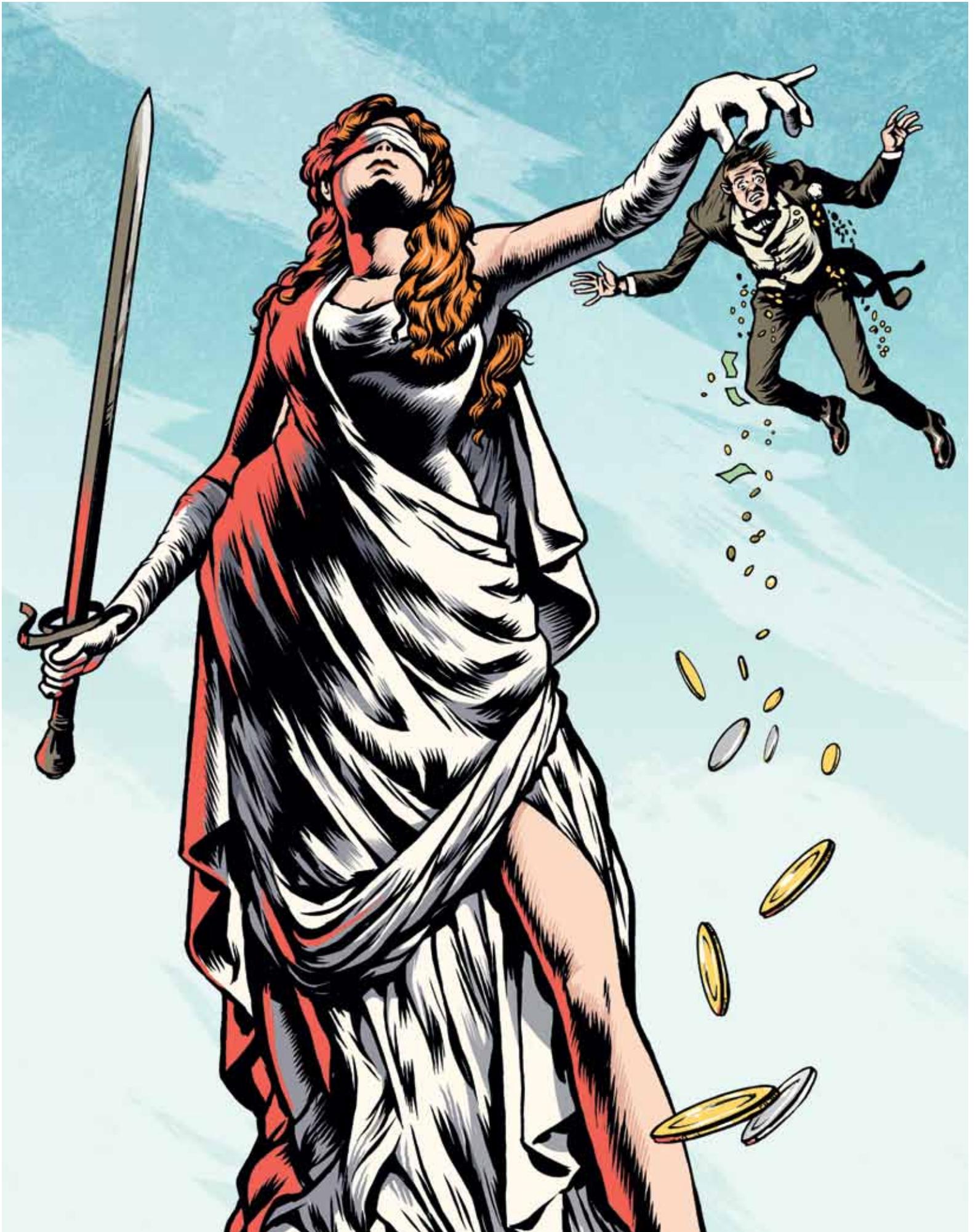
mat, wo er auf ein intaktes Umfeld von Angehörigen und Freunden zählen konnte. Dank einer neuen Partnerin – eine alleinstehende Mutter mit zwei Söhnen, welche die Mädchen akzeptiert hatte – war die Betreuung der Kinder optimal geregelt. Bammert fand sogar eine neue Stelle, die es ihm erlaubte, stets in der Nähe seiner beiden Töchter zu sein.

Am 27. Juni 2012 machte der Entscheid von Richter Märki alles wieder zunichte: Die mittlerweile zwölfjährige Tamara wurde zwar dem Vater zugeteilt – die neunjährige Melinda aber der Mutter. Weil Lora Bammert inzwischen kaum noch arbeitet, muss er ihr monatlich fast die Hälfte (3842 Franken) seines Lohns (8000 Franken) abliefern. Im Urteil wird angetönt, dass man dem Vater beide Töchter weggenommen hätte, hätte sich Tamara nicht stur geweigert, bei ihrer Mutter zu bleiben. Die kleine Melinda dagegen mochte sich nicht entscheiden. Sie liebe ihre Mutter wie den Vater, gab sie wiederholt zu Protokoll, wichtig sei ihr einzig, dass sie nicht in eine Pflegefamilie komme. Genau das hatte Lora Bammert gefordert: Wenn sie die Obhut nicht erhalte, dann solle auch der Vater diese nicht haben – dann sollten die Töchter halt fremdplatziert werden.

Irgendwie sind alle schuld

Wie ist es möglich, dass ein Gericht in einer derart schwierigen Situation Geschwister auseinanderreisst? Richter Märki beruft sich auf die beiden Gutachten der Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG). Zwar werden hier die über Jahre dokumentierte psychische Erkrankung, die suizidale Neigung und die Zwangseinweisung von Lora Bammert wegen «erheblicher Fremdgefährdung» bestätigt. Die Gutachterin Renate Sblendorio, stellvertretende Oberärztin der PDAG, die sich mit den beiden Mädchen befasste, mag gleichwohl keine Gefährdung erkennen. Die psychotischen Schübe der Mutter, deutet sie an, könnten womöglich auf Spannungen während der Ehe zurückzuführen sein. Der Mann, so lässt sie durchblicken – nicht explizit, aber offenbar deutlich genug für Richter Märki –, könnte Verursacher ihrer Krankheit sein.

Der Fall Bammert ist ein Extremfall. Bei neun von zehn Scheidungen einigen sich die Parteien auf einen gemeinsamen Antrag. Kommt es aber zum Kampf – in dieser Hinsicht ist der Fall Bammert ein Paradebeispiel –, hat der Mann in aller Regel das Nachsehen. Wer wen im Stich gelassen, allenfalls belogen



Der scharfe Arm des Gesetzes.

und betrogen hat, spielt heute keine Rolle mehr. Man geht einfach davon aus, dass irgendwie alle schuld sind. Das ist bequem für die Richter, die sich um schwierige Entscheide drücken. Doch eine Justiz, die sich um die Moral foutiert, produziert amoralische Urteile.

Das fängt an beim Geld. Hier gilt das Prinzip: Wer weniger zu verlieren hat, der gewinnt. Und das ist in der Regel die Frau. Vor dem Scheidungsrichter mutiert selbst die emanzipierte Powerfrau zum Huscheli, das ohne Ernährer nicht überleben kann. Geurteilt wird nach dem althergebrachten Rollenverständnis: Eine Frau darf arbeiten, wenn sie will; der Mann muss Geld verdienen, um Alimente zu zahlen. Und wenn er es nicht tut, landet er wegen «Vernachlässigung der Unerhaltungspflichten» relativ schnell im Gefängnis.

Es gibt Ausnahmen, die aber bloss die Regel bestätigen. Ein bekanntes Beispiel ist die Frau, die einen mittellosen Immigranten mit einer Heirat vor der Ausschaffung bewahrt. Wenn sich dann herausstellt, dass seine Liebe gar nicht ihr, sondern bloss ihren Papieren galt, folgt die zweite böse Überraschung auf dem Fuss: Sie muss ihn nach der Scheidung weiter durchfüttern und ihm als Zugabe gleich noch einen Teil ihrer Pensionsgelder abtreten.

In der Regel ist es aber der Mann, der mehr arbeitet und dementsprechend mehr verdient, zumal wenn Kinder da sind. Bis zu deren zehntem Altersjahr muss eine Mutter nach Ansicht des Bundesgerichts ohnehin nicht arbeiten – selbst wenn sie ihre Kinder fremdbetreuen lässt. Der Mann zahlt auch, wenn sich herausstellt, dass er gar nicht der leibliche Vater ist; lässt er die Vaterschaft ohne die Einwilligung der Mutter testen, macht er sich strafbar.

Der Mann kann ohne weiteres auf das betriebsrechtliche Existenzminimum gedrückt werden, um ihr ein sorgenfreies Hausfrauen-dasein zu ermöglichen. Damit ist er schlechter gestellt als Sozialhilfebezüger, die überdies keine Steuern zahlen und von allerlei Sonderleistungen profitieren. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) hat sogar eine Vorlage in der Pipeline, die es ermöglichen soll, die Väter bis unters Existenzminimum zu drücken («Bis aufs letzte Hemd», *Weltwoche* Nr. 3/11).

Wenn eine berufstätige Frau im Zuge der Trennung ihre Arbeit reduziert und also weniger verdient, muss der Mann in der Regel einfach mehr bezahlen; wenn ein Vater aber weniger arbeiten will, um sich vermehrt den Kindern zu widmen, wird das nur akzeptiert, wenn die Frau einverstanden ist. Und wenn sie sich einen neuen Partner angelacht hat, so ist das nach Meinung des Bundesgerichtes noch lange kein Grund, die Alimente zu reduzieren.

Wenn sich die Einkommensverhältnisse aber zu seinen Ungunsten verschieben, liegt es am Mann, eine Abänderung der Unterhaltszahlungen vor Gericht zu erstreiten, was lange dauern kann; bis zum neuen Urteil muss er

zahlen, auch wenn er kein Geld mehr hat, ohne Aussicht auf eine Rückerstattung. Und nicht selten finanziert der Mann den Gegenanwalt, der ihm das Leben zur Hölle macht.

Vor Gericht gelten Kinder nicht als Bereicherung für den, der sie aufziehen darf – sondern nur als Bürde und Kostenfaktor. Entsprechend grosszügig sind die Tarife. Ob eine Mutter das Geld effektiv dem Nachwuchs zugutekommen lässt, für den es gedacht ist, liegt in ihrem freien Ermessen. Bei Streitereien um das Sorgerecht spielen finanzielle Interessen denn auch stets mit eine Rolle. Die elterliche Obhut kann ein lukratives Geschäft sein.

Ein Beispiel dafür liefert ein anderer Fall aus dem Aargau. Eine Tschechin kehrt nach kurzer Ehe mit einem Schweizer in ihre Heimat zurück. Der Mann verlor damit nicht nur den Kontakt zu den beiden gemeinsamen Kindern, er muss seiner Ex-Gattin nun auch noch Monat für Monat 2198 Franken überweisen. Das ist etwa das Doppelte von dem, was ein Angestellter in Tschechien im Schnitt (943 Euro) verdient. Will der Vater seine Kleinen sehen, gehen die Reise- und Hotelpesen selbstredend auf seine Kosten.

Sozialarbeiterin auf der Seite der Mutter

Bei der Zuteilung der elterlichen Obhut gilt die archaische Rollenteilung erst recht: Die Kinder kommen zur Mutter. Bei Kleinkindern ist das in den meisten Fällen unumstritten. Mütter haben in der Regel eine viel engere Beziehung zu ihrem Nachwuchs, in den ersten Jahren zumindest. Während und nach der Pubertät wird die Vaterfigur aber für die Kinder oft wichtiger. Trotzdem ist es praktisch ausgeschlossen, dass ein Gericht Jugendliche gegen den Willen der Mutter dem Vater zuspricht.

Besuchsregelungen haben für viele Mütter lediglich den Charakter einer Empfehlung. Wollen sie den Kontakt zum Kindsvater vereiteln, stehen ihnen diverse Wege offen. Eine beliebte Methode ist eine Anzeige wegen angeblicher sexueller Übergriffe. Setzt sie einen solchen Verdacht in die Welt, sieht der Vater seine Kinder bestenfalls noch für jeweils ein paar Stunden unter fremder Aufsicht, die ihm jede Freude am Treffen vermiest. Selbst wenn sich der Verdacht als Falschanschuldigung erweist, muss die Frau kaum damit rechnen, zur Rechenschaft gezogen zu werden («Tatwaffe Sexualstrafrecht», *Weltwoche* Nr. 35/10).

Viele Mütter foutieren sich ganz einfach um das Besuchsrecht. Sie riskieren dabei höchstens eine kleine Busse. Auch hier gibt es den umgekehrten Fall: Väter, die Kinder ins Ausland entführen, meist in muslimische Länder, wo Frauen kaum Rechte haben. In der Schweiz mussten solche Täter – Ausnahmen bestätigen die Regel – bislang höchstens mit einer milden Warnstrafe rechnen. Wehrt sich ein Vater aber gegen die Verweigerung des Besuchsrechts, etwa indem er die Unterhaltszahlungen aussetzt, treibt der Staat das Geld sofort ein.

Theoretisch ist das Kindeswohl die Richtschnur, der sich alles andere unterzuordnen hat. In der Praxis entscheiden die Gerichte meistens im Sinne der Frau. Ausschlaggebend sind dabei nicht die Gesetze, sondern die Gremien, welche diese anwenden. Und diese stehen in aller Regel auf der Seite der Frau. Das lässt sich anhand des eingangs dargelegten Falls Bammert eindrücklich aufzeigen.

Eine zentrale Rolle im Fall Bammert spielt eine Sozialarbeiterin aus dem Bezirk Kulm, die das Gericht im August 2011 als Beiständin für Tamara und Melinda ernannte. Wie aus den Gerichtsakten hervorgeht, schlug sich die Beiständin bald auf die Seite der Mutter und machte sich deren Sichtweise zu eigen. Die Version des Vaters, mit dem sie kaum Kontakt hat, interessiert die Sozialarbeiterin nicht.

Schuld an der psychischen Erkrankung von Lora Bammert wäre demnach ihr angeblich eifersüchtiger Gatte, der sie zu Hause eingekerkelt habe. Wenn der Mann weg sei, glaubt die Frau, werde sie wieder gesund und könne ihre Mutterrolle wahrnehmen. Dass die psychotischen Schübe sie oft heimsuchten, wenn sie mit den Kindern allein war, und dass sie selber ihren Gatten in solchen Situationen herbeirief, passt allerdings schlecht zu dieser Diagnose.

Die beiden Mädchen, zu deren Schutz sie eingesetzt wurde, scheinen die Sozialarbeiterin hingegen weniger zu kümmern. Die zwölfjährige Tamara, die nicht in ihr Konzept passt und nunmehr seit vier Monaten bei ihrem Vater im Kanton Obwalden lebt, hat sie jedenfalls noch nie besucht. Als Lora Bammert nach dem Gerichtsurteil mit der neunjährigen Melinda heimlich und entgegen allen Abmachungen – das Mädchen sollte einen Teil der Ferien mit der Schwester beim Vater verbringen – für mehrere Wochen nach Spanien verreiste, geschah dies mit dem Wissen der Beiständin. Ein mit dem Fall vertrauter Kinderarzt erstattete damals eine Gefährdungsmeldung an die Polizei und an die Sozialen Dienste des Bezirks Kulm. Die Sozialarbeiterin ignorierte das Alarmsignal. Mit dem Segen der Beiständin und entgegen dem Gerichtsurteil hintertreibt Lora Bammert nun vielmehr den Kontakt zwischen Melinda und ihrem Vater ganz.

Die Parteinahme der Beiständin äussert sich in subtilen Wertungen. Lässt sich die Mutter vor den Kindern über den Familienkonflikt aus, qualifiziert sie dies als «erzieherisch ungünstiges Verhalten [...] in der Vergangenheit»; tut der Vater dasselbe, rügt sie dies scharf als «äusserst unbeherrschtes und uneinsichtiges Verhalten». Um des Friedens willen, behauptete die Sozialarbeiterin gegenüber der Gutachterin Renate Sblendorio, «verzichtet die Mutter auf ihre Rechte».

Letzterer Satz floss unkommentiert in Sblendorios Expertise ein, die bei der Zuteilung der Mädchen eine entscheidende Rolle spielte. Auch die Expertin lobt die angebliche Koope-

rationsbereitschaft der Mutter. Dem Vater legt sie dagegen zur Last, dass er sich vehement für die Obhut der Töchter einsetzt und sich damit ungehörig ins Verfahren einmische.

Vor allem aber übernimmt Sblendorio, zumindest als Variante, auch die psychiatrische Diagnose der Sozialarbeiterin, die sich über sämtliche fachärztlichen Befunde hinwegsetzt. Es sei für sie offen, schreibt die Gutachterin süffisant, aber ohne sich festzulegen, «wer in dieser Beziehung krank ist und wer krankmacht». Vielleicht, so wird angetönt, sei auch Urs Bammert ein Fall für den Psychiater.

Um den entscheidenden Punkt machten aber sowohl die Gutachterin Sblendorio wie auch Richter Märki einen grossen Bogen: Wurden die beiden Mädchen von ihrer Mutter misshandelt und geschlagen, wie Urs Bammert und Tamara behaupten? Oder wurde die Zwölfjährige von ihrem Vater aufgehetzt und zu einer falschen Aussage angestiftet? Diese Frage schreit geradezu nach einer akribischen und nüchternen Abklärung, die man im ganzen Prozess vergeblich sucht.

Die neunjährige Melinda äusserte sich, soweit sie überhaupt gefragt wurde, ausweichend. Niemand hakte nach. Tamara dagegen belastete ihre Mutter, erzählte aber auch von Misshandlungen, die sie gemäss Hörensagen schon als Baby erlitten habe. Statt Tamara genau zu fragen, was sie selber erlebt und was sie allenfalls von wem erfahren haben will, spekuliert Sblendorio vage über die theoretische Möglichkeit einer Beeinflussung. Dafür finden sich im Gutachten seitenlange, belanglose Ausführungen über die Hobbys der Kinder. Es gibt zahlreiche Zeugen, die man zu den psychotischen Ausrastern von Lora Bammert hätte befragen können. In den Akten sucht man vergeblich nach einem kritischen Kreuzverhör mit Urs Bammert. Richter Märki begnügt sich in der Urteilsbegründung mit der Behauptung, die Zeugen würden alle aus dem familiären Umfeld stammen und seien damit a priori befangen.

Das Urteil folgt letztlich einem radikalfeministischen Credo, das sich in weiten Teilen der Verwaltung durchgesetzt zu haben scheint:

Die Väter sind prinzipiell die Täter – und die Frauen Opfer. Und wenn es einmal anders sein sollte, ist dies als eine Art kollektive Vergeltung hinzunehmen, sozusagen als ausgleichende Ungerechtigkeit für Jahrhunderte angeblicher oder tatsächlicher Unterdrückung der Frau.

Dabei sind gewalttätige Mütter keine Seltenheit. Eine Befragung bei der Aushebung von über 20 000 jungen Schweizern im Jahr 1997 ergab, dass 25,3 Prozent der Mütter und 30,7 Prozent der Väter ihren Söhnen gelegentlich eine Ohrfeige verpassen. Rund 5 Prozent der Rekruten erlebten schwere körperliche Misshandlungen durch ihre Eltern, in 39 Prozent der Fälle war die Mutter die Täterin.

Doch Frauen können bei der Justiz stets mit einem Bonus rechnen. Wenn eine Mutter zuschlägt, ist sie überfordert – wenn der Vater das-

Wenn eine Mutter zuschlägt, ist sie überfordert – wenn der Vater dasselbe tut, ist er gefährlich.

selbe tut, ist er gefährlich. Man mag einwenden, dass Männer in der Regel stärker sind als Frauen. Die Privilegierung des sogenannt schwachen Geschlechts lässt sich aber auch anhand von Delikten belegen, bei denen Gewalt keine Rolle spielt. Gemäss einer Erhebung des Bundesamtes für Statistik aus dem Jahr 2011 wurden 15,7 Prozent der Männer, die sich mit Alkohol am Steuer erwischen liessen, zu einer unbedingten Strafe verurteilt; Frauen, die dasselbe taten, mussten bloss in 8,8 Prozent der Fälle ins Gefängnis. Auch beim einfachen Diebstahl (ohne Gewaltanwendung) werden die Männer etwa doppelt so häufig hinter Gitter geschickt.

Gewalttäter sind oft, aber nicht immer, männlich. Zwischen 1997 und 2006 wurden in Deutschland 911 Kinder unter sechs Jahren getötet. Gemäss einer Untersuchung des Kriminologischen Instituts Niedersachsen war bei mehr als der Hälfte aller aufgeklärten Fälle die Täterin die Mutter. Oft ging es um Misshandlungen ohne direkten Tötungsvorsatz oder um sogenannt erweiterte Suizide, bei denen eine

psychisch angeschlagene Mutter ihr Kind mit in den Tod nahm. Bei 6,2 Prozent der Fälle lag aber, meistens im Zusammenhang mit einer Trennung, eine vorsätzliche Tötung vor.

Selbstmordversuch im Wald

Das Baselbieter Strafgericht hat kürzlich eine 34-jährige Mutter, die ihren zweieinhalbjährigen Sohn mit einer tödlichen Dosis Tabletten vergiftet hatte, wegen versuchter schwerer Körperverletzung und Falschanschuldigung zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Mit ihrer Tat wollte sich die Frau am Kindsvater rächen: Zuerst versuchte sie, ihm das Verbrechen in die Schuhe zu schieben. Die Haft soll der Verurteilte, mit einer Fussfessel versehen, zu Hause verbringen. Von Strafe kann da kaum noch die Rede sein. Erfolglos bemühte sich der Vater vor Gericht um die Obhut des Kindes, das nach wie vor bei der Mutter lebt. Einen Reporter von *Blick*, der es gewagt hatte, kritisch über die Hintergründe des Falles zu berichten, verbannte Gerichtspräsidentin Jacqueline Kiss kurzerhand aus dem Verhandlungssaal.

Der *Weltwoche* wurde der Fall einer jungen Kindergärtnerin zugetragen, die sich im August 2011 zusammen mit ihrem vierjährigen Sohn das Leben nehmen wollte. Sie fuhr mit dem Kleinen in einen Wald und leitete über einen eigens dazu mitgeführten Staubsaugerschlauch die Abgase ins Innere des Autos. Der Bube wehrte sich wild gegen den drohenden Erstickungstod, er konnte schliesslich die Türe aufreissen und rettete damit auch seine Mutter. Die Ärzte diagnostizierten bei der Kindergärtnerin eine «bipolare Störung mit Borderline-Syndrom». Es war bereits ihr vierter Suizidversuch. Seit über einem Jahr prozessiert der Vater des Knaben um die Zuteilung der elterlichen Obhut. In erster Instanz bekam er zwar recht. Doch bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, bleibt der Kleine bei seiner Mutter.

Der Autor beschreibt den Fall Bammert aufgrund der Prozessakten, die ihm zur Verfügung gestellt wurden; den Kontakt zu den Parteien hat er bewusst gemieden.

* Die Namen der Betroffenen wurden geändert.





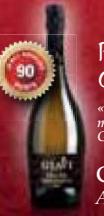
**CHAMPAGNE
BLANC DE BLANCS –
RUINART N.V.**

CHF 64.80
Ab 36 Flaschen CHF 62.65



**CHAMPAGNE
DOM RUINART –
RUINART 2002**

CHF 135.–
Ab 36 Flaschen CHF 131.75



**PROSECCO DOCG BRUT –
GIAVI N.V.**

CHF 12.95
Ab 36 Flaschen CHF 11.90

WWW.ARVI.CH

«I am not a great fan of Prosecco because so many taste artificial, but this sparkler from Giavi really hit the spot over the weekend.» JS

DIE BESTEN SCHAUMWEINE AUS CHAMPAGNE UND ITALIEN

| | | | |
|--|--|--|---|
| Champagne Dom Perignon – Moët & Chandon 2003 (RP 94+) CHF 135.– Ab 36 Flaschen CHF 131.75 | Champagne Dom Perignon Oenotheque – Moët & Chandon 1996 (RP97) CHF 351.– Ab 36 Flaschen CHF 340.20 | Champagne Belle Epoque – Perrier Jouet 2004 CHF 151.20 Ab 36 Flaschen CHF 140.40 | Champagne Grande Cuvée – Krug N.V. CHF 135.– Ab 36 Flaschen CHF 129.60 |
| Champagne Dom Perignon Special Edition David Lynch – Moët & Chandon 2003 (RP 94+) CHF 194.40 Ab 36 Flaschen CHF 192.25 | Champagne la Grande Dame – Veuve Clicquot 2004 CHF 127.45 Ab 36 Flaschen CHF 124.20 | Champagne Speciale Cuvée – Bollinger N.V. (JS 94) CHF 47.50 Ab 36 Flaschen CHF 45.35 | Champagne Cristal Brut (Gift Box) – Roederer Louis 2002 (RP 96+) CHF 183.60 Ab 36 Flaschen CHF 178.20 |

RP = Robert Parker Points. JS = James Suckling Points.
Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Transport nicht im Preis enthalten.

ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 32 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

Beruf: Bundesrat

Er machte alles richtig beim gut geplanten und schnell vollzogenen Aufstieg in die Landesregierung. Ist Innenminister Alain Berset nur der perfekte Kandidat – oder auch der bundesrätliche Pragmatiker, der die Probleme von Krankenkassen und Altersvorsorge löst? Von Markus Schär



Kein Hau-den-Lukas-Held: SP-Bundesrat Berset.

Unfehlbar ist auch er nicht. Und den Fehler macht «Monsieur Parfait», wie ihn die welschen Medien nennen, ausgerechnet bei einem Staatsakt: beim ersten Tweet direkt aus der Landesregierung. «Das Leben als Bundesrat ist vielfältig», twittert Alain Berset am 16. August, «wirklich eigenhändig», wie er in einem weiteren Tweet betont. «Gleich Donnschtig-Jass in *Beiringen* SH auf SF 1. Ein gutes Training in Taktik.»

Mit der Staatskarosse trotz Stau und Schreibfehler doch noch pünktlich in *Beiringen* SH angekommen, macht der Magistrat aber alles richtig. Er schreitet in blauem Anzug und offenem Hemd durch die Zuschauerbänke, knipst im geeigneten Moment sein Lächeln an und setzt auch die passende Pointe, als ihn Moderator Roman Kilchsperger bittet, am Hau den Lukas die Trumpffarbe zu bestimmen: «Im Bundesrat sind wir gewohnt, nicht so stark zu schlagen.»

Er haut dennoch so fest, dass die IWC vom Handgelenk wegspickt. Und er setzt sich sogar in die Jassrunde, denn nur zuzuschauen, habe ihm noch nie Spass gemacht. Beim Differenzler sagt er 65 Punkte an und kommt auf 62 – für Amateure eine Punktlandung.

«Er hat alles perfekt gemacht»

Ist Alain Berset also überall so zielstrebig und treffsicher wie bei seiner «durchgestylten Karriere», über die Kilchsperger frotzelt? Mit 27 im Freiburger Verfassungsrat, bald zum Fraktionschef befördert; mit 31 jüngster Ständerat nach einem Duell mit dem freisinnigen Amtsinhaber (in das die Partei zuerst seine Mutter, die Grossrätin und Parteipräsidentin Solange Berset, schicken wollte); mit 36 Ständeratspräsident, von den Kolleginnen und Kollegen, die zumeist seine Eltern sein könnten, hochgelobt; dann mit 39 am Ziel.

«Er wollte dieses Amt, und er hat alles perfekt gemacht», sagt Peter Bodenmann. Der ehemalige SPS-Präsident setzte auf den letzten Konkurrenten: Pierre-Yves Maillard. Der Waadtländer aber eckte als Nationalrat an und schaut als starker Mann in der Waadtländer Regierung gemäss Bodenmann immer: «Wie weit komme ich?» Bei der Bundesratswahl am 14. Dezember 2011 galt jedoch einmal mehr die Regel von Helmut Hubacher: «Am Wahltag schaut jeder Parlamentarier morgens in den Spiegel», pflegte der Doyen der SPS zu spotten. «Und jeder findet: So müsste der neue Bundesrat aussehen.» Ersatzweise wählten die Räte den jüngsten Senior, einen minderjährigen Elder Statesman, der niemanden mit scharfen Anträgen irritiert oder mit losen Reden brüskiert hatte.

Erst jetzt, nach bald einem Jahr Bundesrat Berset, finden vor allem auf der Rechten viele, sie hätten lieber einen deklarierten statt einen

heimlichen Linken in der Landesregierung. Ein Linker ausgerechnet im wichtigsten Departement mit den grössten Problemen – für die gerade linke Politiker die Verantwortung tragen? Als «wahrhaft lebensnahes Departement des Alltags und der Praxis» stellt der Chef das Eidgenössische Departement des Innern mit seinen 2300 Mitarbeitenden auf der Website vor: «Hier werden Entscheide vorbereitet, die Ihren Alltag und Ihre Lebensumstände «hautnah» beeinflussen.» Denn das Departement kümmert sich nicht nur um Gleichstellung, Rassismus, Filmförderung oder Wettervorhersagen, wo es Bundesbern für viele nicht unbedingt brauchte, sondern vor allem um Gesundheit und Alter, wo der Staat immer umfassender für alle sorgt – so aufwendig, dass es nicht so weitergeht.

Unter Landesmutter Ruth Dreifuss (SP) beeinflusste das Innendepartement von 1993 bis 2002 die Lebensumstände der Menschen so fürsorglich, dass die Krankenkassenprämien, die Invalidenzahlen und die Ergänzungsleis-

Viele Rechte hätten lieber einen deklarierten statt einen heimlichen Linken.

tungen explodierten und die Experten ein Desaster prophezeiten. Ab 2003 wollte sich deshalb der Freisinnige Pascal Couchepin beim Aufräumen und Vorausschauen im EDI als Staatsmann beweisen. Er schreckte das Volk mit markigen Reden und schockte es mit ruppigen Vorschlägen wie einer Erhöhung des Rentenalters. Aber er vergass beim Denken und Lenken, dass selbst der zupackendste Politiker in der Schweiz die Mehrheit braucht – bei einem Stimmvolk, dessen Mehrheit inzwischen auch von staatlichen Zuwendungen lebt, also wenig Handlungsbedarf sieht.

Linksdrall und Parteisoldaten

So hinterliess der selbsternannte Sanierer, abgesehen von der zu Kräften kommenden IV, einen schlimmeren Scherbenhaufen als zuvor. Sein Nachfolger Didier Burkhalter, dem jede Markigkeit abgeht, flüchtete denn auch schon nach zwei Jahren bei der erstbesten Gelegenheit aus dem Innen- ins Aussendepartement. «Ich ärgere mich noch heute», sagt SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi, «dass die FDP dieses wichtige Departement nicht wenigstens in halblinken Händen hielt.»

Denn der neue Innenminister verpasste seinem Departement eine Schlagseite nach links und verwandelte es wieder in die rote Burg von Ruth Dreifuss, zu deren Zeit er «noch im Kindergarten» war, wie er witzelt. Davon zeugen vor allem seine Personalentscheide. Als persönliche Berater holte der Innenminister zwei geübte Mechaniker der Macht: Thomas Christen, Sohn des langjährigen SP-Stadtpräsidenten von St. Gallen und Partner der früheren SP-

Fraktionschefin Ursula Wyss, der seit 2006 unauffällig, aber wirkungsvoll das SPS-Generalsekretariat führte. Und Michael Brändle, einen Solothurner Politologen, der im Aussendepartement von Micheline Calmy-Rey lernte und danach als stellvertretender Suva-Generalsekretär gegen politische Angriffe auf die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung kämpfte.

Das Generalsekretariat führt der Berner Jurist Lukas Bruhin, der seine Verwaltungskarriere bei der Post und im Uvek von Moritz Leuenberger machte. Für den politischen Spin sorgt der Journalist Peter Lauener, zuvor angrifflicher Kampagnenleiter bei SPS und SGB. Und weil der Romand Berset «nur Deutschschweizer Männer einstellte», wie die welschen SP-Frauen klagten, kam die Walliserin Nicole Lamon, zuletzt Politikchefin bei RTS, als Quotenfrau und Quotenwelsche dazu, um die Kommunikation zu leiten. «Eine scharfe Truppe», meint Felix Schneuwly, der sich als Sprecher früher von Santésuisse und jetzt von Comparis mit dem Departement anlegt: «jung, unerfahren, ungestüm».

Der Linksdrall zeigt sich nicht nur im Generalsekretariat, wo sich jeder Bundesrat mit Parteisoldaten umgibt, sondern auch in den beiden mächtigen Bundesämtern für Sozialversicherungen und für Gesundheit. Der bisherige BSV-Chef Yves Rossier, 2004 von Couchepin als Aufräumer eingesetzt, stieg zum Staatssekretär im Aussendepartement auf. Für ihn kehrte der SP-Mann Jürg Brechbühl zurück, der nach zwanzig Jahren BSV-Karriere 2005 weggegangen war, um als Teilhaber einer Vorsorgeberatungsfirma «einen radikalen Neuanfang» zu machen. Und im BAG sitzt zwar seit 2010 als unsichtbarer Direktor – nach Thomas Zeltner auf allen Kanälen – immer noch Pascal Strupler, zuvor Generalsekretär von Couchepin. «Der Chef führt aber nicht wirklich», stellen Insider fest: «Die Fäden ziehen die Leute von Ruth Dreifuss aus den neunziger Jahren.» Ins monochrome Bild passt nur der Vizedirektor nicht: der freisinnige Jurist Andreas Faller. Er suchte denn auch schon Anfang Jahr den Absprung, als er sich, wiewohl in Baselland wohnhaft, bei der FDP Basel-Stadt als Regierungsrat bewarb.

Meister des Mikado-Spiels

Bei seinem lange Jahre geplanten Aufstieg in die Landesregierung spielte Alain Berset virtuos Mikado: stets Ruhe bewahren, die Konstellation genau beobachten, mit äusserster Sorgfalt an jedem einzelnen Stäbchen ziehen. Der Innenminister weiss denn auch, dass er die Probleme im Gesundheitswesen und bei der Altersvorsorge nicht als Hau-den-Lukas-Held lösen kann, als den sich Couchepin sah. Das schafft er – wenn überhaupt – nur, indem er nach dem Analysieren ohne Scheuklappen Lösungen vorlegt, mit denen er im Parlament und beim Volk eine Mehrheit findet, notfalls auch gegen die eigene

Partei. Als «Equilibrist, der immer schaute, wie er durchkam», wie Peter Bodenmann spöttelt, machte er so seine Karriere. Aber macht er auch so Politik?

Der Pragmatiker mit rosa Hauch setzt zumindest dazu an. «Die Schweiz versteht es wie kaum ein anderes Land, eine Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusam-



Rote Burg: SP-Vorgängerin Dreifuss.



Ohne Scheuklappen: alt Bundesrat Couchepin.



Schneller Abgang: FDP-Bundesrat Burkhalter.

menhalt zu finden – das ist die wahre helvetische Zauberformel», sagt er im Juni, als er am Arbeitgebtag darlegt, weshalb das Land «viel mehr als ein Standort» ist. In seiner einzigen gewichtigen Rede als Bundesrat, zu Papier gebracht von Ex-Weltwoche-Chefredaktor Simon Heusser, der zuvor bei Novartis für Daniel Vasella schrieb, erklärt er den Managern: «Reformen, die die Leute nicht mitnehmen, führen – in der Wirtschaft wie in der Politik – im besten Fall zu Leerlauf, im schlimmsten Fall zu innerer Emigration. Deshalb gibt es zur partizipativen, dialogischen Methode in der Schweiz keine Alternative. Die Stakeholder müssen überzeugt werden – und die Stakeholder der Schweiz, das sind wir alle.»

Analysieren kann Alain Berset – er hat in seinem Leben als professioneller Bundesratskandidat wenig anderes gemacht. Er lernte an der Uni Neuenburg Politologie und schrieb seine

Dissertation als Ökonom über Arbeitsmigration. Er wechselte darauf für ein Jahr zu Professor Thomas Straubhaar nach Hamburg. Er wählte nach der Rückkehr unter verschiedenen Angeboten – auch vom Seco für die Regionalpolitik und vom Freiburger CVP-Aussenminister Joseph Deiss für die Diplomatie – einen Beraterposten, den der Neuenburger SP-Volkswirtschaftsdirektor Bernard Soguel für ihn schuf. Und er verdiente sich nach der Wahl in den Ständerat mit Consulting etwas dazu.

Die Probleme in der Altersvorsorge lässt sich der Chef samt seiner unerfahrenen Crew in Hearings mit Experten aus allen Lagern erläutern. Er sitzt zwar oben am Tisch und stellt sich zum Amusement der Gäste als «Alain Berset, conseiller fédéral» vor. Aber er hört vor allem zu und fragt dann: «Was könnte funktionieren, mit einer Mehrheit im Volk?» Die Experten glauben zu spüren, dass er selber noch keine Antwort weiss. Die Grundlagen für Lösungen liefern neben den Hearings auch mehrere Studien, die das BSV ausschreibt, von der «Ökonomischen Situation der Rentner» vom Genfer Demografie-Professor Philippe Wanner bis zu «Babyboom-Generation und AHV 2010–2060» von der Beratungsfirma BAK Basel. Prof. Lars Feld aus Freiburg i. Br. und Prof. Christoph Schaltegger aus Luzern können gar eine Studie nochmals verkaufen, die sie 2011 für den Think-Tank Avenir Suisse machten: Eine Schuldenbremse auch bei den Sozialversicherungen soll die Finanzierung der Altersvorsorge der Politik entziehen, also entsprechend der demografischen Entwicklung automatisch zum Anpassen der Renten führen.

Überraschende Blößen

Das Problem ist erkannt, die Lösungen sind – etwa im sozialen Skandinavien – erprobt. Aber wie verkauft man sie dem Volk? Leisetreter Berset brächte dafür, anders als Polterer Couchepin, die besten Voraussetzungen mit. «Endlich haben auch wir unsere Kennedys (minus die Frisur natürlich)», jubelte Promiexperte Peter Rothenbühler über die Wahl seines «Traum-Bundesrats»: «Sie haben mit Ihrer Familie das Zeug zum besten Schweizer Politiker-Titelbild aller Zeiten.» Denn der Innenminister lebt in Belfaux FR – in einem herrschaftlichen Anwesen, das im Dorf als Schloss gilt – mit seinem ganzen Clan: mit Ehefrau Muriel Zeender, die an der Uni Lausanne Literatur lehrt, den A-Kindern Antoine (9), Achille (7) und Apolline (4), den Eltern und dem Grossvater, einem «Opa wie aus dem Bilderbuch», wie Rothenbühler schwärmt. Der Bundesrat regiert normalerweise von 7.30 bis 19.30 Uhr. Um 20 Uhr ist er zu Hause und isst mit der Familie oder geht mit der Ehefrau aus, «sogar häufiger als früher». Kein Wunder, dass sich der Bilderbuchvater für einen Elternurlaub einsetzt, «weil ich nach der Geburt meiner Kinder keinen einzigen Tag freihatte».

Will und kann der Ökonom aber verwirklichen, was er analysiert hat? Den Wandel

durchsetzen, gegen alle Beharrungskräfte im Volk, im Parlament, vor allem auch in seiner Partei? «Ich traue ihm zu, dass er seine Leute besser mitnehmen kann», sagt Pascal Gentinetta, der Direktor von Economiesuisse. «Seine bürgerlichen Vorgänger fielen im Kampf mit den eigenen Reihen.»

Zum ersten Scharmützel kam es bei der Abstimmung über Managed Care am 17. Juni. Der Gesundheitsminister, der als Ständerat das Projekt für eine integrierte Hausarztmedizin stramm mit seiner Partei abgelehnt hatte,

Während Couchepin sich immerhin ums Sparen bemühte, krebst Berset zurück.

musste sich für das Ja des Bundesrates einsetzen – und er verblüffte mit der Erklärung, nachdem er die Vorlage (doch noch?) «im Detail studiert» habe, trete er «aus Überzeugung» dafür ein. Zwei Tage nach dem absehbaren Debakel an der Urne stellte er einen Masterplan zur Stärkung der Hausarztmedizin vor.

Die nächste, bisher wichtigste Schlacht begann letzte Woche: Der «Vertreter der Subordinations-Sozialdemokratie», wie ihn Peter Bodenmann schimpft, muss die SP-Initiative für eine Einheitskrankenkasse bekämpfen, in deren Komitee auch sein Berater Thomas Christen sass. Er konnte die Initiative dem Bundesrat nicht zur Annahme empfehlen, aber aus Rücksicht auf seine Partei auch nicht einfach ablehnen. Also wählte er den dritten Weg: Er will mit seinem indirekten Gegenvorschlag eine Rückversicherung für teure Patienten einführen und den Risikoausgleich zwischen den Kassen weiter verfeinern – das



Pragmatiker mit rosa Hauch: Alain Berset.

läuft in der Grundversicherung auf die Einheitskasse hinaus. Damit kam er im einträchtigen Bundesrat durch: «Schlau, schlauer, Alain Berset!», titelte die *Südostschweiz*.

Die Experten zeigen sich wenig beeindruckt. «Man merkt, dass Berset ein Profipolitiker ist», sagt Felix Schneuwly. «Für den Etatisten muss es der Staat richten – das passt super in die heutige Zeit.» Während Couchepin sich immerhin noch ums Sparen bemühte, buchstabierten Burkhalter und Berset zurück. Was das Innendepartement mache, bei Medikamentenpreisen, Labortarifen, Wettbewerb der Spitäler, Ausbau der Hausarztmedizin ohne Abstriche bei den Spezialärzten, koste alles mehr Geld, «das sagt man dem Volk aber nicht». Auch bei den Sozialversicherungen sieht Bortoluzzi die Neigung, «die Probleme einfach mit Geld zuzudecken».

Letzte Woche beschloss die Nationalratskommission nur noch mit 13 zu 12 Stimmen, bei der 6. IV-Revision am Sparen festzuhalten: Dank der Erhöhung der Mehrwertsteuer, gemäss Volkswillen eigentlich befristet, geht es der Invalidenversicherung vermeintlich wieder bestens. Auch bei der Strategie für die erste und die zweite Säule, die der Bundesrat Ende Jahr vorlegen will, erwarten die Kritiker eine Lösung, die auf Mehreinnahmen statt auf Einsparungen beruht. «Es ist in jedem Betrieb falsch, wenn man Geld reinschüttet, bevor man Korrekturen durchzieht», weiss Schreiner Bortoluzzi. «So meinen die Mitarbeiter: Es läuft ja wieder gut.»

Beim Geldausgeben weiss Alain Berset offenbar die grosse Koalition der Etatisten hinter sich. Das virtuose Mikadospiel, das ihn ins Amt brachte, pflegt er kaum noch. In den Kommissionssitzungen hocke er vorne als Chef, schüttle keine Hände und suche mit den Gegnern auch kaum das Gespräch, sagen skeptische Parlamentarier. Der Kampf mit dem deklarierten Linken Maillard hätte wenigstens Reibungswärme erzeugt; den klandestinen Linken Berset kriegen sie nicht zu fassen. «Burkhalter nahm unsere Anliegen ernst», stellt Toni Bortoluzzi fest. «Berset meint, er brauche uns nicht.»

Ob «Monsieur Parfait» damit durchkommt? Beim «Donnschtig-Jass» in Beringen gibt er sich jedenfalls nach dem staatsmännischen Einstand überraschende Blößen. Bei einem Wettspielchen muss er einen Käse und eine Wurst erkennen, 74 Prozent der Zuschauer trauen es ihm zu. Aber er hält den Sbrinz AOC für einen Gruyère – als Ex-Präsident der Vereinigung AOC-IGP, der sich um St. Galler Bratwurst, Roggenbrot und Ribelmais kümmerte. «Es war eben ein sehr guter Käse», versucht er sich zu retten, «und für einen Freiburger ist ein sehr guter Käse fast immer ein Gruyère.» Und die zweite Runde Differenzler vermässelt der Taktiker mit angesagten 38 und erzielten 63 Punkten völlig. Die 25 Differenzpunkte sind mehr als die Hälfte des Endresultats von Murtten. Die Freiburger gewinnen trotzdem. ○

Der wundersame Schweizer Franken

Ernst Baltenspergers ausgezeichnete Geschichte der Schweizer Landeswährung ist ein hochaktuelles Lehrbuch über erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Und ein Plädoyer für eine möglichst offene und kritische Diskussion geldpolitischer Entscheidungen. *Von Roger Köppel*

Wollte man ein Psychogramm der Schweiz anhand ihrer Währung schreiben: Es ergäbe sich das Bild einer bemerkenswert stabilen, aber auch anpassungsfähigen, undogmatischen Persönlichkeit, die sich aus bescheidenen Anfängen zu ausgereifter Charakterstärke stählte. Sie wäre durch einen Willen zur Unabhängigkeit und Eigenständigkeit geprägt, zwar gelegentlich verunsichert durch ungleich mächtigere Konkurrenten, doch am Ende erfolgreich dadurch, dass sie ihren eigenen Weg ging und die Verantwortung für ihr Schicksal, so weit wie möglich, nicht aus der Hand gab. Fehler kamen vor, Irrtümer passierten immer wieder. Trotzdem bleibt der Eindruck von Solidität und Verlässlichkeit selbst unter schwierigsten Umständen.

Diese Geschichte erzählt in seinem neuen Buch der Finanzwissenschaftler Ernst Baltensperger, einer der ausgewiesenen Geldtheoretiker des Landes, Doktorvater des amtierenden Nationalbank-Präsidenten Thomas Jordan und insgesamt einer der klügsten Ökonomen

der Schweiz ist eines unserer wertvollsten öffentlichen Güter.» Sollte die Geldpolitik allerdings «ins Schlepptau der Finanzpolitik» geraten, wäre es um die Stabilität geschehen. Die EU geht gerade diesen Weg.

Ein Franken wie eine Lira

Die Schweiz hat ein 150-jähriges Wirtschafts- und Frankenwunder hingelegt, weil sie, anders als grössere Mächte, sorgfältig mit ihrem Geld umging. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab es kein einheitliches Münzwesen unter den Kantonen, dann wurde im Zuge der Bundesstaatsgründung der Franken eingeführt, angelehnt an den französischen Franc, der stark war, während der Franken schwächelte. Man kann es sich nicht mehr vorstellen, dass der französische Franken, die Lira und der Schweizer Franken damals gleich viel wert waren. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte die Schweiz gegenüber Frankreich sogar einen Zinsnachteil, Zeichen eines noch geringen Vertrauens in den jungen Bundesstaat.

beispielsweise die SNB für ihre umstrittenen Währungsinterventionen 2010 von den Medien kritisiert worden.

Sein Hauptargument zieht sich durch alle Kapitel, wonach die «monetäre Souveränität» der Schweiz entscheidend zu Wohlstand und Erfolg beigetragen hat. Die Schweiz habe gelernt, «dass ein Leben mit schwankenden Kursen» besser sei als die Preisgabe der Währung und die «leichtfertige, vorzeitige Abgabe monetärer Souveränität an eine höhere, gemeinschaftliche Ebene». Die Währungswirren in der Euro-Zone sind für den Autor das Resultat einer solchen Preisgabe «ohne vorherige glaubwürdige Einigung auf gemeinsame politische und ökonomische Werte». Die Fixierung einer Euro-Untergrenze, wie jetzt durch die SNB vorgenommen, erlaubt gemäss Baltensperger allerdings die «jederzeitige Rückkehr zu einem selbstbestimmten geldpolitischen Kurs».

Obschon die Nationalbank Baltenspergers exzellente Franken-Biografie «unterstützte», spart der Professor zum Schluss nicht mit

Der letzte Schliff für Ihre
Anlagestrategie

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

der Schweiz. Sein jahrzehntelanges Interesse an der Landeswährung ist vermutlich deshalb so gross, weil Baltensperger die wesentlichen Eigenschaften des von ihm untersuchten Gegenstands zutiefst bewundert. Ja, man hat den Eindruck, dass der Autor durch seine Analysen des Frankens so etwas wie eine praktische Philosophie erfolgreicher Wirtschaftspolitik für die Gegenwart aufschreibt, eine Hymne auf die geldpolitische Vernunft, die sich in der Schweiz immer wieder durchsetzte.

In der Geschichte der Währung verdichtet sich für ihn das Rezept, wie ein von Natur aus armes Land jenes beeindruckende Wohlstandsniveau sichern kann, wie es sich heute in der Frankenstärke verkörpert. Für Baltensperger ist der stabile Franken sowohl Resultat wie auch Voraussetzung für eine erfolgreiche Gesellschaftsordnung: «Beide bedingen sich gegenseitig. [...] Eine stabile Währung insbeson-

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) wurde 1907 gegründet. Mit dem Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918 setzte der rasante Aufstieg der Schweiz und ihres Frankens ein. Die Tatsache, dass das Land von Kriegen verschont wurde, war laut Baltensperger wichtig. Er sagt aber ebenso deutlich, dass für den Erfolg der «ausgeprägte Wille zur Selbständigkeit und zur finanzpolitischen und monetären Stabilität» ausschlaggebend war.

Teil dieser Stabilitätskultur war von Anfang an die intensive öffentliche Debatte. In Anspielung auf aktuelle Diskussionen zur Nationalbank erzählt Baltensperger, dass die SNB immer wieder Gegenstand öffentlicher Kritik wurde. Der Experte sieht darin keinen Nachteil. Im Gegenteil. Es ist eine Stärke der Schweiz, dass sich die Politik und ihre Institutionen dauernd erklären und rechtfertigen müssen. Zu Recht, schreibt Baltensperger, sei

Kritik auch an ihre Adresse. Die Aufgabe der Notenbanken sei die Sicherung der Preisstabilität. Punkt. Zentralbanken seien keine Kreditgeber für überschuldete Staaten, wie es sich in der Euro-Zone ankündigt.

Auch die SNB muss sich belehren lassen: Baltensperger setzt ein grosses Fragezeichen hinter die Politik seines Protegés Jordan, sich in den privaten Bankensektor «durch Regulierungen präventiver Art» einzumischen. Der Nationalbank solche Aufgaben zu übertragen, «sei gefährlich», denn es führe «unweigerlich» zu einer «Politisierung» und letztlich zu einer «Beschneidung» der «mühsam erworbenen und gefestigten Zentralbankunabhängigkeit», die nie geopfert werden dürfe.

Ernst Baltensperger: Der Schweizer Franken. Eine Erfolgsgeschichte. NZZ Libro. 320 S., Fr. 48.–

Mittelstand in Hochform

Presse und Politik malen routinemässig das Ende des Mittelstands an die Wand. Die angeblich wachsende «Schere zwischen Arm und Reich» ist zum Sinnbild der Debatte geworden.

Eine wissenschaftliche Untersuchung des Think Tanks Avenir Suisse aber zeigt: Die Mittelschicht in der Schweiz wächst und gedeiht. *Von Florian Schwab*

Der Mittelstand soll gleichzeitig das «Rückgrat unserer Wirtschaft» (Schweizerischer Gewerbeverband), das «Rückgrat der Gesellschaft» (CVP Schweiz) und das «Rückgrat der Demokratie» (ehemaliger Novartis-Vizepräsident Hans-Jörg Rudloff) sein. Kein Wunder, wird in fast jedem politischen Zusammenhang an den Mittelstand appelliert. Das hat den Effekt, dass sich fast jeder angesprochen fühlt: Wer sieht sich schon gerne als Angehörigen der Unterschicht?

Bürgerliche Exponenten werfen der politischen Linken vor, dass sie den Mittelstand mit Steuern und Regulierungen zu stark belastet. So sprach Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler im Zusammenhang mit der im letzten November abgelehnten Steuerinitiative der SP von einem endgültigen «Dolchstoss» für den Mittelstand. Der Mittelstand, so die Botschaft von dieser Seite, will endlich in Ruhe gelassen werden. Auf der linken und halblinken Seite des politischen Spektrums hat man den Mittelstand hingegen als siechenden Patienten entdeckt, der dringend staatlichen Beistand braucht. Die CVP möchte ihn mit politischen Massnahmenpaketen «kräftigen», die SP poltert: «Keinen Abbau von Leistungen auf dem Buckel des Mittelstandes!»

Geht es also nach der Politik, dann ist der Mittelstand schon tausend Tode gestorben oder wird zumindest in Kürze den Geist aufgeben. Einer nüchternen, wissenschaftlichen Betrachtung hält die gebetsmühlenartig wiederholte Geschichte des krebssenden Mittelstands allerdings nicht stand.

Die selbständige Zürcher Sozialgeografin und Mathematikerin Corinna Heye hat im Auftrag von Avenir Suisse die soziale Struktur der Schweizer Bevölkerung in den Jahren 1990, 2000 und 2010 verglichen und kommt bezüglich der sozialen Schichten zu folgenden Befunden:

1 — In der Mehrzahl der Schweizer Gemeinden ist der Anteil der Angehörigen des Mittelstands heute grösser als 1990 und 2000 (rot oder grau markierte Gemeinden in der Grafik rechts oben).

2 — Der Anteil des Mittelstands ist hauptsächlich auf Kosten der Unterschicht gewachsen (rot markierte Gemeinden in der Grafik rechts oben), während er nur in ganz wenigen Gemeinden auf Kosten der Oberschicht gewachsen ist (dunkelgrau markierte Gemeindeflächen in der Grafik rechts oben).

3 — Demzufolge ist der Mittelstand, wie die Schweizer Karte auf der folgenden Seite unten zeigt, nur in wenigen Gemeinden geschrumpft (blaue oder dunkelgraue Markierungen). Blaue Markierungen bezeichnen ein Wachstum der Oberschicht zu Lasten des Anteils an mittelständischen Einwohnern, während die fast nur auf Randregionen beschränkten wenigen dunkelgrauen Felder der unteren Schweizer Karte ein Wachstum der Unterschicht auf Kosten der Mittelschicht zeigen.

Das Fazit von Corinna Heye: «Die oft beklagte wachsende Polarisierung der Gesellschaft ist so nicht nachweisbar.» In ihrer Vorabpublikation zu Heyes Studie zeigt Avenir Suisse, dass in sämtlichen städtischen Agglomerationen (Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich) der Anteil der Mittel- und der Oberschicht gewachsen ist. Besonders eindrücklich war aber «die Expansion der Mittelschicht ins Mittelland», hält die Autorin fest. Im Jahr 1990 war im ländlich geprägten Mittelland die Unterschicht noch deutlich stärker vertreten.

Heyes Untersuchung darf vor allem dank zwei Faktoren als wegweisend gelten. Grundlage der Analyse ist ein Modell, das im Jahr 2006 gemeinsam von den Forschungsunternehmen Fahrlander Partner und Sotomo entwickelt wurde. Als Datenbasis dienen die Volkszählungen 1990 und 2000. Dies erlaubt ein besonders aussagekräftiges Bild der Schweizer Gesellschaft, weil es sich um die umfangreichsten Individualdaten handelt, welche für die Schweiz erhältlich sind. Da die Volkszählung danach abgeschafft wurde, basieren die Werte für 2010 auf sogenannten Fortschreibungsmodellen – einem komplizierten statistischen Verfahren, wo neuere Daten vom Bundesamt für Statistik (BFS) sowie zusätzliche detaillierte Informationen über den Schweizer Wohnungsmarkt einfließen.

Die gleiche Verlässlichkeit wie bei den Volkszählungen erreiche man zwar damit trotz aller wissenschaftlichen Raffinement nicht, räumt Heye ein, da es sich nicht mehr um die Beobachtung sämtlicher Haushalte handle, sondern um statistisch hergeleitete Verteilungen der sozialen Schichten. Zusätzliche Glaubwürdigkeit gewinnen die Ergebnisse, weil es in den Daten keinerlei nennenswerte Brüche in den beschriebenen Trends gibt – über den gesamten Zeitraum hinweg.

Die weitere Besonderheit des Modells liegt darin, dass es die «Mittelschicht» nicht nur

aufgrund des Einkommens definiert, sondern weitere Aspekte einbezieht, welche die Stellung eines Individuums in der Gesellschaft bestimmen, so den Bildungsstand und die berufliche Stellung. «Insbesondere der Bildungsstand ist zwischen 1990 und 2010 eindrücklich gestiegen», sagt Heye. Doch auch das Einkommen sei «in allen Segmenten gewachsen».

Ende des klassischen Familienmodells

Zusätzlich zum Wachstum des Mittelstands zeigt Heyes detaillierte Analyse der sozialen Milieus, dass immer mehr Schweizerinnen und Schweizer sich von bürgerlich-traditionellen Lebensformen verabschieden. «Das klassische Familienmodell mit der Frau am Herd und dem zu hundert Prozent arbeitenden Vater ist dabei, auszusterben», hält die Forscherin ihr Ergebnis fest. Dieser Wandel der Lebensformen habe eine «grössere Dynamik» als das Wachstum des Mittelstands. Selbst auf dem Land verlieren traditionelle Vorstellungen von Ordnung, Disziplin, Karriere und Familie an Bedeutung. Lebensstile würden vielfältiger, Selbstverwirklichung und -bestimmung seien keine rein städtisch-urbanen Phänomene mehr, erklärt Heye den Befund.

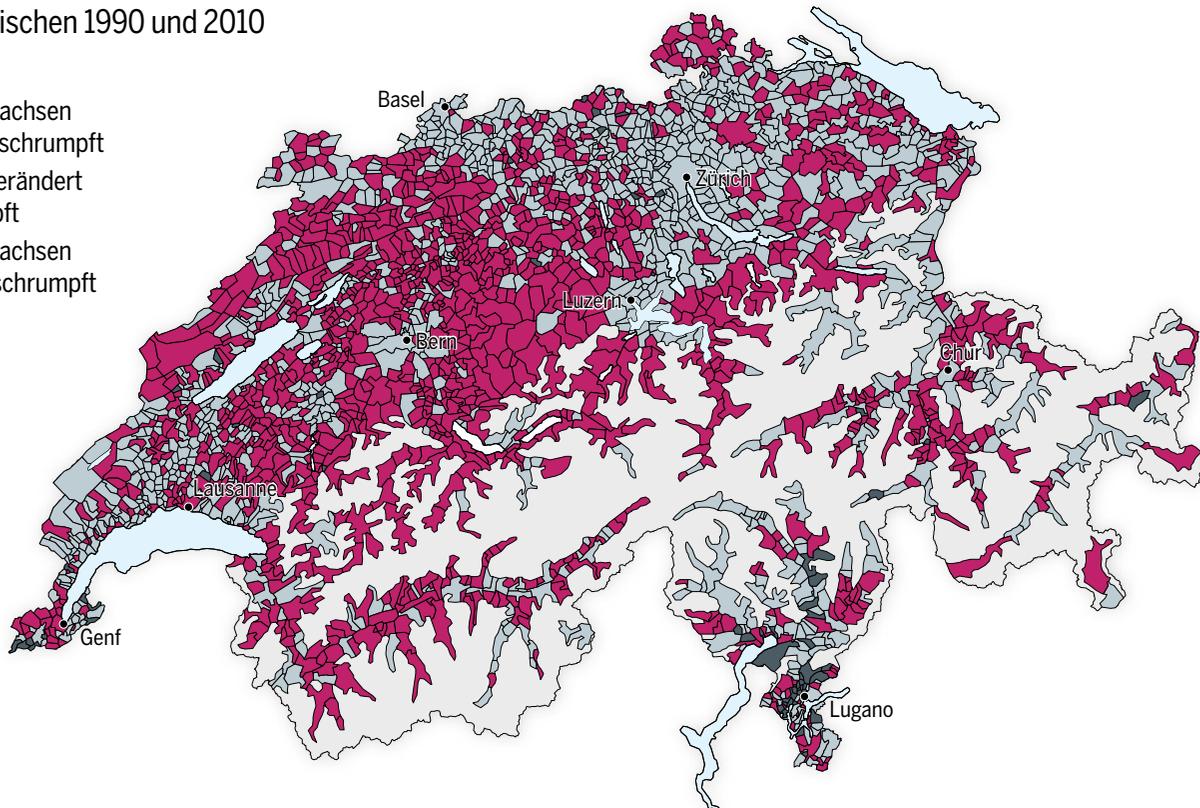
Die Mitte sei «deutlich vielfältiger und bunter» geworden, schreibt Avenir Suisse in seiner Vorabveröffentlichung der Untersuchung. Die «Vorstellung von einem einheitlichen Mittelstand» verschwimme zusehends. Der Think-Tank will im November 2012 ein umfangreiches Buch zum Thema herausgeben. Neben Heyes soziologisch und geografisch geprägtem Ansatz der Milieuanalyse wird eine Vielzahl von Autoren eigene Beiträge mit interessanten Fragestellungen veröffentlichen. So wird sich der Beitrag von Reto Föllmi vom Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft und angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen direkt mit der Einkommensverteilung auseinandersetzen, die politisch besonders heiss debattiert wird. Bis dahin wird der Mittelstand trotz weiterer politischer Unkenrufe sicher überleben.

Patrik Schellenbauer, Müller-Jentsch: Das Schweizer Mittelstandsparadox. Warum wir reicher werden – und nichts davon merken. Herausgeber: Avenir Suisse. NZZ Libro. 220 S., Fr. 38.–. Erscheint am 15.11.2012

Wo der Mittelstand gewachsen ist

Veränderung zwischen 1990 und 2010

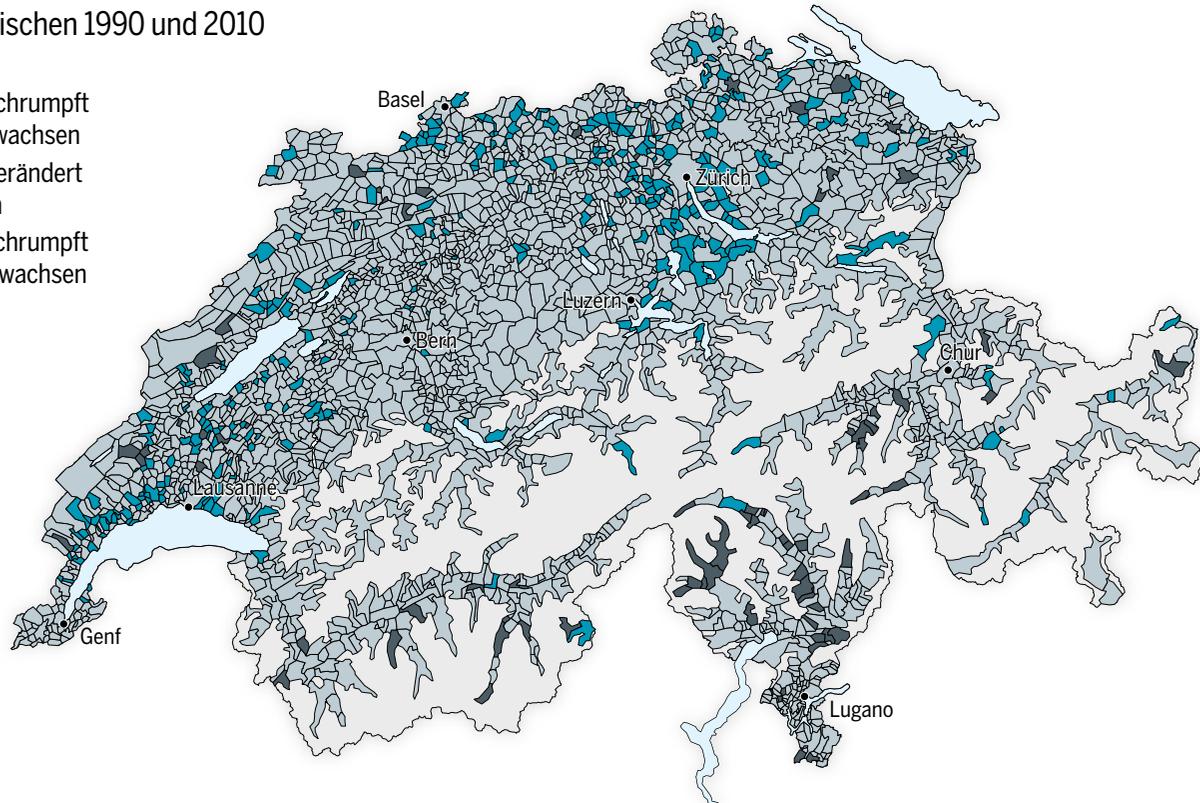
- Mittelstand gewachsen
Unterschicht geschrumpft
- Mittelstand unverändert
oder geschrumpft
- Mittelstand gewachsen
Oberschicht geschrumpft



Wo der Mittelstand geschrumpft ist

Veränderung zwischen 1990 und 2010

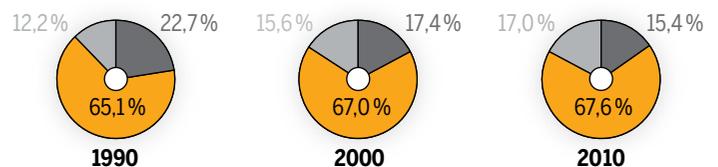
- Mittelstand geschrumpft
Oberschicht gewachsen
- Mittelstand unverändert
oder gewachsen
- Mittelstand geschrumpft
Unterschicht gewachsen



Entwicklung der sozialen Schichten der Schweiz

Scheinbar bleibt der Mittelstand mit einem leichten Anstieg von 65,1 auf 67,6% gleich. Doch es herrscht eine hohe soziale Dynamik: 5% der Leute aus dem Mittelstand steigen in die Oberschicht, 7% aus der Unterschicht in den Mittelstand auf.

- Unterschicht
- Mittelschicht
- Oberschicht



Der Mittelstand wächst auf Kosten der Unterschicht.

Vor diesen Professoren wird gewarnt

Vor zwei Wochen porträtierte die *Weltwoche* Professoren, die unter dem Deckmantel der Wissenschaft politisch durchtränkte (Irr-)Lehren verbreiten. Auf vielfachen Wunsch der Leserschaft legen wir nach – in alphabetischer Reihenfolge.



David Gugerli

Professor für Technikgeschichte,
ETH Zürich

Bisher war David Gugerli als solider Historiker bekannt. Der Professor für Technikgeschichte schrieb kompetente, attraktiv aufgemachte Bücher über Suchmaschinen, seinen Arbeitgeber ETH oder die Entstehung der Dufour-Karte. Daneben äusserte er sich in den Medien kritisch über Atomenergie und Populismus, aber immer anständig und verklausuliert. Dass er es dennoch in die aktuelle Professoren-Auswahl geschafft hat, verdankt Gugerli einer geistigen Entgleisung: In der *Zeit* vom 14. Oktober dozierte er über das Nazi-Hetzblatt *Der Stürmer*, das für seine Rufmordkampagnen gegen Juden und andere «Volksfeinde» berüchtigt war. Ohne die *Weltwoche* namentlich zu nennen, unterstellte er ihr wegen des Artikels «Vor diesen Professoren wird gewarnt» (Teil 1) dieselben Methoden, die in Nazi-Deutschland in Pogromen, Schauprozessen und Judenmorden endeten. Der Einspalter gipfelte in der Hoffnung, dass man die Autoren per Auslandseinsatz deutscher Militärs stoppen sollte: «Fast wünschte man sich die Möglichkeit zurück, die Kavallerie aufbieten zu können.»

Nazi- und *Stürmer*-Vergleiche sind meistens hilflos und peinlich, bei einem Historiker wie Gugerli jedoch werfen sie Fragen auf: Wie ist es um die wissenschaftliche Qualität eines Geschichtsforschers bestellt, der ernsthaft mit solchen historischen Gleichsetzungen arbeitet? Der Kritiker zu Nazis erklärt und mit der Kavallerie plattwalzen will? Da Hochschulen seit kurzem sehr empfindlich reagieren auf politische Äusserungen ihrer Angestellten, sind wir gespannt, wie Technikhistoriker Gugerli mit seinen extravaganten Deutungen bei den Vorgesetzten durchkommt. (*lsc*)



Christine Kaufmann

Professorin für Völker- und Europarecht,
Universität Zürich

Rechtsprofessorin Christine Kaufmann liegt fraglos richtig, wenn sie die Menschenrechte zur Krone der Zivilisation erklärt. Seit die Uno den Katalog allerdings um ein «Recht auf Arbeit und gleichen Lohn» oder ein «Recht auf einen angemessenen Lebensstandard» erweitert hat, zeigt sich, wie sehr das Konzept der Menschenrechte zum Gegenstand einer ideologisch motivierten Aufblähung geworden ist.

Solche Bedenken stellen sich für die Völkerrechtlerin allerdings nicht. Die politischen Ansprüche, die zu Menschenrechten erklärt wurden, sind für sie verbindliche Prinzipien, die nicht nur der Staat seinen Einwohnern gewähren muss, wie dies die herkömmliche Lehre sieht, sondern auch private Unternehmen. In ihrem Buch «Globalisation and Labour Rights» erwähnt sie «gender equality» (Geschlechtergleichheit) und «the prevention of exploitative child labour» (Verhinderung ausbeuterischer Kinderarbeit) auf einer Stufe als «soziale Rechte» («social rights»).

Kaufmann will, dass diese sozialen Rechte auch in Freihandelsabkommen verankert werden. Was sie damit meint, hat sie kürzlich im Auftrag einer NGO-Koalition dargelegt: Für das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen Schweiz–China postuliert sie eine «Pflicht zur Abklärung der menschenrechtlichen Implikationen», und zwar inklusive der «Handlungen privater Akteure». Schweizer Firmen könnten so gezwungen werden, in ihren China-Geschäften die «gender equality» zu garantieren, also sicherzustellen, dass in ihrer chinesischen Zuliefererkette Frauen und Männer gleich viel verdienen. Der Vorschlag ist anmassend – auf hohem akademischen Niveau. (*gut*)

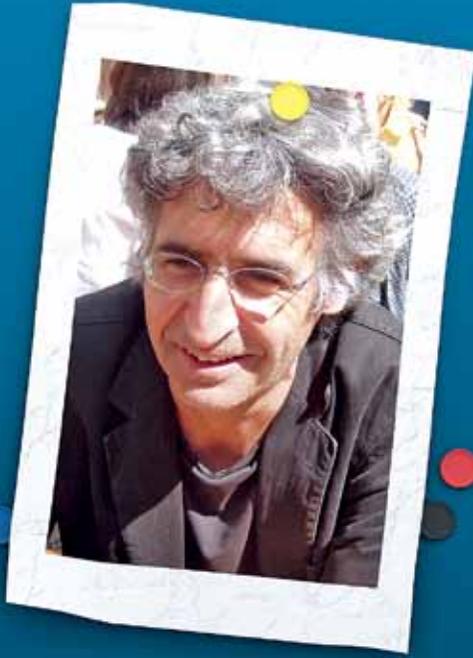


Elisabeth Prügl

Professorin für Politikwissenschaft,
Universität Genf

Das Schaffen der deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftlerin Elisabeth Prügl dient einem hohen Ziel: der Verbreitung feministischer Theorien und damit der Veränderung der «patriarchalen Weltordnung». Wissenschaft hat nach Ansicht der Genfer Professorin dazu zu dienen, die «hierarchischen» Geschlechterverhältnisse zu überwinden. So beschäftigt sich Prügl mit Fragen wie: Was wäre, wenn die Lehman Brothers Schwestern gewesen wären? Oder: Wie steht es mit der Geschlechtergerechtigkeit im «postmodernen Staat», etwa in der landwirtschaftlichen Entwicklung Bayerns und Sachsen-Anhalts? Auch auf ihrem Spezialgebiet, den Internationalen Beziehungen (IB), setzt Prof. Prügl auf eine sogenannte gender-sensitive Betrachtungsweise. Diese hält den Fokus der Forschung auf Institutionen, Strukturen und Prozesse für «geschlechtsfrei» und «verschleiern». Deshalb rückt sie «vermeintlich irrelevante» Akteure wie Frauengruppen, Nichtregierungsorganisationen und Basisinitiativen nach vorn.

Die Frage, ob mit solchen Analysen ein relevanter Beitrag zur Forschung geleistet wird, wagt kaum noch jemand zu stellen. Gender-Studies gehören seit ein paar Jahren zum Standardangebot an den meisten Schweizer Universitäten. Zu verdanken ist das unter anderem Elisabeth Prügl, die 2009 nach Genf berufen wurde. Noch 2002 hatte sie in einem Aufsatz über politologische Ignoranz geklagt: «Man(n) kann in dieser Disziplin immer noch Karriere machen, ohne jemals von der Existenz feministischer IB-Forschung Kenntnis genommen zu haben.» Ob man(n) ihr dankbar sein soll, dass sie das geändert hat? (*lsc*)



Clà Riatsch

Professor für rätoromanische Sprache,
Universität Zürich

Der ausschweifende Bestand der zürcherischen Universitätsbibliotheken verzeichnet total 1 899 025 Bücher. Davon sind 2074 in rätoromanischer Sprache verfasst. Das sind 0,12 Prozent. Zum Vergleich: Das ebenfalls fast ausgestorbene Latein, von dem das Rätoromanische eine alpine Restform darstellt, bringt es auf zehnmal so viele Werke. Die Mehrzahl der rätoromanischen Bücher bunkert das Romanische Seminar. In den vergangenen zehn Jahren kaufte es im Schnitt jährlich dreissig neue rätoromanische Bücher, darunter die weltbewegenden Werke «La stria da Dentervals» (Die Hexe von Dentervals) eines gewissen Hubert Giger oder «Catscha sil capricorn en Cavrein» (Die Steinbockjagd in Cavrein) von Leo Tuor.

Das alles hindert die Universität Zürich nicht daran, am Romanischen Seminar einen halben Lehrstuhl für rätoromanische Sprach- und Literaturwissenschaft zu unterhalten. Wie die Studierendenstatistik der Uni Zürich verrät, hat dieser im vergangenen Semester keinen einzigen neuen Studenten angezogen. Die Zahl sämtlicher Studenten des Fachs (inklusive Doktoranden) beträgt genau vier. Über das akademische Scheinreich herrscht der Unterengadiner Professor Clà Riatsch, ein nimmermüder Promotor der Subventionen für das Rätoromanische. Während Professor Riatsch sich in Bündner Abstimmungskämpfen für das Einheitsromanisch Rumantsch Grischun, eine Einheitsprache aus der Retorte, einsetzt, befassen sich seine akademischen Mitarbeiter in Ermangelung tiefgründiger Literatur mit dem Thema «Varietäten und Sprachkontakt in rätoromanischen SMS». (lsc)

Damir Skenderovic

Professor für Zeitgeschichte,
Universität Freiburg

Nationalismus, Rassismus und Migration gehören zu den Lieblingsthemen des Freiburger Historikers Damir Skenderovic. Besonders angetan haben es ihm «rechtspopulistische» Parteien, die er in Büchern wie «Wider die Ausgrenzung – für eine offene Schweiz» oder «Mit dem Fremden politisieren» wissenschaftlich seziert. Dabei darf er regelmässig auf grosszügige Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zählen. Populisten, das verrät uns Skenderovic, teilen die Welt in Gut und Böse ein, sie betreiben eine «Politik des Ausschlusses». Genau das macht der Professor mit den Populisten selbst, denn er teilt sie in gute (linke) und böse (rechte) Exemplare ein. Linkspopulisten ortet er bestenfalls in «sozialrevolutionären» Bewegungen im fernen Südamerika, wobei er auch die ganz okay findet – vertreten sie doch, im Gegensatz zu den Rechten, ein «egalitäres Gesellschaftsbild». Getreu dieser Logik warnt der Professor bei jeder Gelegenheit vor rechten Umtrieben in der Schweiz, während die linkspopulistische Propaganda gegen «Banker» und «Bonzen» noch nie seinen Mahnfinger provoziert hat.

Dass Skenderovics linkes Auge etwas weniger sensibel auf intolerante Tendenzen reagiert als sein rechtes, zeigt er in seinem neuen Werk «Die 1968er-Jahre in der Schweiz». Auf 200 Seiten liest man kaum ein Wort darüber, wie weit verbreitet es unter 68ern und «neuen Linken» war, Andersdenkende zu verteufeln, Despoten anzubeten und mit Terroristen zu sympathisieren. Einzig die Splittergruppe der Maoisten muss als negatives Beispiel herhalten. Warum diese Nachsicht? Der gute, egalitäre Zweck, so scheint es, heiligt bei Skenderovic die Mittel. (lsc)

Florian Wettstein

Professor für Wirtschaftsethik,
Universität St. Gallen

Die Berufskrankheit der meisten Wirtschaftsethiker ist diese: Sie gehen stillschweigend davon aus, dass die Wirtschaft aus Prinzip unethisch ist und nur mit professoralen Ratschlägen auf den Pfad der Tugend gebracht werden kann. Diese Geisteshaltung ist auch an der HSG daheim, seit Peter Ulrich im Jahre 1987 seinen Lehrstuhl für Wirtschaftsethik einrichten durfte. Böse Zungen behaupten, dies sei weniger Ulrichs Brillanz als der Tatsache zu verdanken, dass sein Vater Hans-Ulrich einer der Väter des St. Galler Management-Modells ist, auf dem der Weltruf der HSG beruht.

Eine Kostprobe des Fachs bot der (damalige) HSG-Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann, als er vor einem Ausschuss des Deutschen Bundestages das Schweizer Bankgeheimnis für unethisch erklärte. Nach langem Hin und Her brach die HSG den Stab über Thielemann, der bereits als Nachfolger von Peter Ulrich gehandelt worden war. Stattdessen wurden letztes Jahr gleich zwei neue Professoren bestellt. Von ihnen tat sich besonders Florian Wettstein als glühender Ethik-Apostel hervor. In einem seiner ersten Interviews versicherte er, Thielemanns Bankgeheimnis-Schelte habe «aus wirtschaftsethischer Sicht Hand und Fuss».

Auch zukünftig wird Wettstein über Ethik zu Gericht sitzen: Vor fünf Tagen wurde er vom *Sonntagsblick* als Jury-Mitglied der Public Eye Awards vorgestellt – eines Schmahpreises für angeblich unethische Firmen. Vom beschaulichen St. Galler Rosenberg aus nimmt er jetzt pauschal und synchron zum Zeitgeist den Rohstoffhandel ins Visier, denn hier ortet er ohne Angabe von Gründen «Ansammlungen von Firmen mit zweifelhaftem Ruf». (kp) ○



Universität

Schulen der Offenheit

Die *Weltwoche* zeichnet ein Zerrbild der Schweizer Universitäten: Sie seien politisch einseitig und nicht kritikfähig. Ich halte dagegen: Universitäten sind Institutionen der Gesellschaft, die allen politischen Gesinnungen offen stehen. *Von Antonio Loprieno*

Ja, man darf Befürchtungen äussern. Und auch (mit Augenmass) provozieren. Und erwarten, dass man Befürchtungen ernst und Provokationen nicht so ernst nimmt. Aber Angesprochene dürfen auch erwarten, ernst genommen zu werden, wenn sie nicht im gleichen Stil antworten können. Denn die Universität ist der Ort des differenzierten Denkens. Nicht Fast Food, sondern Slow Food.

Warum? Weil wir klüger sind? Nein, weil wir bunter sind. Der IQ von Professoren ist nicht höher als jener von Politikern, Journalisten oder Managern. Aber ihre Antworten müssen länger sein. Manchmal so lang, dass man – wenn man kein Vertrauen aufbringt – den Eindruck gewinnt, der Professor wolle einem etwas vorgaukeln. Das liegt daran, dass Politiker, Journalisten oder Manager ihre Handlungen im Hinblick auf ein klares Ziel gestalten. An der Universität herrscht hingegen eine Vielfalt von Zielen, die manchmal parallel, manchmal kombinierbar, manchmal widersprüchlich sind.

Unsere Universitäten haben in den letzten Jahren eine Wandlung im Verhältnis zwischen Akademie und Gesellschaft, eine Änderung ihrer Wahrnehmung erlebt. Eine Universität ist gleichzeitig eine Republik, ein Verein und ein Betrieb geworden.

1 — Die Universität ist eine Republik

Die auffälligste Entwicklung, in der sich die Universität zurzeit befindet, betrifft ihre graduelle Entpolitisierung bei gleichzeitiger Vergesellschaftung. Waren Schweizer (wie die meisten kontinentaleuropäischen) Universitäten historisch in den Staatsapparat eingebunden und von dessen politischer Führung regiert, so sind sie jetzt auf eine Pluralität gesellschaftlicher Partner angewiesen, wie man an der Zusammensetzung ihrer strategischen Gremien ablesen kann. In den Universitätsräten sitzen Politiker aller Couleur, Journalisten, Manager; Vertreter der Kulturszene sowie der privaten Wirtschaft; ausländische Professorinnen und Querdenker.

Viele gesellschaftliche Gruppen sind an der Erarbeitung der Strategie einer Universität beteiligt und fühlen sich angesprochen, wenn es um die Universität geht. Die primäre Finanzierung der Schweizer Universitäten läuft zwar über die öffentliche Hand, aber die Uni-

versität selbst betrachtet sich als Institution der Gesellschaft. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass bestimmte politische Gesinnungen von dieser gesellschaftlich gesteuerten Universität systematisch ausgeschlossen werden. Und es ist eine gute Sache, dass dies nicht der Fall sein kann.

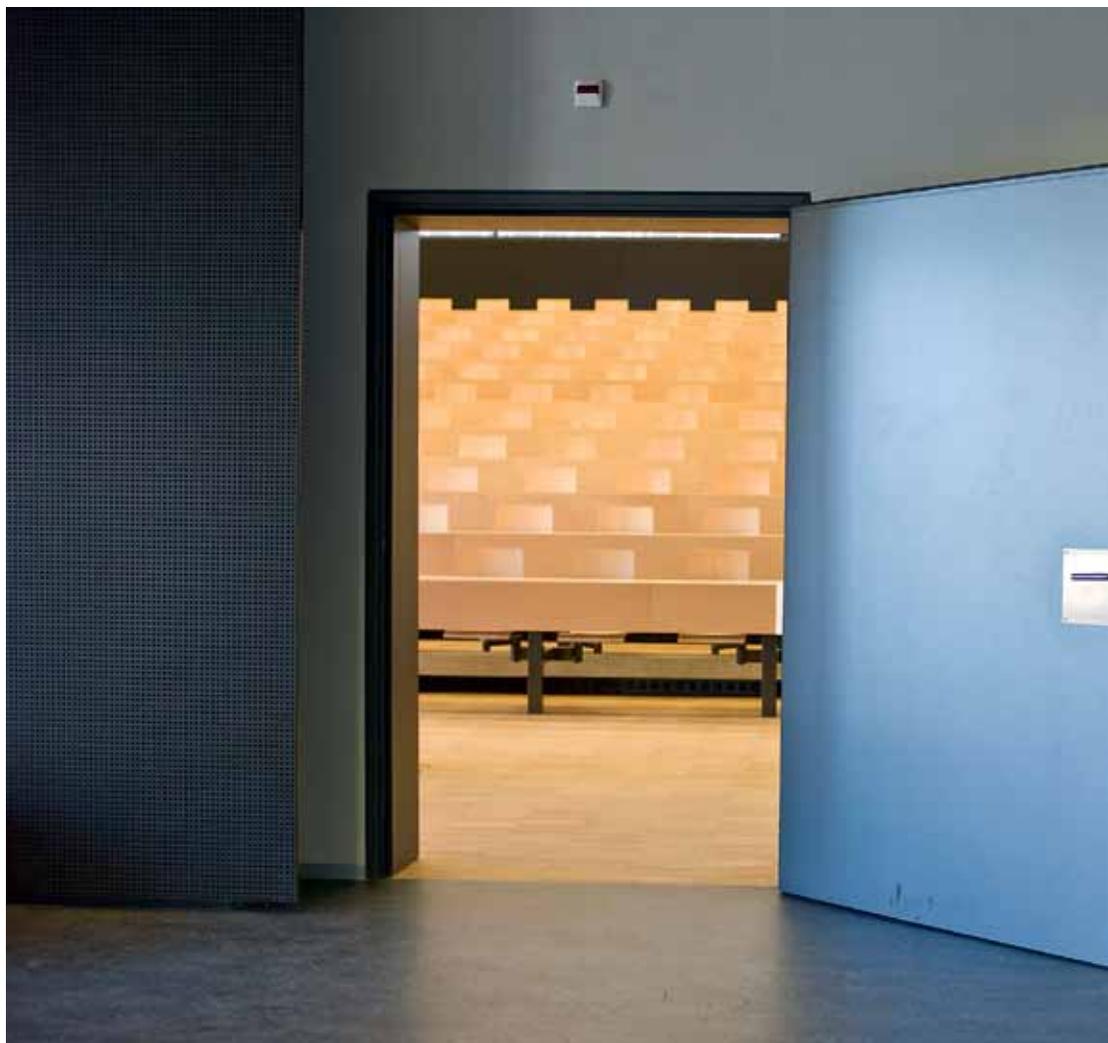
Aber gerade weil die strategische Steuerung der Universität von vielen Akteuren der Gesellschaft getragen wird, bleibt ihre operative Führung sinnvollerweise in akademischen Händen. Das ist die Autonomie der Universität. Autonomie impliziert, dass an der Universität – wie in jeder Republik – Entscheidungen, welche das Kerngeschäft der Institution betreffen (Berufungen, Studiengänge, Forschungsprojekte), auf der Grundlage der

Werte dieser Gemeinschaft getroffen werden. Und diese Werte heissen (1) Freiheit bei der Wahl des Forschungsgegenstands und (2) Qualität der wissenschaftlichen Arbeit.

Auf die Einhaltung dieser Grundwerte achtet eine parlamentarische Kultur, die eine Verletzung dieser Grundwerte zwar nicht ausschliesst, aber doch erfreulich selten zulässt. Akademische Entscheidungen sind langsam, aber qualitativ.

2 — Die Universität ist ein Verein

Anders als Republiken, deren Zusammenhalt von juristisch fixierten, moralischen Werten getragen wird, haftet Vereinen eine emotionale Komponente an. Sie wird von einem gemeinsamen Bekenntnis gestiftet. In eine



Gibt es Schöneres als die Universität?

Republik können wir hineingeboren werden, einem Verein treten wir bewusst bei. Der zweite Wandel an Schweizer Universitäten äussert sich in ihrem Übergang von *universitas* zu *university*.

Im klassischen Modell von *universitas*, das in unseren Köpfen noch schwebt, galt unser Bekenntnis primär dem Fach, das wir studierten, nicht der Universität, an der wir es taten. Meine ägyptologische hatte immer Priorität gegenüber meiner Turiner Identität. Anders im angelsächsischen Bereich: Prinz William studierte in St Andrews, Präsident Obama in Harvard – was, weiss niemand genau. Diese angelsächsische Vorstellung ist nun auf dem Vormarsch auch in unserem Breitengrad: Was in der Schweiz bis vor kurzem nur für die ETH (und vielleicht noch für St. Gallen, in geringerer Masse für Freiburg) galt, also die starke Identifikation mit der Hochschule, nimmt allmählich auch an den anderen Universitäten zu. Sie entwickeln ein institutionelles Gedächtnis (zum Beispiel feiern sie vermehrt Jubiläen), was zur Aufhebung ideologischer Barrieren beiträgt. Als FCB-Fan ist es mir absolut egal, ob mein Nachbar in der Muttenzer Kurve ein SP- oder ein SVP-Wähler ist. Es verbindet uns eine gemeinsame Hoffnung. So ist es auch an der Universität.



Persönliche Einstellungen und fachliche Kulturen führen zu unterschiedlichen Lektüren der Welt: Professoren der Wirtschaftswissenschaften werden generell neoliberaler eingestellt sein als Assistentinnen der Geschichte; Juristinnen sind eher konservativ, Umweltwissenschaftler eher grün gefärbt. Energieforscher mal so, mal so. Aber im Bekenntnis zur Universität als Ort des differenzierten

Als FCB-Fan ist es mir egal, ob mein Nachbar in der Muttenzer Kurve ein SP- oder ein SVP-Wähler ist.

Denkens werden diese Unterschiede irrelevant. Natürlich wird eine Soziologin, die über die politische Vielfalt in unserer Medienlandschaft doziert, häufiger öffentlich anecken als ein Linguist, der über die Entwicklung des Vokalismus im Altägyptischen forscht. Das macht den wissenschaftlichen Gegenstand der Soziologin jedoch nicht suspekter. Nur kontroverser. Und für die Entwicklung einer aufgeklärten Gesellschaft sogar wichtiger.

3 — Die Universität ist ein Betrieb

Den dritten Wandel an Schweizer Universitäten nenne ich den *controlling turn*, die Erwartung von Politik und Gesellschaft, dass universitäre Abläufe den gleichen Grad an betrieblicher Effizienz aufweisen, der für die Privatwirtschaft angenommen wird. Und hier passiert etwas Groteskes, was wiederum ein Zeichen für die Schwierigkeit ist, der Vielfalt der Universität mit Verallgemeinerungen zu begegnen: Just diejenigen (häufig aus wirtschaftsnahem Umfeld), die für eine Universität plädieren, die sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert, sind die schärfsten Kritiker der Tendenz, ein universitäres Ressort für Gleichstellung, für Marketing oder für Lehrentwicklung einzurichten.

Sie verkennen, dass Novartis in Gleichstellung (geschweige denn in Marketing) unvergleichbar mehr investiert als die Universität Zürich. Sie verkennen, dass in Yale mehr als zweihundert Angestellte (zweimal so viel wie die gesamte Verwaltung der Universität Basel) im Alumni-Wesen tätig sind. Sie beschwerten sich aber, wenn an der Universität ein einheitliches Corporate Design oder ein effizienter IT-Bereich angestrebt und dafür Fachleute angestellt werden. Diese Kritik kommt deshalb zustande, weil viele (ironischerweise oft die Betriebsnahen) nicht einsehen, dass die Universität auch ein Betrieb ist. Der *controlling turn* kommt nicht wegen der Perversion der Rektorate, sondern wegen des Bedürfnisses nach transparentem Einsatz der Steuergelder zustande.

Aus diesem Grund stellt eine Universität einen Fachmann für Bauplanung an. Könnte man nicht für das gleiche Geld eine neue Infor-

matikprofessur einrichten? In der Theorie ja, man könnte es. Das würde die Universität gewiss auch tun, wenn die Akademie nur ein Verein wäre. Aber spätestens wenn die Politik, das heisst die demokratische Vertretung der Gesellschaft, ein Bauprojekt in dreistelliger Millionenzahl für die Informatikprofessuren ablehnt, weil es von der Universität schlecht vorbereitet wurde, würde man verstehen, dass sich eine Inhouse-Bauplanung gelohnt hätte.

Keine Schweizer Universität ohne breites Studienangebot und innovative Forschungsprojekte. Deshalb: auch keine Schweizer Universität ohne Professoren, die sich mit Studentinnen über den Austritt aus der Kernenergie streiten. Keine Schweizer Universität ohne Personalentwicklung, Diversity und Welcome Center. Gibt es Schöneres als die Universität?

Antonio Loprieno ist Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten.



Ihr Schweizer Gewerbe
in-der-Schweiz-gekauft.ch

Impressum: Verlag/Redaktion | Schweizerische Gewerbeverband sp | Schwarztrossstrasse 26 | Postfach | 3001 Ben | www.sgwswem.ch

Professor Gärtner fällt durch

Die Rating-Agenturen seien schuld an der europäischen Schuldenkrise, schrieb HSG-Professor Manfred Gärtner. Die Medien zitierten ausführlich. Nun zeigt sich: Gärtners Methoden genügen den wissenschaftlichen Ansprüchen der Universität St. Gallen nicht. *Von Christoph Landolt*



Zurück an den Absender: Volkswirtschaftler Gärtner.

Die Universität St. Gallen (HSG) hat den Ruf, eine Kaderschmiede für rücksichtslose Manager zu sein. Unter Kapitalismusegegnern gilt die HSG als Bollwerk eines «Neoliberalismus», der sein Heil in zügellosen Märkten sucht. Umso grösser ist bei den HSG-Kritikern die Freude, wenn vom Rosenberg herab, wo die Hochschule domiziliert ist, andere Töne zu vernehmen sind.

Als die HSG im Juli ein Communiqué mit dem Titel «Ratingagenturen verantworten Europas <Schuldenkrise>» verschickte, hätte das Echo nicht grösser sein können. «Ratingagenturen tragen Mitschuld an der Krise», meldete die SF-«Tagesschau». «Fast kein Entinnen aus der Ratingfalle», schrieb die *Südostschweiz*. «Die Machtstellung der Ratingfirmen lädt zu Missbräuchen ein», titelte der *Tages-Anzeiger*. Auch die *Hamburger Zeit* schrieb von der «Willkür der Rating-Agenturen».

Was der Volkswirtschaftsprofessor Manfred Gärtner und sein Assistent B.G., schrieben, war starker Tobak: Die Rating-Agenturen seien «zentrale Ursache» der europäischen Schuldenkrise. Viele Länder seien nach 2008 «nach anderen Massstäben» als davor oder als aussereuropäische Länder beurteilt worden; die Herabstufungen seien «willkürlich».

Noch deutlicher wurde Professor Gärtner in Interviews: Die Politik habe versagt, da sie

«nur noch auf Sparanstrengungen von Staaten» achte. Stattdessen müssten die Staaten gemäss Gärtner die Rating-Agenturen «wegen Rufschädigung» verklagen, wobei der Streitwert «mindestens die zusätzlichen Zinskosten als Folge der Herabstufung» betragen müsse. Stellenweise gleichen Gärtners Aussagen Verschwörungstheorien: Die Kritik an steigenden Staatsschulden erklärt er damit, dass «man der höchst erzürnten Volksseele einen neuen Sündenbock präsentieren» musste. Die These, dass die Rating-Agenturen «der US-amerikanischen Politik dienen», sei «nicht völlig absurd».

Unwissenschaftlich

Den Journalisten fiel nicht auf, dass die «HSG-Studie» noch in keiner Fachzeitschrift veröffentlicht worden war. Sie zitierten aus einem sogenannten Diskussionspapier, einer Art akademischer Duftmarke, die eine Studie ankündigt. Diese Untersuchung sollte als Teil der Doktorarbeit von Assistent B.G. später in einem wissenschaftlichen Journal publiziert werden, so der Plan.

Dazu wird es kaum kommen. Letzte Woche wurde das Werk und damit Gärtners Methode von einem Dissertationskomitee geprüft, das aus drei HSG-Professoren besteht. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* fiel ihr Urteil ungnädig aus: Das gegen die Rating-Agenturen

gerichtete Werk von Gärtner und B.G. genüge den Ansprüchen einer Doktorarbeit nicht und sei unwissenschaftlich. Die Autoren müssen es nun überarbeiten. Schneller als gedacht, bestätigte sich somit der Vorwurf, den diese Zeitung vor zwei Wochen an die Adresse von Professor Gärtner richtete (Nr. 40/12): Gerade in den Sozialwissenschaften – und dazu gehört die Ökonomie – fliessen persönliche Überzeugungen in die Forschung ein: in seinem Fall eine keynesianische Vorliebe für Staatsschulden.

Manfred Gärtner, der als Mitglied des Dissertationskomitees an der Sitzung zugegen war, wollte sich auf Anfrage genauso wenig äussern wie sein Doktorand B.G., der erst von der *Weltwoche* vom negativen Resultat erfuhr. Professor Reto Föllmi, der dem Dissertationskomitee vorsteht, bestätigt den Vorgang, will sich aber über die Gründe für die Rückweisung nicht äussern.

Allzu simples Bewertungsmodell?

Anhaltspunkte liefert das Diskussionspapier vom Juli. Gärtner und B.G. untersuchen anhand von nur vier volkswirtschaftlichen Kennzahlen, ob die Herabstufungen der PIGS-Staaten durch Standard & Poor's, Moody's und Fitch gerechtfertigt waren. Mit diesem Vorgehen unterstellen Gärtner und sein Assistent, dass die Rating-Agenturen ihre Bewertungen nach dem gleichen, für die Realität zu simplen und hoch abstrakten Modell abgeben müssten.

Geradezu grobfahrlässig argumentieren die Autoren, wenn es darum geht, aus den Zahlen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dass die Ratings während der Euro-Krise eingebrochen sind, sehen sie als Beweis für eine ungerechtfertigt harsche Behandlung der PIGS-Länder in der Krise. Dabei weiss jeder Hobbyinvestor, dass das Ausfallrisiko von Portugal oder Irland 2008 viel kleiner war als jetzt, da selbst die Zahlungsfähigkeit von Frankreich unsicher scheint. Es macht den Anschein, als ob man mit dem Ziel geforscht hätte, die Rating-Agenturen für alles Übel auf der Welt verantwortlich zu machen.

Dass die Dissertation zurück an den Absender geschickt wird, zeigt: Manfred Gärtner, der grosse Ankläger, wird an der eigenen Uni weniger ernst genommen als von den Medien. Peinlich ist der Vorgang aber nicht nur für den Doktorvater und Co-Autor. Peinlich ist die Geschichte auch für die Medienstelle der HSG, die ein unreifes Diskussionspapier in alle Welt hinausposaunt hat. Nicht alles, was Aufmerksamkeit bekommt, ist gute Forschung. ○

Tödlicher Bestseller

Das Buch «Der stumme Frühling» von Rachel Carson führte vor 50 Jahren zum Verbot des Insektizids DDT. Die Folge waren Millionen von Malaria-Toten. Das Beispiel zeigt: Das Vorsorgeprinzip bringt oft weniger statt mehr Sicherheit. Von Alex Reichmuth

Es gebe Bücher, die Millionen den Tod gebracht haben, schreibt Alan Caruba. Zu diesen Büchern zählt der amerikanische Publizist neben «Das Kapital» von Karl Marx und «Mein Kampf» von Adolf Hitler auch «Der stumme Frühling» von Rachel Carson. Die Biologin Carson beschrieb in ihrem Weltbestseller, der vor fünfzig Jahren erschien, wie die Anwendung von DDT und anderen synthetischen Pflanzen- und Insektengiften angeblich die Umwelt zerstöre, Tiere zum Verschwinden bringe und die Menschen an Krebs erkranken lasse. Das Buch geriet zum «Gründeropus der Umweltbewegung», wie es der deutsche Umwelthistoriker Joachim Radkau ausdrückte.

«Der stumme Frühling» führte aber auch direkt in die Katastrophe. Wegen der Diskussionen, die das Buch auslöste, wurde DDT in den meisten Ländern verboten. Damit war auch Schluss mit den Bemühungen, mittels des Insektizids die Malaria auszurotten, die über die Anopheles-Mücke übertragen wird. Noch in den 1950er Jahren war die Zahl der weltweiten Todesfälle wegen Malaria vor allem dank DDT auf die Hälfte zurückgegangen. Doch nach dessen Ächtung stiegen die Fallzahlen in vielen Ländern wieder rasant. In Sri Lanka etwa, wo DDT ab 1964 nicht mehr gesprüht wurde, gab es Ende der 1960er Jahre jährlich wieder mehrere Millionen Fälle von Malaria, nachdem die Seuche zuvor fast verschwunden war.

Dabei gibt es bis heute keinen Beleg, dass DDT Krebs auslöst oder schwerwiegende Folgen für die Umwelt hat. Rachel Carson hatte in ihrem Buch den Stand der Wissenschaft zu den Auswirkungen von Pestiziden einseitig zitiert. Doch die Einsicht, dass DDT bei der Bekämpfung von Malaria wichtig ist, kam spät. Erst seit 2006 empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation das Besprühen von Innenwänden mit dem Insektengift, nachdem dies wegen der angeblichen Gefahren von DDT jahrzehntelang als «nicht nachhaltig» gegolten hatte.

Die Millionen Menschen, die wegen des Bannes von DDT ihr Leben verloren, sind ein Mahnmal, wie verheerend die Anwendung des Vorsorgeprinzips sein kann. Eigentlich klingt es durchaus vernünftig: «Drohen schwerwiegende oder bleibende Schäden, so darf ein Mangel an vollständiger Gewissheit kein Grund dafür sein, kostenwirksame Massnahmen zur Vermeidung von Umweltverschlechterungen aufzuschieben», heisst es in der Rio-Deklaration von 1992. Wer sich auf das Vorsorgeprinzip beruft, übersieht aber oft,

dass sich das Regulieren und Verbieten mindestens so negativ auswirken kann wie ein Verzicht darauf.

Für den amerikanischen Rechtsphilosophen Cass Sunstein ist konsequentes Handeln nach dem Vorsorgeprinzip sogar grundsätzlich unmöglich: «Da jede Vorgehensweise Risiken birgt, verbietet das Vorsorgeprinzip sowohl ein Tätigwerden als auch ein Nichttätigwerden und alles, was dazwischen liegt.» Wer dennoch meine, gemäss dem Vorsorgeprinzip zu handeln, erliege dem Röhrenblick auf bestimmte Risiken. «Individuen, Kulturen und Nationen greifen oft ein Risiko oder mehrere Risiken als besonders augenfällig heraus und ignorieren alle anderen», so Sunstein. Das erfolge oft absichtlich: «Politische Akteure verschiedenster Couleur sind durchaus bereit, die Vernachlässigung von Wahrscheinlichkeiten auszunutzen, indem sie den schlimmstmöglichen Fall in den Vordergrund stellen.»

Wohlwollende Würdigungen

Beispiele, wie im Namen von Risikovorsorge bestimmte Risiken gefördert werden, gibt es viele. Sie betreffen einerseits das individuelle Handeln: Man zieht aus Angst vor einem Absturz das Auto dem Flugzeug vor, was das Unfallrisiko rasant steigert. Man verzichtet wegen Nebenwirkungen auf Medikamente und setzt

sich so einem erhöhten Gesundheitsrisiko aus. Andererseits kann die Berufung auf das Vorsorgeprinzip zu gesellschaftlich schlechten Entscheiden führen. Gentech-Nahrungsmittel werden aus Furcht vor hypothetischen Gefahren verhindert, was die Chancen auf potente Innovationen gegen das Hungerproblem mindert. Atomkraft wird aus Angst vor einem Super-GAU verboten, was eine sichere Stromversorgung und damit einen Pfeiler der modernen Lebens- und Gesundheitsstandards gefährdet. Die Vermeidung von CO₂ zur Verhinderung des Klimawandels gilt als alternativlos, was ganze Kontinente in Armut und Krankheit stürzen könnte.

Trotz der Folgen des DDT-Verbots waren die Zeitungen in den letzten Wochen voll mit wohlwollenden Würdigungen für das Buch «Der stumme Frühling». Carson habe einer Haltung widersprochen, «die das Heil der Menschheit im technologischen Fortschritt erkannte, und sie verurteilte die Arroganz der Menschen, die sich als Beherrscher der Natur ausspielten», schrieb die *Neue Zürcher Zeitung*. Carsons Buch habe «unbestritten» dazu beigetragen, «dass die Vögel nicht verstummt sind», stand in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Das Werk sei auch fünfzig Jahre nach Erscheinen «noch immer eine lohnenswerte Lektüre». Man reibt sich verwundert die Augen. ○



Späte Einsicht: an Malaria erkranktes Kleinkind in einem Spital in Sierra Leone.

Europa des Unfriedens

Die Friedensnobelpreis an die Europäische Union irritiert. Die Eurozone ist in Aufruhr, die wesentlichen europäischen Friedensleistungen haben die USA erbracht. Trotzdem: Ein Berner Professor findet, die Schweiz habe ihre Dankbarkeit mit Milliardenzahlungen an Brüssel zu beweisen. *Von Robert U. Vogler*

Der EU seit der Montanunion von 1951 primär die Funktion als Friedensstifterin zuzuschreiben, ist doch eine sehr einseitige Sicht auf die europäische Geschichte. Friedensstiftung war für die ersten europäischen Organisationen nur die eine Seite der Medaille, die kleinere. Nach dem Marshallplan waren die wirtschaftlichen Realitäten die treibenden Kräfte in Europa, beispielsweise Frankreich, das sich den Zugriff aufs Ruhrgebiet sichern wollte, waren doch Reparationen Deutschlands wie nach dem Ersten Weltkrieg politisch nicht durchsetzbar, inzwischen war nämlich der Kalte Krieg ausgebrochen.

Die Abschaffung der Zölle gehörte mehr als willkommener Nebeneffekt dazu. Nicht umsonst hiess die Montanunion Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das Interesse und der Druck aus den USA auf die Westeuropäer war gewaltig, jede Möglichkeit für die Entstehung neuer Konflikte auszuschalten. Zuständig für Gegendruck auf der anderen Seite war die Sowjetunion. Der Kern der angeführten Friedenssicherung, die Westintegration Deutschlands, war die Politik von Bundeskanzler Konrad Adenauer, der 1956 auch die Wiederbewaffnung der BRD durchsetzte und sich anschliessend mit dem Frankreich des Charles de Gaulle versöhnte. Das war die persönliche Weitsicht zweier Politiker, zu einer Zeit als Grossbritannien noch gar nicht Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war.

Das Versagen auf dem Balkan

Doch was geschah mit dem Rest Europas? Spätestens an dieser Stelle kommen uns die Volksaufstände in den sowjetischen Satellitenstaaten von 1953 bis zur polnischen Solidarnosc der 1980er Jahre in den Sinn. Welche Rolle spielten denn zu dieser Zeit die heroischen Friedensstifter aus Europa unter dem atomaren Schutzschirm der USA? Eine sehr bescheidene.

Erinnern wir uns aber auch an die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Mauerfall von 1989. Frankreichs Präsident François Mitterrand und Grossbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher waren vorerst dagegen. Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl erwähnt in seinen Memoiren, wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher bei einem Abendessen der damals noch zwölf europäischen Regierungschefs den berühmten Satz sprach: «Zweimal haben wir die Deut-

schen geschlagen, jetzt sind sie wieder da.» Bei einem Mittagessen im Elysée-Palast am 20. Januar 1990 warnte Mitterrand Thatcher, die Wiedervereinigung werde dazu führen, dass Deutschland mehr Einfluss in Europa gewinne, als Hitler je hatte, und prognostizierte eine Rückkehr der «bösen Deutschen». Das sprachen ausgerechnet zwei führende Europäer aus, welche den Zweiten Weltkrieg noch erlebt hatten.

Das Misstrauen war gross und hatte kaum friedensstiftenden Charakter. Das war die Politik von Nationalstaaten, die in klassischer Machtpolitik gipfelte: Es war wiederum der Druck Washingtons unter dem vielgeschmähten Präsidenten George Bush Vater, welcher die Lösung und die Wiedervereinigung brachte, unter geschickter Ausnützung einer geschwächten Sowjetunion und der Klugheit eines Helmut Kohl, der das geeinte «Deutsche Vaterland» wiedererstehen lassen wollte. Nach

dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus suchten 1999 Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn so schnell wie möglich den Schutz unter dem Dach der Nato, erst danach stiessen sie zur EU.

In den schwärzesten Stunden Europas nach dem Zweiten Weltkrieg – auf dem Balkan – hat Europa kläglich versagt. Zum dritten Mal, wenn man den Kalten Krieg dazuzählt zum vierten Mal, mussten zuerst die Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen der Nato die Kohlen aus dem Feuer holen, notabene für die muslimischen Bosnier und Kosovaren und nicht zugunsten der christlichen, orthodoxen Serben. Ohne dass es auf dem Balkan strategische Ölvorkommen gegeben hätte.

Blicken wir gar auf die jüngsten Ereignisse am Rande Europas zurück, den sogenannten arabischen Frühling, so ergriff die ehemalige Kolonialmacht Frankreich die Initiative, ging voran und setzte die notwendigen Uno-Be-



Demokratiedefizit: Polizeieinsatz in Athen bei Protesten gegen den Besuch der deutschen Bundes-

schlüsse durch. Zwar gab es nun die Telefonnummer in Brüssel, die Henry Kissinger immer vermisst hatte, leider nahm aber dort nur das «Fräulein vom Dienst» die Anrufe entgegen. Dieser No-Name, der sich als europäische Aussenministerin gebärdete, war ein Nonvaleur, während Deutschland aus historischen Gründen abseitsstand.

Der eurozentrische Tunnelblick

So viel zur über lange Strecken sehr dürrtigen Friedenssicherung der EU. Für Europa wäre das «Europa der Vaterländer», wie es de Gaulle gesehen hat, wohl die ehrlichste und beste Form und nicht dieses gallertartige Gebilde, wie wir es heute kennen, undefinierbar und nicht greifbar, weil es nie basisdemokratisch abgesichert und unter Ausschaltung demokratischer Prozesse gebaut wurde. Das Demokratiedefizit der EU bleibt gross, Volksabstimmungen in den Mitgliedsländern hätten oft kaum eine Chance. Ob das auf die Dauer friedensbewahrend sein kann?

Diejenigen, welche die EU immer wieder lauthals als friedensstiftendes Organ bezeichnen, haben den typischen eurozentrischen Tunnelblick. Im Gleichschritt mit Europas Entwicklung zu einem friedlichen Nebeneinander haben beispielsweise auch die meisten südamerikanischen Staaten es ebenso verstan-

den, sich mehr und mehr demokratischen Gepflogenheiten anzunähern und die üblen Militärdiktaturen abzustreifen, wenn auch unter schmerzhaften Begleitumständen und noch nicht überall konsequent gefestigt.

Vollkommen überflüssig sind nun allerdings Äusserungen wie die des Berner Universitätsprofessors Klaus Armingeon: «Die Schweiz ist in einer gewissen Weise EU-Mitglied, weil sie wirtschaftlich extrem stark mit der EU verflochten ist. Von der EU und ihren friedensstiftenden Massnahmen hat sie zum Nulltarif profitiert. Die Kohäsionsmilliarde war nicht gerade generös, wenn man die vielen Leistungen der EU entgegenhält. Stellen Sie sich vor, Spanien wäre zur Diktatur zurückgekehrt oder auf dem Balkan würden bis heute Bürgerkriege wüten. Das würde auch hierzulande Schreckliches bedeuten» (*Aargauer Zeitung*, 13.10.2012).

Solche Ansichten sind fern jeglicher Realität. Wenn schon, hat die Schweiz wie ganz Europa den langen Frieden in erster Linie den USA zu verdanken. Spanien, Portugal und Griechenland waren noch bis in die siebziger Jahren Militärdiktaturen, zu denen Europa normale wirtschaftliche Beziehungen unterhielt. Nicht die EU, sondern für einmal in erster Linie weitsichtige Politiker der europäischen Linken waren die Wegbereiter dieser Staaten in die Demokratie.

Die veröffentlichte Meinung vergisst zwar gerne sehr schnell. Aber nur zu gut erinnern sich die Schweizer an die schändliche Behandlung des EU-Mitglieds Österreich, nur weil sich die rechtsnationale Freiheitliche Partei (FPÖ) 2000 unter Jörg Haider demokratisch in die Regierung hineinwählen liess. Der Untergang Europas wurde damals durch die mehrheitlich sozialdemokratischen Regierungen vergeblich herbeigeredet. Haider wurde ebenso demokratisch wieder abgewählt, und heute ist vieles in Europa gängige Praxis, was die FPÖ damals propagierte.

Unredlicher Vorwurf: Rosinenpickerei

Zurzeit wird das Ungarn von Premierminister Viktor Orbán mit Glacéhandschuhen angefasst, obschon sich da tatsächlich einiges in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur bewegt. Wenn in der Schweiz 1992 die Volksabstimmung über den Beitritt zum EWR noch knapp abgelehnt wurde, so war das Ereignis Österreich ein Wendepunkt und hat bis zum Ausbruch der Euro- und Verschuldungskrise doch wohl den Ausschlag gegeben, dass die Schweizer bis heute der EU mindestens entweder mit überwältigender Mehrheit sehr skeptisch gegenüberstehen oder sie gar klar ablehnen.

Das Beispiel der Behandlung von Österreich, die abgeblasene Volksabstimmung in Frankreich und die zweimal durchgeführte in Irland über die europäische Verfassung haben gezeigt, dass die Mächtigen Europas noch immer Angst vor den eigenen Völkern haben. Deshalb geht die Schweiz vorläufig ihren eigenen Weg in Europa. Ihr deswegen Rosinenpickerei vorzuwerfen, ist unredlich, denn jeder Vertrag wird von zwei Seiten ausgehandelt. Wem er nicht passt, der lässt ihn sein, ob es um den Verkehr, die Personenfreizügigkeit oder die Steuerpolitik geht.

Teure Eisenbahn-Alpentransversalen werden durch die Schweiz gebaut und von ihr bezahlt, zum Nutzen der europäischen Wirtschaft. Deutschland und Italien sind nicht einmal in der Lage, die Zufahrtslinien zeitgerecht auszubauen. Über eine Viertelmillion Grenzgänger aus der EU verdienen ihr tägliches Brot in der Schweiz, und die Zuwanderung aus den EU-Staaten hat lawinenartige Ausmasse angenommen. Es sei doch bitte auch in Erinnerung gerufen, dass die Schweiz relativ zu ihrer Grösse unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich mehr an Hilfe an das zerstörte Deutschland ausgerichtet hatte als die USA. Da gab es noch gar keine EU.

Robert U. Vogler ist promovierter Historiker, ehemaliger Pressesprecher der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), später war er Leiter Historical Research und bis Anfang 2009 Senior Political Analyst bei Public Policy der UBS. Heute publiziert er als unabhängiger Historiker.



kanzlerin Merkel.

Guter Bradley, böser Bradley

Die USA werden oft gelobt für einen vorbildlichen Umgang mit Whistleblowern. Tatsächlich schützt auch der amerikanische Staat die Geheimnisverräter nur, wenn sich diese nicht gegen die herrschenden Machthaber wenden. Obama ist in dieser Hinsicht besonders gnadenlos. *Von Esther Wylar*



Mit 104 Millionen Dollar belohnt: Ex-Banker Bradley Birkenfeld.



Im schlimmsten Fall die Todesstrafe: Gefreiter Bradley Manning.

Bradley Birkenfeld darf also vom amerikanischen Staat 104 Millionen Dollar in Empfang nehmen. Mit diesem Geld wird der ehemalige UBS-Banker dafür belohnt, dass er vor fünf Jahren die Justiz- und Steuerbehörden über die illegalen Geschäftspraktiken der Schweizer Grossbank mit Steuerhinterziehern informierte. Nach Birkenfelds Darstellung war die Konzernspitze der UBS im Bild gewesen, er selber will Vorgesetzte und die Rechtsabteilung der Bank auf die illegalen Machenschaften hingewiesen haben. Weil niemand reagiert habe, so seine Begründung, übergab er den US-Fahndern 400 Seiten belastendes Material.

Der Fall führte dazu, dass die UBS dem US-Justizdepartement 780 Millionen US-Dollar Busse zahlte und die Daten von 4450 mutmasslichen Steuerhinterziehern preisgab. Mehr als 30 000 Steuersünder sollen sich in der Folge selber angezeigt haben. Die Aktion dürfte dem

US-Fiskus rund fünf Milliarden Dollar an Nachsteuern und Bussen eingebracht haben. Warum sollte Birkenfeld, ohne den der Skandal kaum aufgefliegen wäre, nicht einen Teil davon haben? Dies, zumal er von den 104 Millionen Dollar lediglich etwa die Hälfte behalten kann. Die andere Hälfte beanspruchen seine Anwälte und nicht zuletzt auch der Fiskus. Aber es wird dem Ex-Banker reichen, um wieder an seinen alten Lebensstil anzuknüpfen.

Die Sache hat einen Schönheitsfehler: Bradley Birkenfeld selber wirkte bei der Hinterziehung von Steuern eifrig mit, und dies notabene, nachdem er die UBS bereits verlassen und sich selbständig gemacht hatte. Im August 2009 wurde er deshalb zu 40 Monaten Haft verurteilt, unter anderem, weil er dem Milliardär Igor Olenicoff dabei geholfen hatte, 200 Millionen Dollar am Fiskus vorbei auf Konten in der Schweiz und in Liechtenstein zu verstecken. Wegen guter Füh-

rung konnte Birkenfeld das Gefängnis bereits nach 31 Monaten wieder verlassen.

Nun gelten die USA in Sachen Whistleblowing als fortschrittlich. Auch wird argumentiert, die Justiz könne sich ihre Informanten nicht nach moralischen und ethischen Kriterien aussuchen – Hauptsache sei, dass die Informationen zum Aufdecken von Missständen führten. Tatsächlich ist der amerikanische Staat allerdings nur grosszügig gegenüber Whistleblowern, solange ihn diese nicht selber in Bedrängnis bringen. Dies lässt sich am Beispiel des jungen Soldaten Bradley Manning aufzeigen, der menschenverachtende Methoden der US-Armee im Irak publik machte und deshalb gnadenlos bestraft wurde.

Manning ist in Europa weniger bekannt, obwohl dank ihm Wikileaks und damit Julian Assange vor zwei Jahren mit einem Schlag berühmt wurden. Am 5. April 2010 stellte Wiki-

leaks ein 27 Minuten langes Video mit dem Titel «Collateral Murder» («Mord als Begleiterscheinung») ins Netz. Es handelte sich um thermooptische Videoaufzeichnungen vom Einsatz eines Apache-Kampfhubschraubers mit dem Namen «Crazy Horse» über den Strassen von Bagdad. Beim Einsatz verloren zwölf Menschen ihr Leben, unter ihnen zwei irakische Journalisten, die für die Nachrichtenagentur Reuters arbeiteten. Erfolglos drängte Reuters jahrelang auf die Freigabe der Bordaufzeichnungen von «Crazy Horse». Das Video auf Wikileaks zeigte, warum das Pentagon die Affäre vertuschen wollte.

Aus geringer Höhe sieht man, stets im Fadenkreuz der Bordwaffen, wie die beiden Journalisten und ihre Begleiter durch die Strassen schreiten, ohne zu ahnen, dass der Apache sie anpeilt. Man hört den Sprechfunk, in dem der Pilot und der Bordschütze sie als feindliche Kämpfer einstufen und bei ihren Vorgesetzten auf die Erlaubnis zum Angriff dringen. Dann schiessen sie alle mit dem Maschinengewehr nieder und töten auch noch zwei Insassen eines Kleintransporters. Diese hatten versucht, einem Angeschossenen zu helfen, der über den Bürgersteig kriechend nach Deckung suchte. Der ganze Einsatz von «Crazy Horse» wird begleitet von Live-Kommentaren der beteiligten Soldaten, die an Zynismus kaum zu überbieten sind. Trotz offensichtlicher Verstösse gegen die Genfer Konvention befand eine militärische Untersuchung die Besatzung von «Crazy Horse» für unschuldig. Die Soldaten hätten sich an die US-Kriegsregeln gehalten, hiess es im Untersuchungsbericht.

Vom Freund verpiffen

Wikileaks ist eine umstrittene Institution. Gezielt gestreute, selektive oder gar manipulierte Indiskretionen können zur Desinformation oder zu erpresserischen Zwecken missbraucht werden. Die Veröffentlichung von 250 000 Depeschen aus den US-Botschaften auf Wikileaks sorgte beim amerikanischen Aussenministerium für einen gewaltigen Wirbel. Botschafter und Beamte mussten versetzt werden, nachdem sie öffentlich blossgestellt worden waren. In vielen Fällen gab es dafür kein überwiegendes öffentliches Interesse.

Die Depeschen vermitteln allerdings auch erstmals einen ungeschminkten und wenig schmeichelhaften Einblick in die Aussenpolitik der USA: Erpressung, Bestechung, Nötigung, Vertuschung und Lügen, so scheint es, werden bei der Durchsetzung der staatlichen Interessen in Kauf genommen. Kevin Gosztoła, ein Publizist und Filmautor aus Chicago, der die Meldungen auswertete, stiess auf eine ganze Reihe unschöner Geschichten. So soll der Monsanto-Konzern die USA dazu gebracht haben, ihn beim Kampf gegen Umweltschützer und Bauern in Argentinien zu unterstützen; die Amerikaner sollen die Sicherheitskräfte Costa Ricas trainiert und finanziert haben, um

dort Proteste gegen das Freihandelsabkommen zu unterdrücken; mit dem Placet des jemenitischen Präsidenten Ali Abdullah Saleh sollen US-Drohnenangriffe vertuscht worden sein. Und so weiter. Es ist doch allerhand.

Der Gefreite Bradley Manning flog auf, weil er einem Chat-Partner anvertraut hatte, dass er es war, der dem «verrückten weisshaarigen Australier» (Julian Assange) das Video-Dokument mit dem Angriff von «Crazy Horse» vorgespielt hatte. Der vermeintliche Freund verpiff ihn. Manning wurde Ende Mai 2010 verhaftet. Erst eineinhalb Jahre später, im Dezember 2011, fand die erste Anhörung vor dem Militärgericht statt. Am 23. Februar 2012 wurde formell Anklage erhoben, wegen «Unterstützung des Feindes». Darauf steht im schlimmsten Fall die Todesstrafe. Die Hauptverhandlung soll im nächsten Februar stattfinden. Weder die Presse noch die Öffentlichkeit hatte je Zugang zu den Gerichtsakten.

Ein Whistleblower zu sein, bedeutet demnach auch in den USA Verschiedenes. Es kommt ganz darauf an, ob Regierung und Behörden die publik gewordene Information als Gewinn oder als Verlust betrachten. Vor und nach seiner Wahl versprach Präsident Barack Obama auf seiner Website (www.change.gov), dass er sich für einen besseren Schutz von Staatsangestellten einsetzen wolle, die gegen Verschwendung, Betrug und Amtsmissbrauch in der Regierung vorgehen. Nach Obamas Amtsantritt war vom Versprechen nicht mehr viel zu merken. Im Gegenteil: In den letzten Jahren kam es zu einer richtigen Welle von Ermittlungsverfahren wegen Informationslecks in der Verwaltung.

Ob Obamas politische Gegner in dieser Hinsicht liberaler wären, wissen wir nicht. Doch es ist eine Tatsache, dass unter seiner Administration mehr Menschen wegen angeblichen oder tatsächlichen Geheimnisverrats strafrechtlich verfolgt und angeklagt wurden als unter allen US-Präsidenten zuvor. Bezüglich Offenheit und Transparenz sei Obama der «schlechteste aller Präsidenten», sagte Judith Ehrlich, die Regisseurin des umstrittenen, aber immerhin für den Oscar nominierten Dokumentarfilms «The Most Dangerous Man in America». Diese Entwicklung hat ein Klima geschaffen, in dem Staatsbeamte Journalisten kaum noch Auskunft über amtliche Vorgänge geben. Und dies ausgerechnet in einem Land, das die freie Meinungsäusserung und die Pressefreiheit stets hochgehalten hat.

Mit Bradley Manning wollte die US-Regierung offenkundig ein Exempel statuieren. Dabei war der Gefreite Manning mutmasslich nicht einmal die einzige Quelle für Wikileaks. Der junge Mann verbrachte zehn Monate in Isolationshaft. Kissen und Laken waren ihm eine Zeitlang verwehrt. Er musste nachts seine Kleider abgeben und morgens mehrfach nackt vor seiner Zelle antreten. Körperliche Übungen in der Zelle waren ihm verboten. Das Licht brannte unablässig.

Vergleicht man den Fall von Bradley Birkenfeld mit jenem von Bradley Manning, tun sich Abgründe auf. Wo bleibt hier das rechtsstaatliche Grundprinzip, wonach Gleiches auch gleich behandelt werden muss? Gewiss, es ist verboten, Dokumente der nationalen Sicherheit zu veröffentlichen. Es ist aber auch verboten, einem kalifornischen Immobilienhändler zu helfen, rund 200 Millionen Dollar vor dem amerikanischen Fiskus zu verstecken. Birkenfeld hat im Gegenzug geholfen, Steuerhinterziehungen aufzudecken. Der Gefreite Manning brachte hingegen menschenverachtende Machenschaften bei der Armee ans Tageslicht.

Es geht hier nicht darum, zwei Whistleblower gegeneinander auszuspielen. Ob es nun um Betrügereien am Fiskus geht oder um das Vertuschen eines tödlichen militärischen Irrtums – beides gehört aufgedeckt und verurteilt. Bei der Beurteilung eines Whistleblowers muss aber stets auch dessen Motivation berücksichtigt werden. Und hier springt doch ein gewaltiges Missverhältnis ins Auge.

Mut allein reicht nicht

Der eine Bradley hatte jahrelang selber illegale und lukrative Bankgeschäfte getätigt. Für seinen Ausstieg kassiert er nun hundert Millionen. Das ist als Einladung für alle künftigen Whistleblower gedacht – und als Warnung für Steuerbetrüger, die sich nicht mehr sicher fühlen sollen. Der andere Bradley hat die Regierung gedemütigt und in Verlegenheit gebracht. Er hat der Weltöffentlichkeit gezeigt, wie amerikanische Soldaten mit Erlaubnis von höchster Stelle Kriegsverbrechen begehen – und wie die Regierung mit allen Mitteln versucht, ihrem eigenen Volk die Schrecken des Kriegsalltages zu verheimlichen. Auch das harte Vorgehen gegen ihn ist als Warnung gedacht – allerdings für Whistleblower.

Bradley und Bradley haben auf reale Missstände im Einflussbereich ihrer Arbeitgeber hingewiesen. Beide haben viel riskiert. Mut allein reicht jedoch nicht als Rechtfertigung. Gerade an einen Whistleblower, der sich unter Berufung auf die Gerechtigkeit über das Recht hinwegsetzt, müssen besonders hohe moralische Anforderungen gestellt werden. Wenn sein Handeln lediglich von der Aussicht auf einen persönlichen materiellen oder immateriellen Gewinn bestimmt wird, untergräbt er damit seine Glaubwürdigkeit. Wie jeder Kronzeuge muss auch der Whistleblower sich in einem solchen Fall die Frage gefallen lassen, ob er nicht auch handfeste Interessen für eine falsche Anschuldigung hat. In einem Rechtsstaat sind gekaufte Zeugnisse wertlos.

Die Juristin Esther Wyler arbeitete unter anderem im Controlling des Sozialamtes der Stadt Zürich und wurde dort Anfang 2008 entlassen, weil sie über die *Weltwoche* Missstände in ihrem Amt publik gemacht hatte. Wyler ist Verfasserin des Buches «Whistleblowing» (Elster-Verlag, Zürich), welches in diesen Tagen auf den Markt kommt.

Im Milchs Schloss der USA

Wisconsin ist ein Schlüsselstaat für die Präsidentschaftswahl. Und ein Ort der Extreme: Ländlich und urban, konservativ und links. In der Bauernhochburg stehen Demokraten und Republikaner spinnfeind gegenüber. Von Urs Gehriger und Beth Skogen (Bilder)

«Es wird ein bisschen Land zu kaufen geben dieses Jahr.» Bob faltet die Zeitung zusammen und schlägt den Kragen seiner Felljacke hoch. Auf der linken Kopfseite hängen ein paar spärliche Haarsträhnen auf die Schulter, die er sich alle paar Minuten über das rosig-kahle Haupt streicht.

« Draussen wird jetzt der Mais eingeholt », sagt er und blickt aus dem Fenster des Kaffees auf den Stadtverkehr. Im Juni habe das Elend angefangen. Während Wochen sei kein Regen gefallen, und die Sonne habe immer heisser gebrannt. 25, 30, 35 Grad und mehr. Die Dürre, die diesen Sommer zwei Drittel der USA heimgesucht habe, sei die schlimmste seit fünfzig Jahren gewesen. Viele Rancher hätten ihr Geld verloren, weil sie ihr Vieh früher als geplant hatten verkaufen müssen. Jetzt, da die Maisernte ansteht, gebe es auch für ihn kaum was einzuholen. Nun sei er in die Hauptstadt Madison gekommen, um sich von Experten der Universität beraten zu lassen.

Er nennt ihn «Pastor Silberwolle»

Dass Barack Obama just an diesem Tag der Universität einen Besuch abstattet, vermag ihn – anders als den Rest der Stadt – wenig zu begeistern. «Etwas spät», sagt er bloss. Vom Präsidenten habe man während der ganzen Dürre nicht mal den Schatten gesehen hier oben in Wisconsin. Dass Obama andere, noch schlimmere Sorgen plagten und er deswegen im Amt ergraut ist, davon will er nichts wissen. «Pastor Silberwolle», nennt ihn Bob. «Pastor Silberwolle» hat wohlfeile Worte gesät, aber die Saat ist nicht aufgegangen.»

«Pastor Silberwolle» ist extra aus Colorado angedüst, voller Kampfeslust – aus Denver ist er gekommen, seine renommierte Hoffnungstrompete im Gepäck, wieder ganz der grosse Veränderungspräsident –, will, nach misslungener Vorstellung im ersten Fernseh-Hahnenkampf gegen Konkurrent Romney, bei dem er miraculös komatös wirkte, sich von seiner besten Seite zeigen.

Frenetischer Applaus, als er auf dem Campus der Universität Madison einmarschiert. 30 000 Studenten werden gezählt. Die ersten sind schon um sieben Uhr morgens angestanden, kilometerlang zog sich die Warteschlange dahin, und kurz nach Einlass um zwölf Uhr war die Wiese vor der Bascom Hall bis auf den letzten Grashalm gefüllt. Sämtliche Gebäude hatte die Sicherheitspolizei des Präsidenten

vorab evakuieren, durchsuchen und sichern lassen, jetzt späht ein Helikopter vom Himmel nach feindlichen Aktivitäten. Wollte man die Kosten der präsidentialen Stippvisite in den Bauernstaat mit Viehfutter aufwiegen, dann würde die diesjährige Maisernte sämtlicher Bauernhöfe im Umkreis von fünfzig Kilometern von Madison wohl kaum reichen.

Heimspiel für Obama

Die Veranstaltung, eine Power-Performance des Präsidenten, so wie sie seine Anhänger lieben, wird akustisch auf die Seitenstrassen übertragen, welche auch ziemlich voll sein sollen. «Forward», heisst diesmal sein Slogan. «Vorwärts», gleich wie das Motto im Staatswappen Wisconsins. Plötzlich hat er wieder sein Argumentarium aktiviert, dem er sich am Abend zuvor nicht mehr entsinnen konnte, und niemand ruft dazwischen oder stellt Fragen. Es ist ein Heimspiel. Eines, das der Präsident mit Bedacht gewählt hat. Die Studentenstadt ist bekannt als Hochburg der «liberals», wie die Linken in diesem Land genannt werden.

Er präsentiert sich leichtfüssig wie ein Boxer. Von der Preshtribüne aus sieht man seine Fussarbeit. Er trippelt, hebt das Knie an, stellt den linken Schuh auf die Spitze. Romney wolle bei der Bildung sparen, die Reichen mit Steuer geschenken belohnen, den Mittelstand ausbluten. «Buuh», skandiert die Menge. «Ich brauche euch», ruft er zurück. Dann federt er die Treppe runter, schüttelt Hände, sichtet zwei Koreakrieg-Veteranen, zückt Ehrenplaketten aus der Jacke, welche bei den Beschenkten grosses Staunen und noch grössere Dankbarkeit auslösen.

«Vernunftfreie Zone», nennt Kelly den Campus, von wo nun lachende und erfüllte Gesichter ins Stadtzentrum strömen. Sie sitzt im «Starbucks» am Martin Luther King Boulevard an ihrem Laptop und grollt. Die Agrarökonomie-Studentin trägt einen Romney-Sticker am Revers und sieht damit aus wie eine einsame Amazone in Feindesland. «Fahren Sie aufs Land», sagt sie, «dort sehen Sie das richtige Leben!»

Jenseits der Stadtgrenze nennt man Madison «62 acres surrounded by reality». Endlos ziehen sich die Flächen hin, dort draussen in der «Realität», sanft gewellt, ein stetes Auf und Ab, durchsetzt von schnurgeraden Strassen, Höfen, Schöpfen, Silos, die silbern im Herbstlicht glänzen und aussehen wie jene Ra-



Umgeben von der Realität: Daphne und Lloyd

kete in Jules Vernes «Reise zum Mond». Und Kornfelder liegen dort, Maisfelder und Rapsfelder, so weit das Auge reicht.

Hier enden Träume

Ländlich und urban, konservativ und links – diese Gegensätze veranlassen Politologen von Wisconsin als einem *battleground state* oder einem *swing state* zu sprechen: einem Bundesstaat, der mal demokratisch, mal republikanisch wählt. Es ist einer jener Staaten, wo man sich den Traum vom Präsidentenamt zunichtemachen kann. Auf den ersten Blick scheinen die Demokraten im Vorteil. Der letzte republikanische Präsidentschaftskandidat, der in Wisconsin gewonnen hat, war Ronald Reagan 1984. Doch meistens verlief die Wahl auf Messers Schneide. Auch dieses Jahr scheint es nicht anders zu sein. Obamas Umfragevorsprung hat sich in den letzten Wochen fast ganz in Luft aufgelöst.

Wer in Wisconsin gewinnen will, muss ackern, sehr viel Geld investieren, und vor allem muss er bei den «Käseköpfen» punkten. «Cheeseheads», so nennt sich die Landbevölkerung mit einem Augenzwinkern selbst. Spielen die Football-Profis der Green Bay Packers in ihrem Heimstadion, an der Spitze der gleichnamigen Bucht des Michigansees



Holterman auf ihrer Vorzeigefarm in Watertown.

gelegen, tragen die Fans Schaumstoffhüte in Käseform. Und das mit Stolz.

«Cheesehead» – der Name passt zu dem Bauernstaat im Mittleren Westen Amerikas. Zwar ist auch die Industrie hier stark verankert; der wohl bekannteste Export sind die legendären Harleys. Der wichtigste Wirtschaftszweig in Wisconsin ist aber die Landwirtschaft, vor allem die Milchwirtschaft. 1,15 Milliarden Liter Milch werden hier monatlich gemolken, daraus mehr als 600 Sorten Käse produziert. Wisconsin haben es die Amerikaner zu verdanken, dass sie auf der Weltrangliste der Käseproduzenten auf dem Spitzenplatz liegen.

Auftritt des Hillbillys

Als wollte die Welt dem Cheese-Leader Tribut zollen, pilgern jeden Herbst die Milchproduzenten aus neunzig Ländern nach Madison. Denn Wisconsin ist nicht nur Cheese-Leader, sondern auch Gastgeber der jährlichen World Dairy Expo, der weltweit grössten Milchvieh-Ausstellung. Hauptsächlich sind es aber Amerikaner, die zum Spektakel anreisen. Aus Oklahoma, Minnesota, Idaho, Michigan, Indiana, dem ganzen Mittleren Westen, kommen sie her. Pausbäckige Naturgesellen in schweren Schuhen und rotwangige Bäuerinnen in Latzhosen. Etliche sind sogar in den

eigenen voluminösen Pick-ups und SUVs hergefahren.

Ein erster Augenschein scheint das beliebte Klischee vom etwas tumben, republikanischen Hillbilly zu bedienen. Doch wer sich bei den Gästen umhört, horcht auf. Nicht die Dürre, sondern das Agrargesetz sorgt hier für heisse Köpfe. Und dabei sind es nicht Obamas Demokraten, sondern die Republikaner, die den Groll vieler Bauern auf sich ziehen. Weil die Republikaner im Repräsentantenhaus sich nicht zu einer Abstimmungsvorlage durchringen konnten, lief die geltende Farm Bill Ende September aus.

Wie fast überall drehte sich der Streit um die Einsparung von Staatsgeldern. Der Senat hatte eine Kürzung von 21,5 Milliarden Franken beschlossen, davon 4,2 Milliarden bei den Lebensmittelhilfsprogrammen. Den Republikanern im Repräsentantenhaus reichte dies bei weitem nicht. Sie wollen die Schere radikaler ansetzen. Dass der republikanische Vizepräsidentenskandidat Paul Ryan, der selbst aus Wisconsin stammt, auch gegen die Farm Bill votierte, kommt bei vielen Bauern schlecht an. «Wenn Sie zufällig Ryan sehen, sagen Sie ihm, er solle seinen Krieg gegen den Bauernstand einstellen», gibt ein Landwirt aus Iowa dem Reporter mit auf dem Weg.

Doch ungern lässt man sich mit Politik das Fest verderben. Schon in der Expo-Eingangshalle gibt es die neusten Accessoires der Branche zu begutachten: Euterbalsam, Ohrmarken, Hufschleif-Apparate, wasserfeste Moonboots für den Stall, Kuhgemälde im Goldrahmen für die Ranch. Dann geht's rein in die Arena. Hier werden gerade Red-Holstein-Kühe präsentiert: Im Zeitlupentempo marschiert das Vieh ein, dazu säuselt Synthesizer-Liftmusik aus den Lautsprechern, es folgt das Aufreihen in einem Glied, schliesslich die Begutachtung durch den Richter, der mit zusammengekniffenen Augen die Kolonne abschreitet und taxiert.

Auf die Grösse kommt es an

Schmale Köpfe ohne Horn, kantige Hüften sind im Trend. Und Rieseneuter. Bei einigen Tieren scheint es vor praller Opulenz schier zu platzen, jedes Mal, wenn die Hinterbeine daran vorbeistreichen. Gezeugt wurden die Paradekühe mit edelstem Samen, gespendet von Zuchtbullen, die Namen tragen, als wären sie Stars der einschlägigen Filmindustrie: «Golden-Oaks Rocco», «Aggravation Wonder» oder «Stelse O Man Monster».

«Size matters» scheint auch hier zu gelten. «Wir sind für den freien Markt; unsere Wirt-

schaft honoriert den aggressivsten Milchbauern», sagt Lloyd Holterman. Die Beauty-Queens in der Manege interessieren ihn allerdings wenig. «Wir züchten Kühe, die viel Milch und viel Geld geben.» In Holtermans Stall stehen «Mainstream Holstein», 900 Stück. Damit gehört die Holterman-Farm zwar zu den Grossbetrieben, ist aber längst nicht Spitzenreiter: 8000 Kühe ist der Rekord im Staat.

Milchpreise auf Knopfdruck

Die Holterman-Farm in Watertown, siebzig Kilometer östlich von Madison gelegen, ist ein Vorzeigehof: sauber, effizient und topmodern. Vor ein paar Monaten kam sogar der Vize-Agrarminister aus Washington auf Besuch. Noch nie habe er «ein so perfektes Klimakontrollsystem gesehen», schwärmte er gemäss der Lokalpresse. Verantwortlich dafür ist Lloyds Frau Daphne. Vor drei Jahren wurde sie zur «World Dairy Expo Woman of the Year» gewählt. Die technologische Entwicklung sei schwindelerregend, sagt sie, nie hätte sie so etwas erwartet, als sie vor 31 Jahren mit dem Bauern angefangen habe.

«Zeig ihm dein Spielzeug», sagt Daphne. Lloyd zückt sein Smartphone. Per Knopfdruck ruft er die neusten Milchpreise ab. Plötzlich erscheint ein bewegtes Bild auf dem Display, ein Stall, eine Kuh, am Boden liegend, daneben ein Kalb. «Die hat soeben gekalbt.» Lloyd zoomt aufs Kalb. «Ein Bulle!», brummt er vergnügt.

Die Geburtsszene ist kein gespeicherter Film, sondern eine Direktübertragung von der eigenen Farm, eine Autostunde entfernt. Acht lenkbare Kameras haben die Holtermans auf ihrem Hof installiert. Eine hängt im Milchhaus, über welche man jetzt zwei Mexikaner beim Aufsetzen der Melkmaschinen beobachten kann. Dreimal im Tag wird jede Kuh gemolken, immer genau zur selben Uhrzeit. «Die Kuh ist ein Gewohnheitstier», sagt Daphne. «Alles muss nach Fahrplan laufen.» Jeder Milliliter Milch wird elektronisch gemessen, jeder Schritt, den sie geht, wird gezählt, mittels elektronischer Fussfessel. Wenn sich eine Kuh zu wenig bewegt, löst sie ein Signal aus. «Dann wissen wir, dass sie krank ist.»

Der berühmte Graben zwischen Demokraten und Republikanern geht durchs ganze Land, manchmal auch durch die Familie. Bei Holtermans verläuft er sogar durch die Ehe. Er ist beinhardter Republikaner, sie überzeugte Demokratin. Dass es vielen Farmern nach der Dürre dreckig gehe, dafür trage Obama mit Schuld, ist Lloyd überzeugt: «Bei der letzten Trockenheit 1988 zuckte Reagan nicht mit der Wimper, ehe er den Gebeutelten Geld für Notnahrung schickte.» – «Sagst gerade du, der gegen Staatseingriffe bist», gibt Daphne zurück. Und als er sagt: «Romney wird ein neuer Reagan», lacht sie laut heraus. «Wähl du nur deinen Romney, ich hebe deine Stimme mit meiner für Obama gleich wieder auf.»



Power-Performance: Obama in Madison.



Zeichen der Dürre: verlassene Farm in Wisconsin.

Wisconsin hat bewegte Monate hinter sich. Einige nennen es einen «Bürgerkrieg». Rund um die Welt hat das Verfahren um die Abberufung von Gouverneur Scott Walker Schlagzeilen gemacht. Um das Budget in den Griff zu bekommen, hatte der Republikaner Stellen beim öffentlichen Dienst gekürzt und die Mitspracherechte der Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen beschnitten. Lehrer, Verwaltungsangestellte, selbst Polizisten und Feuerwehrleute gingen auf die Barrikaden, legten die Hauptstadt wochenlang lahm und belagerten das Capitol. Zwar wurde Walker im



Swing state: der mittlere Westen der USA.

Amt bestätigt, doch die Wunden sind noch längst nicht verheilt.

«Wir sind ein Staat ohne Mitte», sagt John Nichols, Journalist bei der linksliberalen Wochenzeitschrift *The Nation*. «Unsere Linke ist echt links, und die Rechte ist wirklich rechts.» Die Wurzeln dieser bipolaren Anordnung im Staat gehen auf die Gründerzeit zurück, vor allem auf die deutschen Einwanderer. Wisconsin war Fluchtpunkt für Agitatoren der 1848er Revolution. «Der radikale Geist von damals hat sich bis heute gehalten», sagt Nichols. Der einzige Senator, der gegen den Patriot Act gestimmt habe, sei aus Wisconsin. Gleichzeitig biete Wisconsin einen fruchtbaren Nährboden für radikale Rechte. Die John Birch Society, gegründet gegen die vermeintliche Gefährdung der US-Verfassung, namentlich der Infiltration durch Kommunisten, hat ihren Sitz in Appleton. Auch Joseph McCarthy, der berühmte Kommunistenjäger der vierziger und fünfziger Jahre, stammte aus dem Herzen Wisconsins. Ob links oder rechts, einige Charakterzüge – auch diese ein Erbstück deutschen Charakters – seien allen gemeinsam: Konsequenz und Eifer, mit welchen sie politische Positionen vertreten und ihrer Arbeit nachgehen.

«Umso härter trifft es einen, wenn höhere Gewalt ihn aus dem Alltag reisst», sagt Kathy Schmitt vom Mental Health Service des Landwirtschaftsministeriums in Wisconsin. Sie kümmert sich um die Bauern in Not. Man spreche immer von den erfolgreichen Grossfarmern und vergesse, dass eine durchschnittliche Farm 101 Kühe zählt. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre habe diesen Kleinbauern zugesetzt. 25 Prozent hätten keine Futterversicherung abgeschlossen. Wer nun nach der Dürre kein Ersparnis habe, müsse Vieh verkaufen. «Wenn auch das nicht mehr weiterhilft, bleibt nur der Exit.» Bankrott. Verkauf. Ende. «Bereits beobachten wir ein erhöhtes Farmsterben», so Schmitt. «Wir bereiten uns auf einen harten Winter vor.»

Driftet der Staat langsam auseinander?

Immer höher die Schulden, immer tiefer die politische Spaltung: Schenkt man Medienberichten Glauben, driftet Wisconsin, wie offenbar ganz Amerika, langsam auseinander. Werden die Wahlen Staat und Land weiter spalten?

Interessanterweise trifft man entlang den Strassen und Feldern Wisconsins kaum jemand, der dieser Prognose zustimmen würde. «So weit lassen wir es nicht kommen», sagt Bäuerin Daphne Holterman. Der Kitt Amerikas seien die *small towns*. «Die meisten leben in Dörfern und kleinen Städten wie wir. Da kann man sich nicht leisten, jemanden zu ignorieren, bloss weil er politisch ein Feind ist», sagt sie mit einem Augenzwinkern, das ihrem Mann gilt. «Unsere Gesellschaft mag ausfransen, aufspalten wird sie sich nicht.» ○

Die klaglose Dienerin

Patricia Nixon war als First Lady pflichtbesessen bis zur Selbstaufgabe. Wer sie war, liess sich kaum noch erkennen. Von Beatrice Schlag

In einem Interview mit Gloria Steinem, der damals prominentesten amerikanischen Feministin, sagte Patricia Nixon 1968: «Ich bin nicht wie ihr alle, nicht wie die Leute, die es leicht hatten. Ich hatte keine Zeit für Träume. Ich musste arbeiten.» Es war das Jahr, in dem ihr Mann gegen den Demokraten Hubert Humphrey kandidierte. Nixon war von 1953 bis 1961 Dwight D. Eisenhowers Vize gewesen und verlor anschliessende die Präsidentschaftswahl gegen John F. Kennedy mit einem Unterschied von nur 300 000 Stimmen. Patricia Nixon riet ihrem Mann ohne Erfolg, das Ergebnis anzufechten. Er fürchtete, lange Untersuchungen könnten das Ansehen der USA im Ausland schädigen.



Acht Jahre später zogen die Nixons ins Weisse Haus ein. Patricia Nixon hegte ein tiefes Misstrauen gegen Politik. Aber sie war eine traditionelle Ehefrau. «Ich habe», sagte sie einmal, «alles in meinem Leben geopfert, was mir wichtig ist, um der Karriere meines Mannes zu nützen.» Als First Lady war sie bienenfleissig, absolvierte unzählige Auftritte, allein und an der Seite ihres Mannes, stets untadelig gekleidet und frisiert, stets lächelnd. Aber ihr Lächeln war steif, die Augen blieben kühl. «Plastic Pat» war ihr Spitzname in vielen Medien. Wer sie persönlich traf, war von ihrer unauffektierten Herzlichkeit und Wärme begeistert. Der Widerspruch schuf zwei unvereinbare Lager: Kritiker warfen ihr vor, verkrampte Darstellerin eines hoffnungslos veralteten Frauenbildes zu sein. Für ihre Fans war sie die Verkörperung der idealen First Lady: hingebungsvoll, loyal und bescheiden.



Ihre Garderobe enttäuschte die Modeexperten: Sie würde den US-Designern nicht zu grösserem Ansehen verhelfen. Die kleine, schmale First Lady mit den bemerkenswert schönen Beinen trug meist Kleider amerikanischer Herkunft von der Stange, «weil es hier jetzt so viele Materialien gibt, die im Koffer nicht knitern». Über das Abendkleid, das sie zum Inaugurationsball trug, höhnte ein Journalist, sie habe ausgesehen wie eine Lehrerin im Ausgang. Es war so, wie sie aussehen wollte: gepflegtes Mittelmass. Anders als später die glamouröse Nancy Reagan hielt sie Biederkeit

für den modisch passenden Ausdruck ihrer konservativen Gesinnung: «Früher hat es Spass gemacht, gelegentlich etwas stilistisch Verrücktes zu tragen. Aber das ist jetzt nicht mehr angemessen. Ich vermeide alles Spektakuläre.»



Für Patricia Nixon, geborene Ryan, war Abgehobensein, modisch wie gesellschaftlich, nie ein Ziel gewesen. Die Tochter einer



«Keine Zeit für Träume»: Patricia Nixon (1912–1993).

deutschen Einwanderin und eines Vaters mit irischen Vorfahren war zwölf, als sie ihre Mutter verlor. Fünf Jahre später starb ihr Vater, Matrose und später Bauer in Kalifornien, an Staublunge. Patricia sorgte für ihre drei Brüder und ihre beiden Halbgeschwister aus der ersten Ehe der Mutter. Sie arbeitete als Putzfrau, Telefonistin, Kellnerin, Fahrerin, Stenotypistin, Lehrerin und gelegentlich als Filmstatistin, um sich ihr Studium zu verdienen. Es heisst, keine andere First Lady der USA habe vor der Ehe so hart gearbeitet. Gelegentlich bügelte sie Nixons Anzüge, als er bereits Vizepräsident war. «Natürlich musste ich das nicht machen», sagte sie der *New York Times*, «aber wenn ich nichts zu arbeiten habe, lasse ich mir etwas einfallen.»

Sie hatte den Juristen Richard Nixon in einer Theatergruppe in Kalifornien kennengelernt. Er soll sie schon beim ersten Date gefragt haben, ob sie ihn heirate. Sie hielt ihn für verrückt. Er warb unverdrossen weiter, während sie ihr Studium abschloss. Angeblich fuhr er sie auch zu Dates mit anderen Männern. Nach zwei Jahren hatte er sie überzeugt: «Er unternimmt dauernd Dinge, er ist lebhaft und ehrgeizig. Und es macht solchen Spass mit ihm.

Wenn die Leute nur wüssten, wie lustig er ist.» Sie heirateten 1940. Obwohl ihnen öffentliche Liebesbezeugungen zuwider waren, galten sie als eng vertrautes Paar. Nixon war privat verschwenderisch mit Komplimenten und Geschenken für seine Frau. Als er erfuhr, dass bei offiziellen Essen im Weissen Haus der Präsident zuerst bedient wurde, verfügte er eine Protokolländerung: Das Privileg stehe seiner Frau zu.



Von Watergate, das den Präsidenten, der mitten im Kalten Krieg China und die damalige Sowjetunion besucht hatte, zu Fall brachte, wollte Patricia nichts gewusst haben «ausser dem, was in den Zeitungen stand». Ihre Tochter Julia schrieb später, die Mutter hätte die sofortige Vernichtung der Tonbänder angeordnet, wenn sie davon gewusst hätte. Über den Skandal, der ihren Mann 1974 zum Rücktritt zwang, sagte Patricia Nixon: «Es war die einzige Krise, die mich erledigte. Und solange ich lebe, wird es dafür nie eine Rehabilitation geben.» Sie hatte recht.



Patricia Nixon starb im Sommer 1993 mit 81 Jahren an Lungenkrebs. Die Frau, von der nie jemand ein Foto mit Zigarette sah, war immer starke Raucherin gewesen. Ihr Ehemann, mit Gefühlsäusserungen vor Kameras so zurückhaltend wie sie, schluchzte bei ihrem Begräbnis fassungslos. Er starb zehn Monate später an einem Schlaganfall.

Serie: Jede Woche porträtiert die *Weltwoche* eine amerikanische Präsidentengattin. Nächste Ausgabe: Edith Wilson

«Öl ins Feuer»

Als Präsident der USA würde er in der Nahostpolitik neue Wege einschlagen. Obamas Strategie sei gescheitert. In einem Exklusivgespräch erklärt Walid Phares, der Berater für Aussen- und Sicherheitspolitik von Präsidentschaftskandidat Romney, welchen Leitlinien dieser folgen würde. *Von Stefan Frank*

Herr Phares, was waren die schlimmsten Fehler von Obama gegenüber den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens?

Der Urfehler war, sich vom Streben in Richtung Freiheit und Demokratie für die Völker der Region zu verabschieden und stattdessen entweder zu versuchen, mit den dortigen Diktatoren wie den iranischen Ajatollahs ins Geschäft zu kommen, oder sich – während des arabischen Frühlings – auf die Seite von radikalen Bewegungen zu stellen, die möglicherweise die autoritären Herrscher von morgen sind, wie etwa die Muslimbruderschaft. Schon 2009 bei seiner Rede in Kairo hat Obama die Rolle der Säkularen und Reformen in den Zivilgesellschaften vernachlässigt, die Unterdrückung ethnisch-religiöser Minderheiten in der Region ignoriert und sich rhetorisch an die Seite der Islamisten gestellt.

Wie würde Romney sich davon abheben?

Die Essenz von Obamas Doktrin im Hinblick auf den erweiterten Nahen Osten war es, die Islamisten als die einzigen – oder zumindest als die wichtigsten – Repräsentanten der Nationen zu betrachten und ihren Aufstieg zur Macht vor und während des arabischen Frühlings zu fördern. Eine Romney-Administration würde sich darauf konzentrieren, die Demokratie- und Reformsegmente der Zivilgesellschaften zu unterstützen, dabei kein gewaltfreies Segment der Gesellschaften ausser Acht lassen und gleichzeitig treu gegenüber den Verbündeten sein.

Muss man aber Obama nicht dafür danken, dass er den Irakkrieg beendet hat?

Wenn man einen Krieg beendet, kann das entweder ein Erfolg oder ein Desaster sein. Die Art, wie Obama den Einsatz im Irak beendet hat, ist ein Desaster. Er hat die amerikanischen und alliierten Truppen aus dem Irak abgezogen, ohne zwischen den USA und dem Irak eine strategische Vereinbarung über gegenseitigen Beistand zu treffen und ohne dass es im Irak eine nationale Koalition gäbe, die dem Druck des Iran standhalten könnte. Dieser hat seit Ende 2011 das Land durchdrungen und einen strategischen Korridor nach Syrien errichtet.

Zumindest hat Obama al-Qaida eine Reihe schwerer Schläge zugefügt...

Die Tötung Bin Ladens und anderer hochrangiger Funktionäre wie Anwar al-Aw-

laki könnte man als grosse Leistung betrachten, wenn al-Qaida geschwächt worden wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die Dschihadisten von al-Qaida und ihrer Ableger wachsen in ihrer Zahl und gewinnen immer mehr Territorium. In Afghanistan und Pakistan sind sie immer noch funktionstüchtig und sogar im Aufstieg; im Jemen, in Somalia

ist ein weiteres Desaster. Der Öffentlichkeit wurde vorgegaukelt, dass Bin-Laden den Dschihadismus geschaffen hätte, während es in Wirklichkeit genau umgekehrt ist.

Inwiefern?

In Kairo und den anderen Ländern des arabischen Frühlings sehen wir Tausende von Militanten, die Bin-Laden-Bilder hochhal-



«Zweistaatenlösung»: republikanischer Präsidentschaftskandidat Mitt Romney im Juli 2012 in

und jenseits des Sahel breiten sie sich aus und haben einen Brückenkopf in Mali gebildet. Ihre Verbündeten, die Boko Haram, verwüsten Nigeria, das mit al-Qaida verbündete Salafi-Netzwerk in Bengasi hat den US-Botschafter und seine Leute getötet. Auf beiden Seiten des Atlantiks werden autochthone Dschihadisten immer frecher. Das Ausmass des weltweiten Dschihadi-Netzwerks ist bedrohlicher als je zuvor. Den Al-Qaida-Führer zu töten, seine Ideologie aber zu ignorieren,

ten und singen: «Obama, Obama, wir alle sind Osama.» Nicht Bin Laden war die Fabrik des Dschihadismus, sondern das Netzwerk von Madrassen und die Dschihadi-Indoktrination. Was hat Obama getan, um dem etwas entgegenzusetzen? Gar nichts. Schlimmer noch, seine Administration hat aufgehört, die nationalen Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit über die Doktrin der Dschihadisten aufzuklären, und dadurch Amerika und den Westen unfähig ge-

macht, die Bedrohung zu entdecken, wenn sie auftaucht, so wie in Libyen. Weil die USA nicht in der Lage waren, die Salafidshihadisten dort zu identifizieren, haben sie vor dem Terroranschlag in Bengasi auch keine angemessenen Sicherheitsstrategien entwickelt.

Wie bewerten Sie Obamas Reaktion auf die Proteste gegen das Mohammed-Video?

Der erste Fehler war, zu ignorieren, dass die Salafisten ein Netzwerk haben, das von Nordafrika bis zur Levante reicht und jederzeit antiwestliche Proteste anzetteln kann, unabhängig vom jeweiligen Vorwand. Obamas Berater waren nicht in der Lage, zu unterscheiden zwischen einer



Jerusalem.

gesellschaftlichen Reaktion auf ein Phänomen und Terroraktivität. Das Salafistennetzwerk hat seine eigene Agenda und Strategie und entscheidet selbst, wann es einen Vorfall auswählt, um eine Offensive zu starten. Es sind nicht die Vorfälle selbst, die sie auslösen. So war es schon bei früheren Vorkommnissen wie dem Abu-Ghraib-Fall, dem Karikaturen-Krieg und vielen anderen.

Gab es nicht auch echte Empörung?

Ja, aber es sind die gut organisierten Netzwerke, die den Frust in gewalttätige Aktionen umsetzen. Leider hat die schlecht beratene Obama-Regierung Öl ins Feuer gegossen, indem sie sich bei der arabisch-muslimischen Welt entschuldigt hat für eine Sache, mit der sie nichts zu tun hat und von der die amerikanische Öffentlichkeit zuvor gar nichts wusste. Das war ein riesiger Fehler, vor allem, weil Offizielle das Video bis zu einem Punkt für die Gewalt verantwortlich machten, wo es wirklich lächerlich wurde. Erst nach Wochen hat die Obama-Regierung zugegeben, dass es in Bengasi einen wirklichen Terroranschlag gab.

Romney will die syrische Opposition mit Waffen unterstützen. Besteht nicht die Gefahr, dass diese eines Tages gegen Amerikaner gerichtet werden, so wie einst in Afghanistan?

Nein, er würde niemals einem Islamisten eine Waffe geben. Eine solche Zusage würden nur diejenigen erhalten, die Amerikas Werte und Interessen teilen, nach einer fallweisen Prüfung. Romneys Strategie bestünde, anders als die Obamas, darin, innerhalb der Opposition diejenigen zu identifizieren, die der iranischen Expansion widerstehen und sich klar von den Dschihadi-Salafisten distanzieren. Die Partnerschaft würde nicht allein darauf basieren, Assad zu stürzen, sondern darauf, was für eine Art Syrien wir uns wünschen – eines, in dem alle Bürger dieselben Rechte haben, unabhängig von religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit, in dem Minderheiten, Frauen und Gruppen aller politischen Richtungen, solange sie gewaltfrei sind, am politischen Prozess teilnehmen können. Romney kann, was die Dschihadisten betrifft, auf jahrelange Erfahrung und einen langen Lernprozess zurückgreifen und wird sich deshalb nicht von ihnen hereinlegen lassen.

Betrachtet er Ägypten immer noch als befreundeten Staat?

Das ägyptische Volk wird als Freund betrachtet, vor allem, nachdem wir Millionen von jungen Männern und Frauen, Reformer, Angehörige der Mittelschicht und der Minderheiten in der frühen Phase des arabischen Frühlings auf dem Tahrir-Platz nach Demokratie und Freiheit haben rufen hören.

Wird er dennoch den Geldfluss nach Ägypten – und zu den Palästinensern – an Bedingungen knüpfen?

Die ägyptische Regierung, die nun von der Muslimbruderschaft gestellt wird, wird sich die Hilfe verdienen müssen, ja. Wenn sie gegen die Prinzipien der Demokratie und Freiheit handelt, wenn sie den Friedensprozess bedroht oder sich mit antiamerikanischen Kräften verbündet, hätte das Einfluss auf die amerikanische Hilfe. Dasselbe gilt für die Palästinenser. Wenn die Radikalen wie die

Hamas nach oben kommen, geht es mit der Hilfe nach unten. Wenn die Kräfte der Zivilgesellschaft vorwärtskommen, bleibt die Hilfe. Grundsätzlich aber wird die Romney-Administration alle Entscheidungen ihrer Vorgängerin einer Prüfung unterziehen.

Ist der Abzug aus Afghanistan 2014 voreilig?

Es geht um das Ziel, nicht um das Datum. Obama geht es nur um das Datum, unabhängig vom Erfolg. Da aber zu seiner Afghanistan-Strategie nicht gehört, das afghanische Volk auch auf zivilem Gebiet gegen die Taliban zu wappnen – nicht nur in der Bürokratie, sondern in der Gesellschaft –, rechnen wir damit, dass ein Abzug nach Art Obamas im Jahr 2014 nicht erfolgreich sein wird. Was genau eine Romney-Administration ab 2013 zu korrigieren hat, wird aus ihrer Einschätzung der dann herrschenden Lage folgen.

Auch Romney spricht von einem palästinensischen Staat, der friedlich an der Seite Israels existieren soll. Ist das überhaupt möglich, in Anbetracht der Weigerung der Hamas, ihr Ziel, die Vernichtung des jüdischen Staates, aufzugeben?

Er hat klar gesagt, dass er eine Zweistaatenlösung möchte, gleichzeitig aber den Gedanken eines «demokratischen palästinensischen Staates» betont. Die Bedingung eines erfolgreichen palästinensischen Staates ist das Entstehen einer demokratischen Kultur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, so dass Kräfte wie die Hamas so weit marginalisiert werden, dass sie den Friedensprozess nicht mehr zerstören können. Die neue US-Regierung wird sich also stärker mit der palästinensischen Zivilgesellschaft befassen, nicht weniger, wie unter Obama.

Wird Romney eine iranische Atombombe verhindern?

Gouverneur Romney war in allen seinen Reden, Artikeln und Statements sehr klar. Seine Regierung wird sicherstellen, dass das iranische Regime niemals eine Atombombe besitzen wird. Das ist eine Kernkomponente seiner Sicherheitsagenda.



Walid Phares

Der 54-Jährige ist amerikanischer Professor und Experte für die Konflikte im Mittleren Osten und den internationalen Terrorismus. Der gebürtige Libanese berät den Antiterrorausschuss des Repräsentantenhauses und ist ein hochrangiger außen- und sicherheitspolitischer Berater des Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney. In seinem im Dezember 2010 erschienenen Buch «The Coming Revolution: Struggle for Freedom in the Middle East» prognostizierte er den Aufstand in der arabischen Welt.

Stefan Frank ist unabhängiger Publizist und schreibt für verschiedene deutsch- und englischsprachige Periodika über politische, ökonomische und historische Themen. Dieser Tage erscheint sein Buch «Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos».

Die Pille für alle Fälle

Was Roms Gladiatoren inhalierten, ist unbekannt. Der amerikanische Tour-de-France-Held Lance Armstrong erweist sich als Intensivpatient unerlaubter Sportmedizin. Allerdings: Noch nie wurde die schwerste Sportprüfung der Welt mit Ovomaltine und Müesli allein gewonnen. *Von Sepp Renggli*



Pharmazeutisches Kauderwelsch: Seriensieger Armstrong.

Vor ungefähr zwölf Jahren muss es gewesen sein. Ich las das Buch «Tour des Lebens. Wie ich den Krebs besiegte und die Tour de France gewann». Die Lebensgeschichte dieses Mannes, der 1993 Strassenweltmeister war, hernach mit knapp fünf Prozent Überlebenschance den Hodenkrebs bezwang und bei seinem Comeback alle Gegner in Grund und Boden fuhr, machte mich zum Armstrong-Fan.

Armstrong wie Louis «Satchmo», der geniale Trompeter. Armstrong wie Neil, der erste Mensch auf dem Mond. Armstrong wie Lance, der Superman auf zwei Rädern. «Satchmo» und Neil sind noch immer auf meiner Bestenliste, Lance aber ist ins untere Mittelfeld abgerutscht, in die Umgebung von Ex-Sprinterphänomen Ben Johnson und Mittelstreckler Dieter Baumann, der versehentlich die falsche Zahnpasta benutzte. Viele benutzten die falsche Zahnpasta. Ich fühle mich mitschuldig. Vor wichtigen Prüfungen an der Kantonsschule Luzern schluckte ich dann und wann klammheimlich eine Stuka-Pille, wie sie scheint's, die deutschen Piloten der Sturzkampfflugzeuge Stuka konsumiert hatten. Was Roms Gladiatoren inhalierten, ist nicht überliefert, und über Ben Hurs Zaubertrunk findet sich in Lewis Wallace' Roman keine einzige Zeile.

Die amerikanische Anti-Doping-Agentur Usada arbeitete gründlicher. Ihr Abschlussbericht in Sachen Lance Armstrong umfasst tausend Seiten

und strotzt von pharmazeutischem Kauderwelsch. Mit Erythropoietin und Testosteron, mit Kortikoiden und Kortison habe sich Armstrong gestärkt, mit Wachstumshormonen und Bluttransfusionen sei er in Form gebracht worden, die Doktoren Eufemiano Fuentes, Luis García del Moral, Michele Ferrari und Teamchef Johan Bruyneel führten Regie. Und 26 Zeugen schworen. Kreuziget ihn! Armstrong wurde während seiner sieben siegreichen Tours de France hundertmal untersucht; hundertmal verliess er die Richtstätte clean. Die Chemie ist den Dopingkontrollen stets eine Nasenlänge voraus.

Das Wort «Doping» stammt vom Zulu-Ausdruck «doop» und bedeutet «berauschender Schnaps». Als um 1880 die ersten Sechstagerennen stattfanden, quälten sich die nonstop kreisenden Velozipedisten mit Heroin und Kokain ums Oval. Charles Miller, der 1899 am New Yorker Six-Days in 144 schlaflosen Stunden solo die seither nie mehr erreichte Distanz von 3369 Kilometern abspulte, ernährte sich von gärender Pferd milch und mysteriösen Präparaten.

Auf der Fernfahrt Bordeaux–Paris ereignete sich 1886 der erste Todesfall. Doping? Ein Fremdwort. 1967 starb der Brite Tom Simpson während der Tour de France. Doping? Nährstoff für Athleten. Im gleichen Jahr führte der Rad- und Motorfahrer-Bund an der Amateur-Strassenmeisterschaft in Schaffhausen die ersten

Dopingkontrollen in unserem Land durch. Fast gleichzeitig folgte die Union Cycliste Internationale (UCI), derweil andere Sportverbände empört auf die bösen Velofahrer zeigten und der Vogel-Strauss-Politik huldigten. Ihr Idol war und ist zum Teil noch heute «Popeye the Sailor», der Spinat verschlingend Rekorde bricht.

Hugo Koblet: «Wir nennen sie Chügeli»

Die Tour de France rollt seit 1903 über bis zu 482 km lange Etappen. Ehe Lance Armstrong 1999 auftauchte, wurden 85 andere Sieger geehrt, Jacques Anquetil, Eddy Merckx, Bernard Hinault und Miguel Indurain je fünfmal, Ferdy Kübler und Hugo Koblet als bisher einzige Schweizer je einmal. Würde man Armstrongs sieben Triumphe ausradieren, müsste man wohl alle disqualifizieren, die vor ihm waren und nach ihm kamen. Denn dass die weltweit schwerste Sportprüfung mit Müesli, Ovomaltine und Rezepten aus dem «Grossen Kräuterbuch» von Pfarrer Künzle gewonnen werden kann, glaubt nicht einmal der jeden Dopingverdacht entrüstet von sich weisende 93-jährige Ferdy Kübler. Erik Ryckaert, der Arzt der dopinglastigen Festina-Sportgruppe, diagnostizierte: «Nach einer Tour-de-France-Bergetappe ist ein Fahrer im Ziel dermassen erschöpft, dass er im medizinischen Sinn krank ist. In dieser Situation hat jeder Rennfahrer Anrecht auf medizinische Hilfe.»

Hugo Koblet erklärte mir einst, wie diese «Hilfe» beginnt. «Der Pfleger gibt mir eine Pille. Für alle Fälle. Keiner der Fälle tritt ein. Ich gebe die Pille zurück. Immer wieder. Aber einmal fühle ich mich schwach. Warum nicht? Einmal ist keinmal. Ich hole die Pille aus der Brusttasche. Und siehe da, sie wirkt. Aus einmal wird zehnmals, zwanzigmals, hundertmal – und die Pille mein Freund. Wir nennen sie *Chügeli*, erhältlich in einer Oerliker Apotheke.»

Koblets *Chügeli* wuchsen inzwischen zur Lawine an. Gewisse Sportmediziner haben den Hochleistungssport zum Patienten gemacht. Die Union Cycliste Internationale muss bis Monatsende entscheiden, ob sie der Usada gehorchen und die TdF-Ranglisten 1999–2005 vernichten will, samt juristischen und finanziellen Konsequenzen. Pro und Kontra werden aufeinanderprallen. Die UCI residiert im schweizerischen Aigle, am Chemin de la Mêleée 12. *Mêleée* heisst Handgemenge. ○

Sepp Renggli war DRS-Sportchef, Leiter des DRS-Radiostudios Zürich, während 15 Jahren *Weltwoche*-Kolumnist und ist Autor mehrerer Sportbücher. Die Radsportszene kennt er als Berichterstatter von der Tour de France, dem Giro d'Italia, 45 Tours de Suisse und vielen Radweltmeisterschaften.

Der Flüstertiger

Jeder dritte Schuss ein Tor – der Kolumbianer Falcao ist der gefährlichste Stürmer der Welt. Aber das wissen sie erst in Spanien.

Von Peter Hartmann

Messi oder Ronaldo? Die Kür des Weltfussballers des Jahres läuft wieder auf ein Fortsetzungskapitel des Duells FC Barcelona gegen Real Madrid hinaus und verkennt einen heimlichen Superstar: Radamel Falcao García Zárate, genannt Falcao. Doch der 26-jährige Angreifer von Atlético Madrid ist ein Leisetretter – und deshalb so gefährlich. Pep Guardiola, der Schöpfer der fabelhaften Kombinationsmaschine Barcelona, nennt ihn neidlos den «momentan besten Strafraumstürmer der Welt». Der italienische Coach Fabio Capello hält ihn sogar für «besser als Messi». Er gilt als Lieblingsspieler von König Juan Carlos, der das nicht laut sagen darf.

Die Zeitung *El País* beschreibt Falcao als «Tiger auf dem Platz» und als «harmloses kleines Kätzchen» ausserhalb des Stadions. Vor dem Spiel liest er die Bibel, abends meidet er die Vergnügungsmeylen der Movida und lebt zurückgezogen mit seiner Frau, der argentinischen Sängerin Lorelei Tarón. Im schreierischen Schaustellergewerbe des Fussballs geht seine leise, fast flüsternde Stimme unter. Aber die Medien können ihm nichts vormachen, er hat selber in Buenos Aires einige Semester Journalistik belegt, bevor er endgültig Berufsfussballer wurde im argentinischen Traditionsclub River Plate, bei dem er das Ausbildungsinternat besuchte.



Liebling des Königs: Fussballstar Falcao.

Für ihn sprechen Fakten. Gegen Chelsea zum Beispiel, den regierenden Europa-Champion, versenkte er im Supercup drei Bälle zum 4:1-Sieg. Zuletzt schoss er je zwei Tore gegen Málaga und im Länderspiel Kolumbiens gegen Paraguay. In der spanischen Liga steht sein Klub Atlético punktgleich und ungeschlagen an der Spitze mit Real Madrid, und Falcao erzielte bislang acht Goals, wie Messi und Ronaldo. Er hat eine Erfolgsquote von 32 Prozent, trifft also mit jedem dritten Schuss. Messis Wert beträgt 21 Prozent, Ronaldos Anläufe führen nur in 18 Prozent zu Toren. In der Körpergrösse steht er mit 1,77 Metern genau zwischen Messi (1,68) und Ronaldo (1,86).

Leidenschaft und blutiges Steak

Seine Bescheidenheit und sein Glaube hängen mit Schicksalsschlägen zusammen. Seine Karriere schien schon beendet, kaum dass sie begonnen hatte. Mit zwanzig erlitt er einen Kreuzbandriss im rechten Knie, unternahm mehrere verfrühte Comeback-Versuche und verlor zwei Jahre. Beim FC Porto gewann er sein Selbstvertrauen zurück. In der Euroliga traf er in 14 Spielen 17-mal. Seinem ersten Trainer, Reinaldo Merlo bei River Plate, fiel auf, wie ungeheuer explosiv Falcao startete, wenn er eine Chance witterte, und wie er in die Zweikämpfe richtiggehend hineinrutschte – Verhaltensweisen wie im Baseball. Tatsächlich hat er in der Kindheit in Kolumbien und in Venezuela Baseball gespielt, sein Vater, der als Fussball-Wanderprofi arbeitete, überliess ihm die Wahl des Sports, aber mit dem Taufnamen «Falcao», nach dem legendären brasilianischen Regisseur und Idol des Papas, war sie vorgezeichnet.

Im Sommer 2011 warf Atlético, der ewig kleinere Stadtrivale von Real Madrid, die Riesen-summe von 47 Millionen Euro für Falcao auf, der in der vergangenen spanischen Meisterschaft auf Anhieb Top-Skorer mit 24 Einschüssen wurde und, wie schon mit Porto, die Euroliga gewann. Im Trikot der Colchoneros (eine Anspielung des rot-weissen Streifenmusters an altertümliche Matratzen) verdient er derzeit vier Millionen Euro brutto, und in Spanien steigen die Steuern dramatisch. Sein Marktwert hat sich mindestens verdoppelt. Die Scheichs und Oligarchen und Heuschrecken der englischen Premier League haben Falcao auf dem Wunschzettel, aber der flüsternde Tiger sagt, er brauche für seine Energie nichts als die Leidenschaft des Publikums im Estadio Vicente Calderón und ein blutiges Steak. ○

18
81
meister
COLLECTION



Kanne | Brosche | Schale

Entworfen und hergestellt in den Ateliers von Meister Zürich

18
81
meister
ZÜRICH

Juwelen, Bahnhofstrasse 33, 8001 Zürich
Silber & Tafelkultur, Augustinergasse 17, 8001 Zürich
www.meister-zurich.ch

Die schlaflose Gesellschaft

Die Hälfte aller erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer leidet unter Schlafschwierigkeiten. Neunzig verschiedene Störungen können verantwortlich sein, unzählige Abklärungsmethoden und Therapiemöglichkeiten stehen zur Verfügung. *Von Franziska K. Müller*



Die Angst, nicht schlafen zu können, raubt den Menschen den Schlaf.

Stundenlang starrte Rolf Obergfell in die nächtliche Dunkelheit, und wenn er endlich einschlafen konnte, war dieser Zustand nur von kurzer Dauer. Hellwach, aber hundemüde trank er ein Glas Milch, stand erneut auf, blickte in die Sterne, schrieb an seinem Buch (Thema: «Der Schlaf»). Mit Schrecken erinnert er sich an die Tage, die den Horrornächten folgten. Kompletter gerädert und übermüdet ahnte er bereits beim morgendlichen Kaffee, dass die Erledigung des Tagespensums quälend sein würde. Nach einigen Wochen glaubte er festzustellen, dass seine Konzentration aufgrund der mangelnden Bettruhe nachgelassen hatte, und bald war er auch den sozialen Verpflichtungen nicht mehr gewachsen.

Verzweifelt wälzen sich manche Menschen durch ruhelose Nächte, gemartert und zunehmend entnervt verbringen sie die Tage. Rund die Hälfte aller erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer leidet unter Schlafproblemen, wie eine in Schweizer Allgemeinpraxen durchgeführte Erhebung zeigt. Gemäss einer anderen Untersuchung litten 45 Prozent der werktätigen Schweizer Population bereits einmal im Leben unter einer Insomnie («Diagnostik von Schlafstörungen», J. Hättenschwiler und M. Hatzinger).

Vom Bauarbeiter bis zur Hochschulprofessorin kann es jeden treffen, und auch vor prominenten Zeitgenossen macht die neue Volkskrankheit nicht halt. Bei der SVP-Nationalrätin Natalie Rickli wurde Mitte September ein Burnout diagnostiziert; unterdessen hat sich

«Meine Schlafarchitektur ist insofern beschädigt, als ich kaum noch Tiefschlafphasen habe.»

gezeigt, dass der Erschöpfung schwere Schlafstörungen vorausgingen. Die 35-Jährige hatte die Schwäche zuerst für eine Stärke gehalten, wie ihre Stiefmutter erzählt: Sie habe geglaubt, mit nur fünf Stunden Schlaf auszukommen. Doch der Zusammenbruch blieb nicht aus.

Forscher tapen im Dunkeln

Rolf Obergfell begab sich frühzeitig in ärztliche Hände. Er machte Abklärungen, stellte sich Tests und Befragungen. Heute sagt er Sätze wie: «Meine Schlafarchitektur ist insofern beschädigt, als ich kaum noch Tiefschlafphasen habe.» Schläft er jetzt besser? «Darum

geht es nicht», findet Obergfell. «Hätte sich die lebensnotwendige Regelung im Gehirn mit der Zeit nicht selbst regeneriert, wäre ich jetzt tot.»

In der Zwischenzeit wird bereits zwischen rund neunzig verschiedenen Störungen unterschieden, die in drei Dutzend zertifizierten Schlafzentren eruiert werden können. Die Somnologen als Spezialisten eines noch jungen Teilgebiets der Medizin – der Schlafmedizin – unterscheiden zwischen vier Hauptkategorien: Insomnien (Ein- und Durchschlafstörungen), Hypersomnien (übermässige Schläfrigkeit), Störungen des Schlaf-wach-Rhythmus und Parasomnien (Störungen der Schlafstadien). Unter anderem existieren physische, physiologische, psychologische, psychiatrische, neurologische und pharmakologische Ursachen, die den Betroffenen den Schlaf rauben können.

Drei Diagnosen haben sich in den letzten Jahren herauskristallisiert: Beim Schlafapnoe-Syndrom (SAS) verschliessen sich die oberen Luftwege, und der wiederholte Ausfall der Atmung sorgt für einen gestörten oder unerholbaren Schlaf sowie Müdigkeit während des Tages. Bei der Narkolepsie leiden die Betroffenen trotz mehrheitlich regeltem Schlaf tagsüber unter starker Müdigkeit, sie werden von regelrechten Schlafattacken übermannt, und beim Aufwachen können Schlaflähmungen

und Halluzinationen auftreten. Als organisch bedingte Schlafstörung gilt das Restless-Legs-Syndrom: Dabei verhindern missliche Empfindungen in Beinen und Armen das nächtliche Ein- und Durchschlafen.

Solange nichts anderes bewiesen ist, leidet die grosse Mehrheit, Hunderttausende von Männern und Frauen, unter nicht organisch bedingten Ein- und Durchschlafstörungen mit morgendlichem Früherwachen oder an einem überdurchschnittlich hohen Schlafbedürfnis. Ein anwachsendes Heer von Leuten

In der Schweiz werden jährlich viereinhalb Millionen Packungen Schlaftabletten konsumiert.

klagt über chronische Schlaflosigkeit, was unter anderem dazu führt, dass Schweizerinnen und Schweizer pro Jahr viereinhalb Millionen Packungen Schlaftabletten und rund drei Millionen Packungen Beruhigungsmittel konsumieren.

Über die Gründe, die einen tiefen und gesunden Schlaf verunmöglichen, wird spekuliert: Stress und emotionale Belastungen im Alltag, falsche Essgewohnheiten, latente Depressionen, Angsterkrankungen, höheres Lebensalter und Suchtproblematiken gelten als mögliche Erklärungen.

Auf der Suche nach den Ursachen des Massenphänomens haben amerikanische Forscher auch die Auswirkungen von Tageslicht, von meteorologischen Bedingungen und ethnischer Zugehörigkeit auf das Schlafvermögen analysiert, aber wirklich erhellende Fakten blieben bisher aus.

Auch in der Schweiz ist die statistische Datenerhebung kümmerlich. So sollen angeblich Frauen und Männer mit hoher Schulbildung und besserem Einkommen weniger Mühe bekunden, erholsam zu schlummern, als jene, die lediglich die obligatorische Schule besucht haben und über ein eher bescheidenes Salär verfügen.

Boom der Schnarchsprechstunden

Im eifrigen Bestreben, endlich mehr Licht ins Dunkel zu bringen, zogen die Verfasser einer neueren Studie eine ältere Untersuchung aus dem Jahr 1997 bei, bei welcher 700 Patienten aus zwei Dutzend Allgemeinpraxen in der Schweiz befragt worden waren. Dabei stellte sich heraus, dass die Mehrheit der Befragten ihre damaligen Schlafstörungen zwar als lästige, aber offensichtlich nicht erwähnenswerte Symptomatik qualifizierten und dass diese auch den Ärzten nicht als behandlungswürdig aufgefallen war.

Die Zeiten eines derart lockeren Umgangs mit dem Thema Insomnie sind definitiv vor-

Den Elektro-Sportwagen von morgen schon heute Probe fahren. Fisker Karma.

www.fisker-automobile.com



PURE DRIVING PASSION



Basel: Emil Frey AG, Autowelt Basel-Dreispietz, 061 335 61 11
Safenwil: Emil Frey AG, Autocenter Safenwil, 062 788 88 88
Zürich: Emil Frey AG, Autohaus Zürich-Altstetten, 044 495 23 11
Crissier: Emil Frey SA, Centre Automobile Romand, 021 631 24 11
Noranco: Emil Frey SA, Auto-Centro Noranco-Lugano, 091 960 96 96

Fährt elektrisch – auch wenn er mit Benzin fährt.

- Elektroantrieb mit Reichweitenverlängerer
- Leistung: 408 PS
- Verbrauch: 2,2 l/100 km
- Reichweite: 483 km nonstop
- CO₂-Emission: 53 g/km
- Solardach
- 22-Zoll-Leichtmetallräder

Fisker Karma EcoSport: Energieeffizienzklasse C, CO₂-Durchschnitt aller Neuwagen in der Schweiz: 159 g/km.

bei: Schlafschwierigkeiten zählen unterdessen zu den häufigsten Problemen in der ärztlichen Praxis. Online-Schlafabklärungen boomen, Schnarchsprechstunden, Melatonin-Check und Schläfrigkeitsabklärungen gehören an vielen Spitälern zum niederschweligen Standardangebot. Von simplen Tricks zur möglichen Wiederherstellung einer ungestörten Nachtruhe wollen jene, die leicht in einen Teufelskreis aus Informationsflut und andauernder Selbstbefragung geraten können, nicht immer etwas wissen. Eine gute Matratze, die komplette Verdunklung des Zimmers, Verzicht auf Alkohol und Koffein sowie pünktliche Schlafzeiten gelten als unaufgeregte Regeln der sogenannten Schlafhygiene.

Insomnie-Patient Rolf Obergfell ist anderer Meinung: «Solche Tipps bringen nichts», sagt er, «die Schlafmechanismen sind so vernetzt, dass eine Isolierung der einzelnen Aspekte völlig in die Irre führen kann.»

Als gravierend die gestörte Nachtruhe empfunden wird, hängt in erster Linie von jedem Einzelnen ab. Jene, die sie wie die Politikerin Natalie Rickli unterschätzen und die möglichen Folgen einer chronischen Schlaflosigkeit nicht sehen wollen, sind heute eindeutig in der Minderheit. Seit die Gesundheitsindustrie an einem neuen Betätigungsfeld bastelt, gerät die Mehrheit der Betroffenen bereits in Panik, wenn sie zwei Nächte lang nicht durchschlummern kann. Es werde nach schnellen Lösungen gesucht, anstatt abzuwarten, ob sich überhaupt eine Störung entwickle, sagen die Spezialisten, die an dieser Entwicklung selbst nicht ganz unschuldig sind.

Kein Interesse an Beschwichtigung

Die seit Anfang der 1990er Jahre existierenden Kriterien des Diagnosemanuals der WHO erklären auch Menschen mit einfacheren Schlafschwierigkeiten zu Problemfällen: Jene, die einen Monat lang an drei Tagen pro Woche nicht gut schlafen, gelten als potenzielle Pa-

Es ist ein Teufelskreis aus Informationsflut und andauernder Selbstbefragung.

tienten, jene, die sich «überwiegend mit der Schlafstörung befassen und sich nachts und tagsüber über die negativen Konsequenzen sorgen», auch.

Die Chancen, dass einer einfachen medizinischen Befragung weitere Tests und Abklärungen folgen, stehen nicht schlecht. Bei den Routineuntersuchungen erforschen spezialisierte Ärzteteams die möglichen Ursachen des Leidens: Neurologische Abklärungen und körperliche Untersuchungen, eine kleine psychiatrische Exploration, die Erfassung des endokrinologischen Status gehören dazu. Wird eine Überweisung ins Schlaflabor not-



In der Minderheit: Burnout-Opfer Rickli.

wendig und zeigen wichtige Messgrößen wie Hirnaktivität, Atmung und Elektrokardiogramm (EKG) Auffälligkeiten, kommt es unter Umständen zu einer Diagnose. Ihr kann eine ausgeklügelte Behandlung, aber auch ein stationärer Klinikaufenthalt folgen. Oder die Versorgung mit einem Atemgerät.

Neun verschiedene Ärzte untersuchten den ehemaligen Berufsschullehrer Heini Aenis-hänslin vor vielen Jahren. Vom Hirntumor über Leberkrebs erfolgten unzählige Krankheitsabklärungen. Ohne Erfolg. Sie bezeichneten ihn als arbeitsscheu, schickten ihn zum Psychiater. Er habe kurz vor dem Zusammenbruch gestanden, als er per Zufall in das damals einzige existierende Schlaflabor der Schweiz gelangte. Dort stellte man eine Schlafapnoe fest. «Gerät und Maske wogen damals zwölf Kilogramm», erinnert sich der heute 76-Jährige. Sein heutiges Gerät sei federleicht. Er nimmt es auf Reisen und Berggipfel mit und würde auch nicht mehr darauf verzichten, wenn sich seine Apnoe in Luft auflösen sollte.

Je elaborierter die Abklärungen und Behandlungen, desto intensiver befassen sich die Patienten bisweilen mit der Krankheit. Christian Heller* liess sich im Schlaflabor zum zweiten Mal verkabeln und sich Elektroden an den Kopf kleben. Vor acht Jahren schickten die Ärzte den 100-Kilo-Mann mit der unfrohen Botschaft «Essen Sie weniger, dann schlafen Sie auch besser» nach Hause. Beim zweiten Mal verordneten sie dem 34-jährigen Informatiker das lebenslängliche Tragen einer nächtlichen Atemmaske.

Die Ungeduld, wenn die Nachtruhe gestört sei, habe in den vergangenen Jahren zugenommen, sagt Esther Werth, Somnologin am

Schlafzentrum des Universitätsspitals Zürich. Früher habe die Möglichkeit bestanden, ein Mittagsschläfchen zu halten oder das Manko mit sonstigen Ruhepausen zu kompensieren. Das sei im heutigen überfrachteten Alltag beinahe unmöglich geworden. Erschöpft und entnervt würden sich viele Betroffene selbst unter Druck setzen und die Problematik zusätzlich verstärken.

Die wissenschaftliche Forschung und ihre Vertreter tragen wenig dazu bei, dass sich die angeknacksten Nerven der Schlaflosen erholen könnten. «Zu wenig Schlaf macht krank, dumm und dick», sagt beispielsweise der deutsche Schlafforscher und Psychologe Jürgen Zulley. Die Schlaflosen hätten ein doppelt so hohes Risiko für Magen-Darm- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen – vom Magengeschwür bis zum Reizmagen, von Bluthochdruck bis zum Herzinfarkt –, und auch die psychischen Folgen des ständigen Schlafdefizits dürften nicht unterschätzt werden. Nervosität und innere Unruhe sowie eine eingeschränkte intellektuelle Kapazität werden als mögliche Folgen genannt. Zudem: Autounfälle, Flugzeugabstürze, Schiffsunglücke, sogar der Reaktorunfall von Tschernobyl gingen auf das Konto von übermüdeten Zeitgenossen. Nicht zu reden von den volkswirtschaftlichen Kosten: Die Deutsche Gesellschaft für Schlaforschung und Schlafmedizin (DGSM) spricht von jährlich zwanzig Milliarden Euro, die die Schläfrigen verursachen, wenn sie keine volle Arbeitsleistung erbringen.

Es gibt auch Nachrichten, die das Schreckensszenario Schlaflosigkeit entschärfen könnten, aber die stossen in Fachkreisen auf eingeschränktes Interesse. So gilt jene Entdeckung, die vor fünfzig Jahren die Schlaforschung begründete, in der Zwischenzeit als widerlegt. Bislang ging die Wissenschaft davon aus, dass die REM-Phase (Rapid Eye Movement) unabdingbar ist, wollen Menschen ausgeruht und leistungsstark erwachen. In dieser Zeit sollten Träume stattfinden, die die Verarbeitung von Erlebtem ermöglichen, die Tiefschlafphase soll aber auch der Gedächtnisbildung dienen. Ob jemand tief und fest schläft oder nur oberflächlich und in einzelnen Etappen, hat keinen Einfluss auf die Gedächtnisleistung, wie entsprechende Untersuchungen an den Universitäten von Lübeck und Basel zeigten. Im Gegenteil: Jene Probanden, deren Tiefschlafphasen medikamentös beinahe verunmöglicht wurden, schnitten in den Gedächtnistests besser ab als die anderen.

Der Stress kommt erst nachher

«Die Schlafindustrie ist milliardenschwer, vielleicht bleibt der Schlaf auch aus diesem Grund eine ähnlich verwirrende Frage wie diejenige nach dem Huhn oder dem Ei», sagt der amerikanische Buchautor David K. Randall («Dreamland»). Ob Gemütsverstimmun-

gen, Ängste und depressive Erkrankungen Ursache oder Folge der Schlaflosigkeit seien, gelte bis heute als ungeklärt. Dass Forscher und Ärzte auch auf die Informationen von beunruhigten Schlaflosen angewiesen sind, erleichtert die Sache nicht unbedingt.

So glauben viele der Betroffenen, keine Sekunde geschlafen zu haben, während sie in Wirklichkeit sieben Stunden schlummerten. Vor allem über 55-jährige Frauen unterschätzen Länge und Qualität ihrer Schlafphasen, wie eine Untersuchung des Erasmus Medical

Vor allem über 55-jährige Frauen unterschätzen Länge und Qualität ihrer Schlafphasen.

Center in Rotterdam zeigt. Gleichzeitig konsumierten diese weiblichen Befragten mehr Schlaftabletten und klagten öfter über depressive Verstimmungen als jene, die objektive Einschätzungen abgaben. Eine US-Untersuchung konnte nachweisen, dass nicht Stress für Schlaflosigkeit sorgt, sondern die durchwachten Nächte Stresssymptome auslösen.

Suche nach dem Insomnia-Gen

Harvard-Professor Daniel M. Wegner bezeichnet die Schlaflosigkeit als einzigartigen und schwierig zu behandelnden Zustand. Dann

fügt der Verhaltensforscher einen Satz an, der ihn bei vielen Betroffenen unbeliebt machen dürfte: «Die Schlaflosigkeit ist selbstverschuldet.» Der «ironische Prozess mentaler Kontrolle» verhindere, dass erschöpfte Zeitgenossen umsetzen könnten, was sie sich am allermeisten wünschten.

David K. Randall bestätigt: «Bevor ich eines Nachts schlafwandelnd in eine Wand knallte und mir eine Beule zuzog, schlief ich wie ein Baby. Seit ich mich ausgiebig mit dem Thema befasse und mir bewusst wurde, wie wichtig eine ungestörte Nachtruhe ist, kann ich nicht mehr schlafen.» Wegners These konnte ebenfalls wissenschaftlich bewiesen werden. Seine Aufforderung an die Probanden seiner Untersuchung lautete: «Versuchen Sie, so schnell als möglich zu relaxen.» Die Auswertungen zeigten, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer mit Furcht reagierte, weil sich die Gedanken sofort auf den Fortschritt fixierten, der mit dem eigentlichen Ziel – der Aufforderung zu entspannen – verbunden wurde. Wiederholt sich dieses Muster in der Nacht, kann sich eine winzige Störung zu einer chronischen Schlaflosigkeit entwickeln.

Fazit: Die Angst, nicht schlafen zu können, raubt den meisten Menschen den Schlaf. Statt einer niederschweligen Behandlung werden psychiatrische Lösungen propagiert, darunter Insomniebehandlungen mittels kognitiver

Verhaltenstherapie, die Stimuluskontrolle, die Schlafrestriktionstherapie und die paradoxe Intention.

Ähnlich abgehoben klingen die neusten Meldungen aus der Genforschung: Ein New Yorker Forscherteam der Rockefeller University entdeckte kürzlich ein sogenanntes Insomnia-Gen und testete es an 20 000 Fruchtfliegen. Die fliegenden Mutanten schlummerten nicht nur bedeutend weniger lang als ihre unbehandelten Artgenossen, sie erwachten auch öfters. Gesundheitliche Probleme blieben bei den Insekten mit gestörtem Schlafverhalten zwar aus, jedoch lebten sie um einen Drittel weniger lang.

Obwohl die Forscher einräumten, dass Fliegen und Menschen verschiedene Lifestyles pflegen und die Bedeutung des Schlafs ebenso wie das Schlafverhalten unterschiedlichen Regeln und Rhythmen folge, bezeichneten sie die anschliessende Entfernung des Insomnia-Gens als bedeutsam, weil die betroffenen Fruchtfliegen nach dem Eingriff wieder tief und fest schlummerten. Die Ankündigung der Wissenschaftler, die neuen Erkenntnisse aus dem Labor könnten künftig auch bei der Behandlung menschlicher Schlafstörungen hilfreich sein, klingt wie ein Albtraum.

* Name geändert

Im Durchschnitt hat eine Familie 1,51 Kinder.

Ihre persönliche Offerte auf www.css.ch

Wir interessieren uns nicht für den Durchschnitt, wir interessieren uns für Sie. Deshalb bieten wir mit myFlex eine Produktlinie, die sich Ihren Bedürfnissen und Ihrem Budget anpasst.

Lassen Sie sich von uns beraten: In einer der 120 Agenturen, per Telefon 0844 277 277 oder auf www.css.ch. **Ganz persönlich.**





Pool-Position in Rückenlage: Model und Schauspielerin Chloë Sevigny im Film «Mr. Nice».



Pool-Position

Von Daniele Muscionico

Bringen Sie sich in die Rückenlage, während Sie das lesen! Denn Sie haben Urlaub. Stellen Sie den Föhn auf die höchste Stufe! Denn es weht der Mistral. Ja, Ihre Herbstferien sind noch nicht vorüber, und hier ist die Aufforderung dazu: das Sehnsuchtsbild zum Traummoment im Körper eines idealen Menschen. Und diese Person sind Sie, wenn Sie nur ordentlich daran glauben.

Ein Mensch in der Urlaub-Lage, was gibt es Schöneres. Und wer könnte uns dies Schönste schöner präsentieren als Chloë Sevigny? Chloë-wie-schon-wieder? Sie haben recht, wenn Sie fragen: «Wer um Himmels willen soll das sein?»

Drehen wir es so: Auch Menschen, die nichts Besonderes vorzuweisen haben, haben das Recht auf Öffentlichkeit. Und sehen wir ihnen nicht zu gerne zu? Im Fernsehen vor allem? Solche Menschen sind prominent allein durch ihr Prominentsein. Dass es vor allem jungen Frauen so geht, dass es vor allem junge Frauen sind, die als Rollenmodell so Karriere machen, ist nur eine Frage der Zeit. Wir leben im Jeder-ist-ein-Superstar-holt-mich-hier-raus-Dezenium. Und für Menschen, die dafür leben, wenn schon nicht eine Nacht lang Superstar sein zu können, so durch Impertinenz Prominenz zu ergattern, hat der Duden einen Begriff bereit: It-Girl. «It» für das gewisse Etwas, von dem keiner so genau weiss, was es denn ist. Und so ein It-Girl nun ist die Dame im Bild, ist die Amerikanerin Chloë Sevigny.

Kann nichts, tut nichts – ist berühmt. Man soll es sich nicht ganz so einfach machen, wenn man das Phänomen schlechtredet. Zumal, wenn es um die Dame hier im Pool geht. Sevigny ist ein ehemaliges Model, doch ehrenrührig ist das nicht, heute ist sie Schauspielerin, kann eine Oscar-Nomination und einen Golden-Globe-Vorschlag vorweisen, spielt eine Mormonin, gibt eine transsexuelle Auftragskillerin und trägt dazu einen Penis vorgebaut, hat vor der Kamera Oralsex mit Vincent Gallo – oder mimt, hier im Bild, im Film «Mr. Nice» die Freundin eines Drogenbosses! Niemand wird behaupten, dass Chloë sich nicht nach Kräften bemüht. Millionen lieben sie mehr als ihre eigene Schwester. Millionen bringen ihr ihre Verträge in der Mode- und Werbewelt ein.

Und was lehrt uns die Erfolgsgeschichte? Dass die Rückenlage mindestens so schnell nach Hollywood führt wie der Konsum von Anabolika? In der Pool-Position zur Pole-Position, das sei das Motto für jeden von uns!

Christoph Blocher verlässt die Pussycat Dolls.

Die tägliche Nachrichtenflut kann einen ziemlich durcheinander bringen.
Gut, gibt es am Sonntag den «Sonntag».



Belletristik

- 1 (2) **Joanne K. Rowling:** Ein plötzlicher Todesfall (*Carlsen*)
- 2 (1) **Martin Suter:** Die Zeit, die Zeit (*Diogenes*)
- 3 (4) **Ken Follett:** Winter der Welt (*Bastet*)
- 4 (5) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige ... (*Carl's Books*)
- 5 (7) **Donna Leon:** Himmlische Juwelen (*Diogenes*)
- 6 (3) **Charlotte Link:** Im Tal des Fuchses (*Blanvalet*)
- 7 (6) **Jussi Adler-Olsen:** Verachtung (*DTV*)
- 8 (8) **Pedro Lenz:** Liebesgeschichte (*Cosmos*)
- 9 (9) **Jan-Philipp Sendker:** Herzenstimmen (*Blessing*)
- 10 (-) **John Irving:** In einer Person (*Diogenes*)

Sachbücher

- 1 (1) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klugen Handelns (*Hanser*)
- 2 (2) **Guinness World Records 2013** (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 3 (-) **Jörg Kachelmann, Miriam Kachelmann:** Recht und Gerechtigkeit (*Heyne*)
- 4 (3) **Leoni:** Federleicht (*Wörterseh*)
- 5 (4) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 6 (5) **Blaine Harden:** Flucht aus Lager 14 (*DVA*)
- 7 (7) **Gabriel Palacios:** Ich sehe dich (*Giger*)
- 8 (6) **André Häfliger, Georges Wüthrich:** Dölf Ogi – So wa(h)r es! (*Weltbild*)
- 9 (-) **Ernst Baltensperger:** Der Schweizer Franken – Eine Erfolgsgeschichte (*NZZ Libro*)
- 10 (-) **Thomas Jaenisch, Felix Rohland:** Myboshi – Mützenmacher (*Frech*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Daniel Humm, Koch

Der beste Schweizer Koch arbeitet in New York. Daniel Humm, 36, aus Schinznach-Dorf AG hat es im «Eleven Madison Park» zu Welt- ruhm gebracht. 2012 wurde er zum besten Küchenchef der USA gewählt, auf der Liste von «The World's 50 Best Restaurants» liegt er auf Rang 10. Nun gibt es «Eleven Madison Park – Das Kochbuch» von Humm und seinem Geschäftspartner Will Guidara endlich auf Deutsch (Matthäus, 383 S., Fr. 99.-). Es gehört zum Besten, was es an Anleitungen für die zeitgenössische Haute Cuisine gibt, wo der Aargauer ganz vorne mitkocht. Humm arbeitet mit japanischen Wildpilzen ebenso wie mit Berner Hobelkäse, mit modernen Techniken wie Wasserbädern, flüssigem Stickstoff oder Binde- und Geliermitteln. Die Ergebnisse sind, wenn man sie nicht selber nachkochen will, mindestens wunderbar anzusehen. (*das*)

«Gefahr einer Sofasprache»

Der grosse Sprachwissenschaftler Harald Weinrich, 85, über das frühe Sprachenlernen, die Risiken der «Shoppingsprache» und die Furcht vor dem Tod. Von Philipp Gut und Thekla Ehling (Bilder)

Herr Weinrich, Sie verkörpern eine wissenschaftspolitische Sensation. Sie lehrten als erster deutscher Professor am altherwürdigen Collège de France in Paris. Französisch hatten Sie als Wehrmachtssoldat in Kriegsgefangenschaft gelernt. Besteht ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen?

Ja, es gibt einen direkten Zusammenhang dabei. Ich bin am Ende des Kriegs mit siebzehn Jahren in Gefangenschaft geraten, zunächst in amerikanische, dann in französische. Insgesamt war ich zwei Jahre in Kriegsgefangenschaft. In einem Bergwerkslager in Nordfrankreich habe ich die ersten Vokabeln Französisch gelernt und gegen Zigaretten eine Grammatik eingetauscht.

Später sind Sie selber ein grosser Grammatiker geworden.

So scheint es (*lacht*). In Gefangenschaft habe ich mich mit einem Wachsoldaten angefreundet, einem Theologiestudenten. Mit ihm habe ich meine ersten französischen Dialoge geführt. Dieser Mann ist mein Freund geworden, obwohl der Stacheldrahtzaun zwischen uns stand. Ich bin mit ihm in Verbindung geblieben, er wurde später Bischof, Erzbischof, Kardinal, Primas von Frankreich und Mitglied der Académie française: Albert Decourtray. Er ist dafür verantwortlich, dass ich, als ich 1947 entlassen wurde, keinen anderen Gedanken fassen konnte, als die französische Sprache gründlich zu erlernen. So bin ich Romanist geworden.

Sie waren nur kurz im Krieg.

Ich war zwölf Tage Soldat – und dann zwei Jahre in Kriegsgefangenschaft.

Von der Wehrmacht und den letzten Tagen des Dritten Reichs ins geistige Zentrum des ehemaligen Erzfeinds – ein weiter Weg.

Ich habe das immer als eine besondere Gnade des Schicksals empfunden. Aber es waren auch viele Zufälle dabei.

Als Hitler den Zweiten Weltkrieg anzettelte, waren Sie zwölf Jahre alt. Ist Ihnen damals schon aufgefallen, wie die Nazis mit der Sprache umgehen?

Ich hatte schon ein deutliches Bewusstsein davon, dass wir in der Schule eine andere Sprache sprachen als in der Hitlerjugend. Den Dienst als Pimpf habe ich immer sehr ungerne gemacht, weil mein Freundeskreis von der Schule und von der katholischen Kirchgemeinde geprägt war, die sich von den Nazis abgrenzte. Ich habe mich also in zwei Welten bewegt. Erst später ist mir klar-

geworden, dass sich diese Kontraste und Widersprüche auch in der Sprache deutlich gezeigt haben. Als ich dann aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause kam, lernte ich eine neue, demokratische Sprache.

Die Blockwarte einer reinen deutschen Sprache müssen Ihnen ein Gräuöl sein. Sie haben einmal gesagt, Mehrsprachigkeit sei das Normale und Einsprachigkeit die Ausnahme.

Das ist für mich ein linguistischer Lehrsatz. Wenn man sich in der Welt umsieht, dann sieht man, dass mehr Menschen mehrsprachig sind als einsprachig. Die Vorstellung, dass man mit einer Sprache durchs Leben kommen kann, war für mich immer sehr weit von der Wahrheit entfernt. Je früher man anfängt, andere Sprachen zu lernen – am besten in einer richtigen Zweisprachigkeit –, desto leichter fällt es.

Welchen Einfluss hat die Mehrsprachigkeit

Die Schweiz ist ein wunderbares Beispiel für eine mit Eleganz gelebte Mehrsprachigkeit.

eines Landes – beispielsweise der Schweiz – auf dessen Kultur?

Die Schweiz ist ein wunderbares Beispiel für eine mit Eleganz gelebte Mehrsprachigkeit und einen ziemlich konfliktfreien Umgang der Sprachregionen miteinander. Aber auch Amerika ist, trotz seiner Einsprachigkeit, kein provinzielles Land – dank seiner vielen Einwanderer.

Die EU hat Mehrsprachigkeit zum politischen Programm ausgerufen. Können Sprachen Kriege verhindern?

Nein, das glaube ich nicht. Ich glaube zwar an die Macht der Sprachen. Ich glaube daran, dass es richtig und wichtig ist, viele Sprachen zu lernen, und dass das auch ein Weg sein kann zueinanderzufinden. Wenn man sich um die Sprache des anderen bemüht, kommt darin eine positive Höflichkeit zum Ausdruck. Aber Kriege verhindern lassen sich damit kaum. Es gibt ja Konflikte, die aus Verschiedenheit entstehen, aber auch solche, die aus Nähe entstehen. Nähe kann sehr problematisch sein. Nehmen Sie die Deutschen und die Holländer oder auch die Spanier und die Portugiesen.

Oder die Deutschen, die «Sauschwaben», und die Schweizer, die «Kuhschweizer».

Das wollte ich nicht sagen, aber gedacht habe ich es auch (*lacht*).

Frühes Sprachenlernen sei wichtig, sagen Sie. Allerdings zeigen verschiedene Studien und auch die Erfahrung von Lehrern, dass das sogenannte Frühfranzösisch oder Frühenglisch an den Schulen nicht immer zum Erfolg geführt hat.

Ich teile diese Skepsis. Die Psyche der Kinder ist ja nicht so einfach zu manipulieren. Die Kinder, die mit fünf oder sechs Jahren eine Fremdsprache lernen, wollen damit ein bestimmtes Ziel erreichen. Und dieses Ziel ist erreicht, wenn man sich in der einfachsten Weise verständigen kann. Kinder sehen, welchen Erfolg sie erzielen, wenn sie etwa die englische Werbe- und Shoppingsprache verstehen. Sobald sie das können, stellt sich das Gefühl ein, sie hätten genug gelernt. Das gibt dann eine sogenannte Fossilisierung oder Blockade des weiteren Lernens.

Sind Primarschüler nicht zu jung, um eine fremde Sprache wirklich zu lernen, weil sie die Grammatik nicht verstehen?

Ich habe selber zwei grosse Grammatiken geschrieben – eine deutsche und eine französische –, aber ich bin überhaupt nicht der Ansicht, dass der Weg zu einer Fremdsprache immer nur über die Grammatik führen muss. Man kann auf ganz verschiedene Weise eine fremde Sprache lernen. Der Königsweg ist, dass man sich verliebt in der Fremdsprache. Aber wenn man professionell Sprachen lernt, kann die Grammatik die Wege verkürzen. Man versteht die Sprachen besser, tiefer und auch schneller.

Immer wieder hört man Klagen über den Verfall der Sprache. Beherrschen die Jugendlichen die Sprache heute schlechter als früher?

Da muss ich eine differenzierte Antwort geben. In mancher Hinsicht lernen die Jugendlichen die Sprachen heute besser als früher, weil sie etwa ins Nachbarland reisen oder bessere Hilfsmittel zur Verfügung haben. Aber es gibt auch die Problematik der Durchmischung der Sprache mit Fremdwörtern. Dafür ist die deutsche Sprache immer sehr offen gewesen: Latein, Griechisch, Französisch, Italienisch, Englisch jetzt. Das ist alles normal.

Also keine Sprachpolizei?

Keine Sprachpolizei, keine Absperrung der Sprache, dafür gibt es im Deutschen keine Tradition. Selbst die Franzosen, die es eher versuchen, schaffen das nicht. Aber – jetzt kommt ein grosses Aber: Wir müssen darauf achten, dass auch die deutschen Fachsprachen mitkommen mit der Entwicklung und dass wir nicht einfach die nächstbesten Termini aus dem Englischen übernehmen. Ich weiss nicht einmal, was



«Die Psyche der Kinder ist nicht so einfach zu manipulieren»: Linguist Weinrich.

ein Browser ist, und will es auch nicht wissen. Die Franzosen haben es anders gemacht: Die haben nicht einfach den «Computer» aus dem Englischen übernommen, sondern sich zusammengesetzt und ein sehr schönes Wort gefunden, den *ordinateur*. Sonst besteht die Gefahr, dass das Deutsche seine Fachsprachlichkeit verliert und zu einer Sofasprache wird, die man zu Hause spricht, wenn es gemütlich wird.

Sehen Sie weitere Risiken?

Echte Gefahr droht durch die Werbung. Die englisch-amerikanische Sprache ist die

Werbesprache schlechthin geworden. Die Plakate schreien uns richtig an. Ich stelle mir immer vor, wie das auf Sechs- oder Siebenjährige wirkt, die ihre Lollis kaufen.

Welche negativen Folgen befürchten Sie konkret?

Die Jugendlichen erfahren von der englisch gekleideten Werbesprache einen gewaltigen Prestigedruck. Eine Folge davon könnte zum Beispiel sein, dass die eigene Sprache und Schrift weniger geachtet wird. Die Gewichte zwischen den Sprachbereichen könnten gestört werden – zumal, wenn man

die Widerstandsmöglichkeiten zusätzlich durch früh unterrichtetes Englisch aushebelt.

Kann man Sprachen, die in ihrer Existenz gefährdet sind, durch künstliche Massnahmen und Subventionen retten, wie die Schweiz das mit dem Rätoromanischen versucht?

Man muss die Sprachen pflegen, allerdings ohne irgendwelche Zwangsmassnahmen. Ich bin Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und habe grosse Mühe darauf verwandt, das Wort «Sprachkultur», das von Leibniz stammt und in Vergessenheit geraten ist, wieder einzupflanzen.

Sie haben einmal geschrieben, Sprache ohne Sprachkultur sei etwas «Monströses». Was meinen Sie damit?

Das war nicht besonders gut formuliert, allerdings glaube ich schon, dass die Sprachkultur nicht gratis zu haben ist – genauso wenig wie eine Musik- oder eine Bildkultur.

Wie würde diese Pflege der Sprachkultur aussehen? Muss man Goethe und Schiller lesen?

Ja, auch, natürlich. Als in den 1970er Jahren das grosse Duden-Wörterbuch der deutschen Sprache entstand, habe ich mich mit den Herausgebern angelegt. Die Duden-Redaktion wollte damals sämtliche dokumentierten Sprachzeugnisse vor 1900 weglassen. Das bedeutete, dass die gesamte deutsche Klassik, aber auch die realistische Literatur, Gottfried Keller etwa, wegfielen. Dagegen habe ich mit Leidenschaft die Auffassung vertreten, dass die Klassik zur deutschen Gegenwartssprache gehört.

Hatte der Abschied von den Klassikern auch politische Gründe? Es war ja die 68er Generation, die damals am Ruder war.

Ja, unbedingt. «Alltagssprache» hiess das neue Zauberwort. Im Vorwort eines Duden-Bandes stand sogar, man wolle die Sprache der Stehkneipen wiedergeben. Man war damals fasziniert von der Idee, die Alltagssprache zu registrieren, um sie zum Mass der Sprache zu machen. Das habe ich immer für falsch gehalten.

Woran sollte man sich denn orientieren?

Zunächst einmal muss man sich für ein Korpus entscheiden. Man kommt nicht daran vorbei, bestimmte Wertungen zu verteidigen. Goethe, Schiller und Gottfried Keller müssen eben dabei sein. Man braucht das auch gar nicht weiter zu begründen: Diese Autoren gehören einfach zu unserer Sprachkultur. Man muss sich nach oben orientieren.

In Ihrem neuen Buch untersuchen Sie das «Haben». Sie unternehmen den Versuch, das Haben als Kategorie gegenüber dem



«Spass an der Höflichkeit»: Harald Weinrich.

Sein zu rehabilitieren. Was haben denn die europäischen Philosophen gegen das Haben gehabt?

Das möchte ich auch gerne wissen! Denn sie sagen nicht, was sie gegen das Haben haben. Sie haben es, mit wenigen Ausnahmen, stillschweigend vernachlässigt und nicht weiter behandelt. Charakteristisch ist die Tatsache, dass Aristoteles von Anfang an die beiden Kategorien Sein und Haben – die ja ein Gespann bilden – unterschiedlich gewichtet hat, zugunsten des Seins und zuungunsten

«Man muss die Sprachen pflegen, allerdings ohne irgendwelche Zwangsmassnahmen.»

des Habens. Als Immanuel Kant sich dann mit der aristotelischen Kategorientafel beschäftigt hat, kam er zum Schluss, diese habe weder Sinn noch Verstand. Er hat einen neuen Katalog gemacht, wobei das Haben einfach rausgeflogen ist. Es ist ein offenes Problem geblieben, was es mit dem Haben auf sich hat. Nur wenige haben sich damit beschäftigt, allen voran Erich Fromm, der ein vielbeachtetes Buch darüber geschrieben hat.

Wobei das Haben schlecht wegkommt.

Ja, das ist typisch. Die meisten Denker haben verkündet: «Sein ist gut, Haben ist schlecht.» Eine Ehrenrettung des Habens müsste vor allen Dingen das Ziel haben, die Verkürzung und die Verdummung des Habens in der Form des blossen Besitzhabens und des Eigentums zu korrigieren.

Weltweit ist eine Art Feldzug gegen Reiche und Wohlhabende zu beobachten. In Frank-

reich will Präsident Hollande eine Reichensteuer von 75 Prozent einführen, was an Enteignung grenzt. Wie erklären Sie sich diese Bewegung? Hat sie auch mit der jahrhundertelangen Geringschätzung des Habens zu tun?

Zur Schuldenkrise und zu den grossen ökonomischen Auseinandersetzungen der Gegenwart nehme ich in meinem Buch nicht Stellung. Tatsache aber ist: Was immer man an Besitz und Eigentum haben kann – Häuser, Autos, ein Bankkonto und dergleichen –, das ist alles schön und gut. Aber das Wichtigste beim Haben ist etwas anderes: nämlich das, was uns mit anderen Menschen verbindet. Dass man Eltern, Geschwister und Freunde hat, auch eine Nation, eine Stadt, Kunstgegenstände. Haben bedeutet Zugehörigkeit, in erster Linie die Zugehörigkeit der Menschen.

Eines der originellsten Zitate in Ihrem Buch stammt von Schopenhauer. Ein Mann habe nicht Frau und Kinder, sondern er werde von ihnen «gehabt», schrieb er.

Das ist natürlich einer der problematischen Aspekte des Habens, dass man Personen haben kann. Schon Aristoteles hat sich darüber gewundert, dass man einfach sagen kann: «Ich habe eine Frau», wie man Schuhe oder ein Kleid hat. Das kann auch eine sexuelle Bedeutung haben. Ein Beispiel dafür ist Goethes Faust. Er will Gretchen «haben» – und das ist die Sprache, in der er mit dem Teufel spricht. In diesem Sinn ist dies ein teuflisches Haben.

Mit dem Wort «haben» kann man auch Höflichkeit signalisieren. Der Schweizer sagt: «Ich hätte gern ein Gipfeli.» Der Deutsche sagt: «Ich krieg noch ein Bier.»

«Hätte» ist tatsächlich eine höfliche Form des Habens, die dazu dient, das Haben abzufedern. Ich persönlich habe Spass an der Höflichkeit. Aber es muss nicht jeder immer höflich sein. Gerade die Berliner sind ja dafür bekannt, dass sie dies so selten wie möglich sind.

Man muss nicht vom Fach sein, um Ihre Bücher zu verstehen. Sie sind klar, präzise, prägnant formuliert. Warum schreiben viele Akademiker so kompliziert?

Das hängt mit der Fachsprachlichkeit zusammen. Alle Wissenschaften haben das Recht, sich fachsprachlich zu verständigen. Das tut die Mathematik, das tut die Physik. Jeder weiss, dass eine mathematische Vorlesung oder ein physikalisches Buch schwer ist. Die Geisteswissenschaften hingegen gelten als «weich». Das sagen uns die harten Wissenschaften immer wieder, freundlich, aber auch ein bisschen herablassend. Also müssen wir zu erkennen geben, dass auch wir hart sind. Jedenfalls härter, als wir erscheinen. Dieser Minderwertigkeitskomplex führt zu einer gewissen Überkompens-

sation, die sich sprachlich in einem überbordenden Jargon äussert.

Wittgenstein sagte: «Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.» Schätzt er die Bedeutung der Sprache nicht zu hoch ein?

Ja, das ist zu hoch angesetzt. Die Grenzen meiner Sprache sind nicht die Grenzen meiner Welt. Ich komme wieder auf das Haben zurück. Es gibt ja in den meisten Sprachen der Welt kein Verb für «haben», in den germanischen und romanischen Sprachen Europas aber schon. Chinesen, Japaner, Russen kennen das Verb «haben» nicht, dennoch können wir uns mit ihnen verständigen. Man ist nicht behindert in seinem Weltverstehen, wenn man die eine Sprache statt einer andern spricht. Es kommt darauf an, was man mit der Sprache macht. Aus allen Sprachen kann etwas Gutes gemacht werden. Das Stichwort heisst wieder «Sprachkultur».

Welches ist denn die erfreulichste Begebenheit, die Sie während Ihrer sechzigjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit erfahren haben?

Der Superlativ macht mir Schwierigkeiten. Ich habe an meiner ganzen wissenschaftlichen Laufbahn einen Riesenspass gehabt. Ich habe sehr gerne gelehrt, sehr gerne geschrieben, auch sehr gerne herumgezankt. Vor allem bin ich sehr gerne mit Studenten umgegangen. Am schönsten war vielleicht meine Zeit in München. Dort habe ich das Institut für Deutsch als Fremdsprache gegründet und vierzehn Jahre geleitet. Wir haben zuerst kleine Preisausschreiben durchgeführt, bei welchen nur Ausländer teilnehmen durften. Schreiben aber mussten sie Deutsch. Daraus ist mit Hilfe der Robert-Bosch-Stiftung eine richtige Lawine geworden und der Adelbert-von-Chamisso-Preis entstanden. Immer wieder werden wunderbare Autoren entdeckt, mit vielen bin ich befreundet.

Was hat Sie am meisten aufgeregt oder geärgert?

Ganz eindeutig die jüngste Entwicklung, der sogenannte Bologna-Prozess – die weitgehende Verwandlung der Universität in einen Betrieb, diese ganze Bürokratisierung.

In Ihren Büchern beschäftigen Sie sich immer wieder mit der Zeitlichkeit und mit der Endlichkeit. Hat sich diese Beschäftigung mit dem Alter verändert? Sie sind jetzt 85.

Es ist mir lieb, dass Sie auf das Thema «Zeit» zu sprechen kommen. Das ist von alters her mein Lieblingsthema gewesen. Schon in meinem ersten Buch, «Tempus», habe ich geschrieben: «Tempus hat nichts mit Zeit zu tun.» Die herrschende Lehr-

meinung von damals war: Tempus heisst Zeit. Tempus kann aber auch etwas ganz anderes sein. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wenn man erzählen will, geht man ins Präteritum. Wenn man etwas besprechen will, bleibt man im Präsens. Diese Zeitformen – eben Tempora – sind dann nicht etwas Zeitliches, sondern die Art und Weise, wie man sich auf eine bestimmte Thematik einstellt. Meine Thesen haben damals Aufsehen erregt und sind wild diskutiert worden. Das Buch hat manche Verrisse erhalten. Aber es ist mein mit Abstand erfolgreichstes Buch geworden. Jetzt im Alter habe ich noch einmal darüber nachgedacht. «Tempus hat

«Einer der problematischen Aspekte des Habens ist, dass man Personen haben kann.»

nichts mit Zeit zu tun»: Das würde ich heute so nicht mehr schreiben. Es geht um intensive Erfahrungen der Zeitlichkeit: Was man erlebt hat, muss man erzählen. Und das Erzählen hat einen besonderen Rang, weil es weit zurückreicht in die Vergangenheit. Kurz und gut: Ich komme im Alter auf die Zeit zurück. Nicht auf die Zeit der Uhren, sondern auf die Verbindung zwischen Sein und Zeit. Hinfälligkeit, Vergänglichkeit, Endlichkeit: Das geht mir mehr durch den Kopf als früher.

Fürchten Sie den Tod?

Ich habe keine Angst vor dem Tod, ich akzeptiere die Endlichkeit.

Sie schreiben nicht gegen den Tod an?

Nein. Ich freue mich, wenn ich ein Buch abschliesse. Das ist ein ganz bestimmtes Lust-Erlebnis: Ich kann etwas von mir wegschieben. Langsam merke ich, dass ich mit dem Bücherschreiben aufhören sollte. Meine Frau sagt mir das jeden Tag.

Also haben Sie noch kein neues Werk geplant?

Nein, und wenn, dann läuft es einem zu. Wie ein Hund oder eine Katze. Es ist auf einmal da. Ich muss mich mit meiner Endlichkeit abfinden. Ich freue mich über meine Kinder und Kindeskinde. Darauf richte ich meine Zukunftsgedanken.

Prof. Dr. Harald Weinrich, 85, ist einer der renommiertesten Sprachwissenschaftler Europas. Zuletzt lehrte der Deutsche am Collège de France in Paris. Eben ist bei C. H. Beck sein jüngstes Buch, «Über das Haben», erschienen.

Jazz

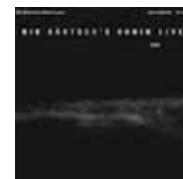
Die Band als Über-Ich

Von Peter Rüedi

Nichts liegt der Musik des Zürcher Pianisten Nik Bärtsch ferner als Beiläufigkeit, eine Qualität, die mir an manchem Jazz besonders gefällt – jener Gestus, der dem Publikum die Trouvaillen nicht aufs Ohr drückt, sondern im coolen Nebenbei anbietet, *à prendre ou à laisser*. Aber Bärtsch, ein Liebhaber und Kenner asiatischer Kulturen, nennt sie ja auch nicht Jazz, sondern Zen-Funk oder Ritual Groove Music. Wie viele minimale Praktiken (von Eric Satie über Steve Reich oder Morton Feldman bis zu avancierterem Pop oder gewissen Volksmusiken) entwickelt sie einen halluzinatorischen Sog, der den Hörer, paradox gesagt, mit einer heiteren Manie, einer gelassenen Konzentration in Bann schlägt. Sie ist eine hohe Schule des Wartens auf den richtigen Augenblick. Hinter den Stücken des in geradezu mönchischer Askese vereinigten Kollektivs (Ronin, so heisst die Gruppe, nach den japanischen herrenlosen Samurai, nennt sie Module, um alle Illustration zu vermeiden) steckt sehr viel Handwerk und «Komposition».

Und doch sind sie auch flexibel und variabel, zum Teil über Jahre gewachsen, im Kontakt mit dem Publikum (zu den Ritualen der Band gehört auch, dass sie über Jahre immer montags in einem Zürcher Klub auftritt). Diese Module verändern sich wie eine Landschaft unter wechselnden Wettern. So zwingend die Magie dieser vielfach geschichteten und verdichteten Musik ist, so bewohnbar ist sie. Der Hörer wird nicht überwältigt, er ist, über seine Reaktionen, ihr unerlässlicher Partner. Nahelegend also, dass nach drei Studioproduktionen bei ECM nun ein Doppelalbum mit Live-Mitschnitten aus acht Konzerten zwischen Lörrach und Tokio erscheint.

Der Vergleich mit schon veröffentlichten Studioversionen lässt uns nachvollziehen, zu welchen Horizonten die Improvisatoren die scheinbar kleinteilig gedrechselten Bausätze weiten können – Bärtsch selbst, Sha an Klarinetten und Saxofon, Andi Pupato an der Percussion und Björn Meyer am Bass (für ein Stück dessen Nachfolger Thomy Jordi). In den jahrelangen Exerzitien ist die Gruppe zu einer Art Über-Ich zusammengewachsen.



Nik Bärtsch's Ronin Live.
ECM 2302/03 (2 CDs)

Ein durchschnittlicher Flüchtling

Die Gewinnerin des Deutschen Buchpreises, Ursula Krechel, erzählt die Geschichte der Rückkehr eines 1939 nach Kuba geflüchteten Juden zu seiner «arischen» Frau. *Von Hans-Peter Kunisch*

Als Claire Kornitzer ihre Tochter nach neun Jahren wiedersieht, hat Selma Angst vor der grossen, kräftigen Frau, die behauptet, ihre Mutter zu sein. Sie eckelt sich, als diese Fremde, die nicht einmal ihre Sprache spricht, sie umarmt. Dabei hatte Claire, die sich in der angespannten Situation nicht zu helfen wusste, die vierjährige Selma 1939 einem Kindertransport nach England anvertraut, um sie zu retten. Selmas Vater, Richter in Berlin, war Jude, wurde im Alter von dreissig Jahren zwangspensioniert. Er emigrierte nach Kuba. Claire, eine «Arierin», blieb in Deutschland, aber liess sich nicht scheiden.

Die grosse Öffentlichkeit kennt sie kaum

Die scheiternde Begrüssung zwischen Mutter und Tochter ist eine Schlüsselszene aus dem Roman «Landgericht», für den Ursula Krechel jetzt den Deutschen Buchpreis erhalten hat: poetisch dicht, sorgfältig den Gefühlen der Figuren entlanggeschrieben. Damit ging die publicityträchtigste Auszeichnung des deutschsprachigen Buchmarkts dieses Jahr an eine Autorin, die lange als lyrische Sprachartistin galt, von der Kritik geschätzt, vom grossen Publikum kaum wahrgenommen. Doch so zierlich wie zäh blieb Krechel bei ihrer Sache. Zuerst war die 1947 in Trier geborene Tochter eines Psychologen Journalistin, dann Dramaturgin. Sie schrieb Texte zur Frauenbewegung, Theaterstücke, Erzählungen und vom Surrealismus beeinflusste Gedichte. Krechel engagierte sich, für deutsche Autoren ihres Formats untypisch, auch in der Nachwuchsförderung; manchmal schien sie von Schülerinnen wie der heute berühmten Judith Hermann geradezu «überholt», aber das kümmerte sie nicht, und es war, wie man spätestens seit drei Jahren weiss, ein Irrtum.

Damals erschien «Shanghai fern von wo», Krechels erster Roman. Die sprachliche Feinarbeiterin folgte auf einmal einer klassischen grossen Geschichte, die nicht richtig bekannt war. Zwar wusste man, dass Schanghai eine wichtige jüdische Exilstation bedeutete, aber das war ein Gerücht. Krechel ging ihm auf den Grund und in die Archive, schrieb nach Jahren der Recherche einen selbstbewusst auf der Grenze zwischen Dokument und Fiktion balancierenden Roman.

Bei der Recherche begegnete ihr auch etwas Unspektakuläres: ein richterliches Gutachten in einem der sogenannten

Wiedergutmachungsprozesse, die jüdische Emigranten gegen die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Nazistaats führten. Von Grundstücken bis zu Schmuck wurde vieles konfisziert oder billig verkauft, berufliche Karrieren wurden vernichtet. Die passenden Dokumente sind oft trockene Zeugnisse der skandalösen Verwehrlosung eines Rechtsstaats; aber dieses eine Schriftstück, sagt Krechel heute, sei so geschliffen formuliert gewesen, dass sie neugierig wurde.

Reich bestückt mit alten Nazis

Jahre später gibt es den Roman «Landgericht», der dem Autor des Gutachtens folgt. Er beginnt mit der Rückkehr von Richard Kornitzer aus seinem kubanischen Exil. 1947 tritt er aus dem unzerstört-prächtigen, alten Lindauer Bahnhof, sieht die Schweizer Alpen leuchten, Claire hat gewartet. Eine idyllische Szenerie – aber auch die beiden Ehepartner haben sich jahrelang nicht gesehen. Sie wissen nicht mehr, wie sich der andere anfühlt, was er denkt, müssen noch einmal neu beginnen.

Mit viel dramaturgischem Gespür schafft es Krechel, einer gut abgehangenen Thematik neue Aspekte zu entlocken. Die Kombination Zweiter Weltkrieg-Exil wird wohl immer faszinierend bleiben, aber sie ist in der deutschsprachigen Literatur schon gut vertreten. Doch

was geschah, als die Waffen niedergelegt waren, Exilanten zurückkamen? Kornitzer hiess nicht Kornitzer, aber es gab ihn. Indem Krechel nahe an seiner persönlichen Lebensgeschichte bleibt, profitiert ihr Roman vom Thrill des Faktischen. Kornitzers Anrennen gegen die junge bundesrepublikanische Bürokratie, die ihm nur zögerlich recht gibt, seine unsichere Position in einer Behörde, die reich bestückt ist mit alten Nazis, ist nicht erfunden. Sie spiegelt die Atmosphäre damals. Auch hier gelingen Krechel beeindruckende Schilderungen. Etwa als Untermieter Kornitzer zum ersten Mal bei seinen Vermietern isst. Sie wissen, dass er, laut Ausweis, ein «Opfer des Faschismus» ist. Aber was bedeutet das? Er war nicht im Krieg, nicht im KZ? Keine pfeifenden Granaten, keine Kellerverstecke? «Dann sind sie ein glücklicher Mensch.» Welten trennen die beiden Parteien. Kornitzer kommt gar nicht dazu, die Geschichte seiner Vertreibung oder die Zerschlagung seiner Familie zu erzählen.

Im zweiten Teil hat das Buch ein paar Längen. Wenn Krechel von der persönlichen Story Kornitzers abrückt, liefert sie manchmal zu viel zeitgeschichtliche Hintergrundinformation. Aber das mindert nicht die Qualität dieses, so Krechel, «Denkmals» für einen durchschnittlichen Flüchtling, der das Glück hatte, am Leben zu bleiben, aber letztlich an seiner nie ganz gelungenen Rückkehr zerbrach.

Ursula Krechel: Landgericht. Jung und Jung. 494 S., Fr. 41.90



Zierlich und zäh: Autorin Krechel.

Top 10

Knorr's Liste

| | | |
|----|-----------------------------------|-------|
| 1 | Amour | ★★★★★ |
| | Regie: Michael Haneke | |
| 2 | Arbitrage | ★★★★☆ |
| | Regie: Nicholas Jarecki | |
| 3 | Looper | ★★★★☆ |
| | Regie: Rian Johnson | |
| 4 | Hope Springs | ★★★★☆ |
| | Regie: David Frankel | |
| 5 | Savages | ★★★☆☆ |
| | Regie: Oliver Stone | |
| 6 | The Bourne Legacy | ★★★☆☆ |
| | Regie: Tony Gilroy | |
| 7 | Paris Manhattan | ★★★☆☆ |
| | Regie: Sophie Lellouche | |
| 8 | Taken 2 | ★★★☆☆ |
| | Regie: Olivier Megaton | |
| 9 | A. Lincoln: Vampire Hunter | ★★★☆☆ |
| | Regie: Timur Bekmambetov | |
| 10 | The Words | ★★★☆☆ |
| | Regie: B. Klugman / L. Sternthal | |

Kinozuschauer

| | | |
|--------|--|--------|
| 1 (1) | Madagascar 3 (3-D) | 41 678 |
| | Regie: Eric Darnell | |
| 2 (-) | Taken 2 | 15 076 |
| | Regie: Olivier Megaton | |
| 3 (2) | Looper | 12 657 |
| | Regie: Rian Johnson | |
| 4 (-) | Savages | 10 820 |
| | Regie: Oliver Stone | |
| 5 (-) | Arbitrage | 8574 |
| | Regie: Nicholas Jarecki | |
| 6 (3) | Hope Springs | 7092 |
| | Regie: David Frankel | |
| 7 (4) | Amour | 5679 |
| | Regie: Michael Haneke | |
| 8 (6) | Step Up: Miami Heat | 4346 |
| | Regie: Scott Speer | |
| 9 (7) | The Bourne Legacy | 2872 |
| | Regie: Tony Gilroy | |
| 10 (5) | Abraham Lincoln: Vampire Hunter | 2738 |
| | Regie: Timur Bekmambetov | |

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

| | |
|--------|---|
| 1 (1) | Snow White and the Huntsm. (Universal) |
| 2 (3) | Intouchables (TBA) |
| 3 (2) | Men in Black 3 (Sony) |
| 4 (4) | Der Diktator (Rainbow) |
| 5 (7) | Mirror, Mirror (Ascot Elite) |
| 6 (5) | The Avengers (Disney) |
| 7 (6) | Dark Shadows (Warner) |
| 8 (-) | Lockout (Rainbow) |
| 9 (-) | Piranha 3DD (Ascot Elite) |
| 10 (8) | The Cold Light of Day (Ascot Elite) |

Quelle: Media Control



Immer nahe an einer Explosion: Anne (Jeanne Goupil).

DVD

Surreales Lodern

1971 in Frankreich sofort verboten, jetzt auf DVD erschienen und noch immer aktuell: «Und erlöse uns nicht von dem Bösen».

Von Wolfram Knorr

Wir bringen immer nur einen um», sagt Anne und appliziert genüsslich dem Wellensittich das Gift. «Warum?», fragt Lore. «Damit er häufig leidet. Bringen wir sie alle auf einmal um, leidet er nur ein Mal.» Der Sadismus gilt dem zurückgebliebenen Gärtner, der sich mit Singvögeln umgibt. Anne und Lore sind Klosterschülerinnen, 14-jährig und dicke Freundinnen. Was Anne, Tochter eines Schlossherrn, mit Lore besonders verbindet, ist die Lust, alle sozialen Konventionen in ihr Gegenteil zu verkehren; statt Mitleid mit dem Schlossgärtner zu haben, ihn zu peinigen; in der Kirche statt fromme schmutzige Lieder zu singen.

«Und erlöse uns nicht von dem Bösen» («Mais ne nous délivrez pas du mal») heisst die Filmrarity aus den frühen siebziger Jahren des französischen Kinos. Eine schräge Mixtur aus Luis Buñuel, Fernando Arrabal und Claude Chabrol, in brütender Provinz spielend, wo alles, von behaglich träger Saturiertheit und Proportionalität, seine Ordnung hat. Für die pubertierenden Gören dagegen ist sie ein Mausoleum: Wie Scheintote leben die Eltern, in Fraglosigkeit erstarrt. Interesse an den Sprösslingen äussert sich nur in hohlen Sprüchen wie: «Seid bitte vorsichtig.» Kein Wunder, dass sich die Töchter mit der Lust an Verbotenem aus dem Horror Vacui sprengen, als

Lolitas den tumben Bauernsohn aufgeilen, heimlich Lautréamonts grausame «Gesänge des Maldoror» lesen, den Beichtvater mit erfundenen Sünden verarschen – bis das infernalische Duo in einem diabolisch-surrealen Flammen-Finale auflodert und die Erwachsenen jäh erwachen lässt.

Autor und Regisseur Joël Séria (76), selbst einst Klosterschüler, begann seine Karriere als Theaterschauspieler, verunfallte schwer auf der Bühne und widmete sich fortan dem Schreiben und der Regie. Ein Mordfall aus Neuseeland brachte ihn auf die Idee für sein Filmdebüt. 1954 hatten zwei Mädchen grundlos ihre Mutter erschlagen. Peter Jackson verfilmte mit «Heavenly Creatures» 1996 den grausigen Fall. Séria dagegen ging es um das Klima einer geistig verödeten und moralisch erstarrten Erwachsenenwelt und deren Gleichgültigkeit dem Nachwuchs gegenüber. Anne und Lore schaufeln deshalb fast buchstäblich – bockig, trotzig und gierig – verbotene Spiele und verdrängte Lüste an die Oberfläche, um zu schocken. Séria verzichtet auf experimentelle Mätzchen, erzählt schnurgerade mit «Schulmädchen-Report»-Ästhetik. Aus den Bildern aber entströmt wie ein Gas gefährlich Surreales, immer nahe an einer Explosion, bis es tatsächlich hochgeht und das Mausoleum sprengt.

Staatliche Fördergelder wurden Séria verweigert, der Film 1971 sofort verboten. Ein britischer Verleiher erwarb die Rechte, machte daraus ein «Skandalwerk», und in London wurde es prompt ein Kassenshit. Bemerkenswert ist die Besetzung: Das 20-jährige Model Jeanne Goupil und die ein Jahr jüngere Catherine Wagener spielten absolut glaubwürdig die kichernde 14-jährige Teufelsbrut. Heute lassen sich in ihnen Vorläufer der Femen-Bewegung und Pussy Riots sehen. Das erhält dem Opus eine subversive Aktualität. Die DVD ist eine Ausgrabung des kleinen, aber feinen Labels Bildstörung. Mit Booklet, Bonus-Material, auf Französisch mit deutschen Untertiteln. ★★★★★

Weitere DVDs

Strafpark — Peter Watkins (77) war ein wahrer Radikalinski unter den Brit-Regisseuren. Seine Spezialität waren dokumentarisch inszenierte Spielfilme («The War Game»), lange bevor mit der Videokamera herumgefuchelt wurde. Sein bösestes Opus, «Punishment Park», erschien 1971 und liess die US-Kritik aufschreien. Es ist die Vietnamkrieg- und Demo-Ära, der US-Präsident lässt über Notstandsgesetze Kritiker und Kriegsgegner festnehmen und in Schnellgerichten verurteilen. Die Richter bieten eine Alternative: Statt viele Jahre in den Knast zu gehen, können sich die Verurteilten die Freiheit bei einem Drei-Tage-



Geht unter die Haut: «Strafpark».

Marsch (zu Fuss bei sengender Hitze, ohne Nahrung) durch die Wüste erkämpfen. Natürlich Schwindel: Am Ziel werden sie umgelegt. Ein britisches Kamerateam begleitet die armen Teufel bei ihrer Tortur. Beim Ballern der Einsatzkräfte droht die Filmcrew, alles öffentlich zu machen, worauf die Bullen höhnen, ihnen sei das wurscht. Angesichts von Guantánamo ist «Strafpark», der noch immer unter die Haut geht, beklemmend aktuell, trotz heftiger Zuspitzung (mit Booklet, Bonusmaterial, auf Englisch/Deutsch mit Untertiteln). ★★★★★



«In the Land of Blood and Honey».

In the Land of Blood and Honey — Der Name Angelina Jolie ist eine Marke von hohem Wert. Dem Wert ist es mit Sicherheit zu verdanken, dass die Leinwandikone und Uno-Botschafterin der Flüchtlingshilfe ein eigenes, nicht unbedingt kommerzielles Projekt schreiben, finanzieren und inszenieren konnte. Betroffen vom Bosnien-Konflikt und den Gräueln (vor allem an Frauen), schrieb sie die Story eines serbischen Offiziers, der sich mitten im Krieg in eine Bosnierin verliebt. Auch wenn's danach klingt, ist es kein Romeo-und-Julia-Plot. Viele Kritiker haben das Debüt verrissen – zu Unrecht. Auch wenn es Längen hat und ein paar Holprigkeiten, ist es empfehlenswert. An der Kinokasse floppte es, in die Schweizer Kinos kam es gar nicht erst. Dafür gibt's die DVD. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Ständig gibt's neue Fachbegriffe. Da kommt man ja kaum noch mit. Was bedeutet denn «Runaway»-Produktion? J. Z., Brugg



Wörtlich übersetzt klingt's albern, aber es ist wörtlich zu nehmen: Es sind «Ausreisser»-Produktionen, Filmprojekte, die lieber ins billigere Ausland abhauen, aus den teuren USA flüchten. Gleichzeitig ist die Runaway-Mentalität schizophran, denn bei der «Ausreisserei» geht's fast nur um super-teure Blockbuster. Statt an den Kosten zu

sparen, wird nach Kanada, Tschechien, Australien, Deutschland oder sonst wohin abgehauen. Zusätzlich können in einigen Ländern (wie Deutschland) die Produktionen dann auch noch Fördergelder einstreichen. Viele Länder finden die Deals im Übrigen gar nicht schlecht, sie sichern Arbeitsplätze. Das Berliner Studio Babelsberg lockt zur Auslastung seiner Infrastruktur US-Produktionen an.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Duracell-Häschen auf Vollspeerd

Von Peter Keller

Die Schweiz hat ihren eigenen Jugendsender: Joiz. Eine Frischzellenkultur, die der heimischen Fernsehlandschaft nur guttut.

So fläzen bei Joiz die Moderatoren auf dem Sofa herum, eine Packung Zweifel-Chips ragt wie das Matterhorn in den Bildschirm hinein (der Sender muss sich selber finanzieren), man macht live Musik, das Publikum wird über Facebook oder Skype zugeschaltet, und es finden sogar politische Diskussionen oder Gespräche über Sexualität statt, die nur ein bisschen peinlich sind.

Ein Highlight ist das neue Format «Balkan-Charts». Eine Stunde Popkultur aus Südosteuropa. Moderiert wird die Sendung vom Hausgewächs Gülsha, einer leicht hyperaktiven Quasselschnepfe. An ihrer Seite Baba Uslander, Rapper mit Föhnfrisur, der ziemlich erfolglos versucht, mal ein Sätzchen selber zu Ende zu moderieren. Schwierig. Gülsha ist schneller. Ein Duracell-Häschen auf Vollspeerd.

Die Sendung gleicht einer kulturellen Extrafahrt. Für mitteleuropäische Verhältnisse sind die Videoclips oft zu schwülstig, zu protzig angerichtet. Doch der Balkan swingt. In der Musik findet das Temperament seine beste Ausdrucksform.

Dann gibt es Gäste wie zum Beispiel Danko Rabrenovic: Musiker, Moderator und Autor von «Der Balkanizer. Ein Jugo in Deutschland», worin er ausführt, warum die beliebtesten jugoslawischen Flüche mit Genitalien zu tun haben, während die deutsche Sprache lieber in Fäkalien wühlt. Danko ist intelligent, cool und männlich – eine Mischung, die in Westeuropa beinahe als ausgerottet gilt.

Spannender als alles andere ist aber das Duo Gülsha/Baba. Beide stammen aus dem albanischen Balkan. Er, das lebende Klischee. Sie, der lebende Gegenbeweis. Baba gibt den coolen Albaner, wohnt bei Mutti und erzählt freimütig, dass sein Trainer – so etwas wie Babas Arbeitskleidung – noch in der Wäsche sei. Gülsha ostschweizert vor sich hin und begleitet Babas Moderationsversuche wie eine grosse, gütige Schwester, die ihren Landsbruder eigentlich daneben findet, ihn aber trotzdem irgendwie mag.

Balkan-Charts: jeweils freitags, 17.30 Uhr, Joiz.
Danko Rabrenovic: Der Balkanizer. Tag & Nacht. 184 S., Fr. 19.90

Mit Pfannendeckel auf dem Tisch

Wie steht's um die neue Gastordnung der «Kronenhalle»? Kleine, aber wichtige Änderung im Opernhaus. *Von Hildegard Schwaninger*



«Lärmschwingungen»: «Kronenhalle»-Chef Wyss.

Die neue Gastordnung der «Kronenhalle» (einschbar auf der Website) wird nicht so heiss gegessen wie gekocht. Ein Augenschein zeigte, dass die «Kronenhalle» nach wie vor ein wunderbares Lokal ist, in dem vor allem Gäste sitzen, die eine Gastordnung gar nicht brauchen. Denn was dort drinsteht, versteht sich für Leute, die halbwegs eine Kinderstube haben, von selbst. Einzig Neues: Es gibt keine Fasnacht mehr in der «Kronenhalle». Guggenmusik ist nicht mehr erwünscht. «Kronenhalle»-Chef **Andreas Wyss**: «Die Kunstwerke an den Wänden haben die Lärmschwingungen nicht vertragen. Wir hatten hohe Kosten für Reparaturen.» Obwohl sich Zeitzeugen (oder sind das schon Historiker?) erinnern, dass die legendäre **Hulda Zumsteg** an der Fasnacht auf dem Tisch tanzte mit dem Pfannendeckel in der Hand – ihr Sohn **Gustav Zumsteg**, der letzte Patron, mochte das wilde Treiben nicht. Deshalb darf es, ohne das Andenken des Verstorbenen zu verletzen, pietätvoll abgeschafft werden.

Nicht nur **Joachim Schoss** ist als Unternehmer erfolgreich, er hat auch eine tüchtige erste Frau. **Franca Courtin Schoss** ist Sängerin und tritt demnächst in Zürich auf. Joachim Schoss wurde als Mitbegründer des Internetmarktplatzes Scout 24 reich, berühmt wurde er, als er vor zehn Jahren in Südafrika bei einem Motorradunfall Arm und Bein verlor und dann

die Stiftung My Handicap gründete. **Franca Courtin**, die Mutter seiner beiden Söhne aus erster Ehe, nahm ihre Karriere nach der Scheidung wieder auf. Die Schweizerin, deren Vorfahren Zuckerbäcker in Graubünden waren, tritt als Alt-Solistin im Mozart-Requiem in der Kirche St. Peter in Zürich auf (9. November). Courtin: «Meine Rolle ist klein, aber das Konzert ist hörenswert. Grosser Chor, und das Orchester spielt mit alten Instrumenten.»

Eine tüchtige Frau hat auch **Pierre Koller**, Gründer und Seniorchef der Galerie Koller.



Stellt selber aus: Galeristin Koller.

Seine Frau **Ursula Koller**, Mutter seiner vier Söhne, hat eine Kunstgalerie in Zürich West (macht dort auch Wohltätigkeitsauktionen, zuletzt zu-

gunsten der Nuklearkatastrophenopfer in Fukushima, wo ihr Mann den Hammer schwang). Sie ist auch als Malerin tätig, zeigt ihre lustvoll-bunten Bilder in der Galerie Vogtei Herrliberg.

Der Basler Unternehmer **Philippe Winter**, Stütze des Engadiner Jetsets, darf stolz sein auf seine Kinder. Sohn **Nikolai Winter** aus der Ehe mit der ehemaligen Eiskunstläuferin **Brigitte Walter** macht seinen Weg als Künstler. Er stellt in der Parkanlage des «Baur au Lac» («Art in the Park») aus. Aufgewachsen in der Welt, in der man Rolls-Royce fährt, war eines seiner ersten Werke, dass er einen Rolls-Royce zerlegte und daraus einen Buddha machte. Philippe Winters Tochter aus erster Ehe mit der Tiroler Kristallerbin **Marina Swarovski**, die rasante **Fiona**, in vierter Ehe mit dem skandalgebeutelten österreichischen Ex-Minister **Karl-Heinz Grasser** verheiratet, sammelt Pluspunkte als Tierfreundin. Sie ist Schirmherrin des ersten Tierballs in Wien (8. November), dessen Gesamterlös hilfsbedürftigen Tieren zukommt.

Die Rundum-Erneuerung am Zürcher Opernhaus unter **Andreas Homoki** macht vor nichts halt und bringt erfreuliche Novitäten. In den Toiletten wurden die Händetrockner von Dyson entfernt, es gibt wieder Handtücher-Automaten. Scheint marginal, ist aber wichtig. Die elektrischen Händetrockner waren unbeliebt, da in ihrer Lautstärke Horror für das sensible Opernhausbesucher-Ohr.



Die Sache mit dem Händetrockner: Homoki.

Tolle Nachricht aus St. Moritz. Das Poloturnier findet vom 24. bis 27. Januar 2013 statt. Letzten Winter fiel es aus, weil das Eis im See nicht dick genug war (Klimaprobleme), vor zwei Jahren gab es wegen lokalpolitischer Probleme nur ein Länderturnier (Frankreich gewann). 2013 gibt es wie seit je ein Turnier der Sponsoren: Cartier, Deutsche Bank, Ralph Lauren und BMW. Verwaltungsratspräsident der St. Moritz Polo AG **Urs E. Schwarzenbach**, im Engadin eine grosse Nummer, ist enthusiastisch dabei und wird als *host* vor Ort sein.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Meine Fortsetzung

Unser Kolumnist reist (weiter) in Brasilien. Nachdem er es aufgegeben hatte, Schönheiten zu finden, wurde es gemütlich.
Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in Búzios (im Bundesstaat Rio de Janeiro, Brasilien; MvH-Oftleser mit gutem Gedächtnis wissen Bescheid). Bevor ich von dort erzähle, schreibe ich etwas, was man im Grunde nicht schreiben sollte: Auf wenige Kolumnen bisher bekam ich mehr Rückmeldungen als auf die von vergangener Woche (man sollte das nicht schreiben, weil man so darauf hinweist, dass man auf andere Texte kaum Rückmeldungen bekommt). In der Kolumne stand, verkürzt, die Mehrheit der Frauen in Rio, die ich gesehen habe, hatten Übergewicht und/oder waren nicht besonders schön anzusehen (verglichen mit meiner Vorstellung auf jeden Fall). Leser, die sich meldeten und bereits in Brasilien waren, schrieben ungefähr: «Endlich mal einer, der es sagt» (macht man doch gerne, als MvH); solche, die das Land nicht kennen, neigten zu Zweifeln (und eine Leserin wies darauf hin, dass man nach Horizontina im Süden hätte fahren müssen, weil Gisele von dort komme und es im Staat Rio Grande do Sul zahlreiche typähnliche Mädchen geben soll).

Ich fuhr stattdessen nach (Armação dos) Búzios, nordöstlich von Rio (weil man zu tun hat als Ihr Kolumnist), das im Land als «St-Tropez Brasiliens» bezeichnet wird (was ziemlich viel verspricht, finde ich; ich war Gast von Kuoni). Die Bezeichnung, übrigens, gaben die für den Tourismus Verantwortlichen der Halbinsel erst fünfzehn Jahre oder so nach dem Besuch von Brigitte Bardot in den sechziger Jahren (weil in den siebziger Jahren eine Frau der feinen brasilianischen Gesellschaft dort getötet worden war

und man fand, das Urlaubsgebiet sollte besser für etwas anderes bekannt werden). Mir haben die Strände – es gibt 23 davon – gefallen. Und ich empfehle einen Aufenthalt im «Insólito»-Boutique-Hotel, wo es ein Restaurant gibt zudem, in dem man gut isst. Was die Sichtung von *Brazilian bombshells* angeht: Búzios ist ein Wochenend- und Ferienzweckort für (vor allem) Einwohner (plus Einwohnerinnen) Rio de Janeiro (zu der Zeit, als Ihr Kolumnist dort war, waren in Rio «Kartoffelferien», kein Witz, Quelle: Reiseführer, von Beruf Lehrer). Mit anderen Worten: keine *bombshells*-Sichtung.

Mein nächstes Ziel war Paraty zwischen Rio und São Paulo. «Die Stadt besticht durch ihre fast vollständig erhaltene historische Architektur aus dem 17. Jahrhundert. Die Häuser sind weiss gestrichen mit bunten Fenster- und Türumrandungen. Strassen haben grobes Kopfsteinpflaster, das von Sklaven verlegt wurde. Bei Hochwasser strömt die Flut in die Gassen», steht bei Wikipedia. Es sieht also ähnlich aus wie die Altstadt von Ibiza, was MvH gefällt. Man befindet sich dort ausserdem 350 Kilometer oder so näher an Horizontina (Sie erinnern sich) respektive in dem Ort, in dem Bewohner von São Paulo Ferienhäuser haben. In der Stadt mit der grössten Bedeutung des Landes, was Wirtschaft angeht, waren keine «Kartoffelferien», so sah es aus. Oder möglicherweise sehen Frauen aus São Paulo ähnlich aus wie aus Rio de Janeiro ... (man weiss, nehme ich an, worauf ich hinauswill).

Was mir dagegen gefallen hat (ausser der Landschaft, eine Art Fjord, der vom offenen Meer rund dreissig Kilometer in das Land hineinreicht, mit sandigen Buchten und grünem Wasser, in dem man neben Schildkröten [*Cheloniidae*] schwimmen kann): das Paraty House des Architekten Marcio Kogan. Es handelt sich dabei um ein Gebäude aus zwei aufeinandergestellten «Betonschachteln». Im Grunde ist es in Brasilien nicht erlaubt, Strandabschnitte zu privatisieren. Doch auf dem Grundstück gibt es Wächter, die Waffen tragen angeblich, und sie sollen einen davon abhalten, dort anzulegen. Das Paraty-Haus gehört der Marinho-Familie, deren Mediengruppe etwa das grösste brasilianische und lateinamerikanische TV-Netzwerk Rede Globo gehört. Man sagt ferner, den Marinhos gehöre Brasilien, was bestimmt übertrieben ist, aber vom Entwurf her nicht falsch (*a long way to go*, Ringier-Familie).

Die gute Nachricht aus Paraty: Es gibt recht viele Geschäfte, in denen man Dinge einkaufen kann, die man wirklich nach Hause mitnehmen möchte (sonst fand Ihr Kolumnist das brasilianische Angebot nicht besonders kaufenswert, dafür teuer, weil die Währung überbewertet ist), etwa Kunsthandwerk bei «Armação Paraty». Ausserdem mehrere besuchenswerte Restaurants: «Margarida Café» und «do Hiltinho», auf einer nahe gelegenen Insel, die man nur mit dem Boot erreicht.

Gesellschaft

Am Flughafen

Von Beatrice Schlag — Gürtellose Passagiere auf Socken. Und kein Fortschritt in Sicht.

Meine Mutter fliegt selten. Die ständig wechselnden Regeln für im Handgepäck erlaubte Gegenstände kümmern sie wenig. Ausserdem ist sie in einem Alter, in dem sie Vorschriften für etwas



hält, was eher für Jüngere gilt. Jedenfalls sagte der Beamte hinter dem Apparat, der ihre Handtasche durchleuchtet hatte, er müsse ihr Gepäck leider überprüfen. Er förderte zwei Scheren zutage. Nicht Manicure-Scherchen, sondern ausgewachsene Scheren. Die grössere war mindestens zwanzig Zentimeter lang. Meine Mutter gluckste überrascht. Die Scheren mussten schon seit Monaten da in der Tiefe der Tasche gelagert worden sein. «Die kann ich Ihnen leider nicht durchlassen», sagte der Beamte, er klang etwas verlegen. Meine Mutter nickte und entschuldigte sich. Dann nestelte sie ihrerseits länger in der Tasche. «Das ist alles, was ich Ihnen für Ihre Freundlichkeit anbieten kann», sagte sie schliesslich und streckte ihm eine angebrochene Packung Gummibärchen entgegen. Ich wollte versinken. Der Beamte sah sie glücklich an und fragte: «Wie viele darf ich nehmen?» Sie drückte ihm die Packung in die Hand. «Was hast du eigentlich gegen diese Kontrollen?», fragte sie mich, als wir unsere Schuhe wieder anzogen.

Alles. Menschen in Socken und auf Strümpfen, die an ihren Gürteln zerrten, strahlen aus allen Poren Verlegenheit aus. Warum muss man so dastehen, nur weil man einen Flieger braucht? Nach 9/11 protestierte keiner. Man glaubte an eine vorübergehende Massnahme. Und dann, als jeder begriff, dass die Welt sich geändert hatte, an technischen Fortschritt, der den Plastiktüten mit den Mini-Flüssigkeiten, den Computer- und Schuh-Checks ein Ende machen würde. Elf Jahre später hat sich nichts geändert. Hunde, schrieb die *New York Times* vor wenigen Tagen, seien immer noch die beste Versicherung gegen Bomben. Aber noch wissen die Forscher nicht, wie das Hundehirn sie ausmachen kann. Es gibt wenig Aussichten auf schnelle Besserung, auf klügere Schranken. Die Option Gummibärchen, oder was immer Sie Süsses in der Tasche haben, ist möglicherweise bei so wenig Fortschritt bedenkenenswert.

Ihr Weg zu echter Spitze

Von Jürg Zbinden

1 — Der britische Film «Girl with a Pearl Earring/Das Mädchen mit dem Perlenohrring» hat 2003 das leicht verstaubte Image der Perle aufpoliert (Perlen darf man hingegen nicht polieren – säubern in lauwarmem Seifenwasser und lufttrocknen lassen). Die Ohrhänger aus Weissgold 750 mit exotischen Tahiti- und Akoya-Kulturperlen sind bei aller Schlichtheit glamourös, so dass sie ihrer Trägerin sowohl beim Cocktail-Event als auch auf dem *red carpet* zum optischen Vorteil gereichen. Sie kosten Fr. 1190.–, zu kaufen gibt es sie in einer der zwölf Schweizer Filialen von Juwelier Kurz. www.kurzschmuckuhren.ch



2 — Zartrosa Koralle in Weissgold 750, eingefasst von weissen und braunen Brillanten sowie rosafarbenen Saphiren, verleiht diesen Ohrhängern ihren ultrafemininen, äusserst elegant wirkenden Look. Sie kosten Fr. 8100.– und stammen ebenfalls aus der Schmuckkollektion von Juwelier Kurz. www.kurzschmuckuhren.ch



3 — Kompetente und freundliche Beratung ist – falls eine Beratung gewünscht wird – in den Boutiquen führender Luxus-Prêt-à-porter-Labels leider nicht selbstverständlich. Ganz anders in der im Zürcher Seefeld gelegenen Boutique Modestrom, wo sich Kundinnen rundweg willkommen fühlen. Bei Modestrom finden Schuhfetischistinnen beispielsweise die coolen High Heels von Burak Uyan. Oder diese atemberaubende, vorne und am Rücken mit Spitze besetzte Abendrobe von Malene Birger. Das schwarze Kleid atmet förmlich Haute Couture, kein Mensch würde es fertig an einer Kleiderstange vermuten. Und das zu einem unschlagbaren Preis-Leistungs-Verhältnis – die *black beauty* kostet nämlich einmal Fr. 749.–. Erhältlich bei Modestrom #110, Seefeldstr. 110 in Zürich.



4 — In den letzten Jahren erfreuen sich die Weihnachts-Coffrets zunehmender Beliebtheit, sowohl bei den schenkenden Männern als auch bei deren Freundinnen, Ehefrauen oder Töchtern. Das rosafarbene Coffret «For Her» des amerikanischen Modeschöpfers Narciso Rodriguez enthält ein Eau de Toilette mit 50 ml sowie einen praktischen, 10 ml fassenden Taschenspray. Das genauso gut als Geburtstagsgeschenk taugende Coffret kostet Fr. 108.–, und erhältlich ist es ab Ende Oktober im Fachhandel.



Wehret den Anfängern

Von *Andreas Thiel* — Alles fliesst? Alles steht. Aber nicht zum Besten. Der Bundesrat steht und fällt Rede und Antwort.

Moderator: Und wieder einmal begrüßen wir Sie zu unserer beliebten Sendung «Es geht um die Wurst – und der Bundesrat gibt seinen Senf dazu». Nachdem wir letzte Woche zusammen mit Ueli Maurer und Johann Schneider-Ammann über Zucht und Ordnung in der Schweizer Viehzuchtverordnung geredet und diese mit der antiautoritären Kuhhaltung in Indien verglichen haben, reden wir heute über die autoritäre Verkehrsregelung in der Schweiz. Wir leben ja im einzigen Land der Welt, welches mehr Verbotsschilder als Strassen hat. Herr Berset, kommt die antiautoritär erzogene Generation mit der Freiheit nicht mehr klar und sehnt sich nach autoritärer Erziehung von Seiten des Staates?

Berset: Äh, wie?

Moderator: Danke für diese klare Antwort. Nun zu Ihnen, Frau Sommaruga. Stimmt es, dass rote Verkehrsplaner dafür sorgen, dass die Zeiten, in welchen Verkehrsampeln Rot zeigen, die Dauer der grünen und orangen Phasen um ein Mehrfaches übersteigen, um die Bürger bei der Wahl ihrer Parteifarbe zu beeinflussen? Dass die SP immer mehr Wähler an die Grünen und die CVP verliert, ist ja bekannt.

Sommaruga: Äh, wie?

Moderator: Ich sehe, Sie haben Ihre Antworten vorher untereinander abgesprochen. Was sagt denn unsere Verkehrsministerin zum Vorwurf, dass ihr Departement ganz bewusst den Verkehr zum Stillstand bringt, weil es so für die Verkehrsstatistiker einfacher ist, die Autos zu zählen?

Leuthard: Ich finde, wir sollten alle daran glauben, dass, wenn man den Statistiken Glauben schenken darf, wir zur Hoffnung Anlass sehen können, dass das, was wir sehen können, als Geschenk anzunehmen, der Anlass uns verpflichtet.

Moderator: Äh, wie?

Leuthard: Es ist das Recht des Bürgers, einmal gestellte Erwartungen nach ihrer Erfüllung zu verantworten. Was wir bieten, sind nur die Bedingungen, welche zur Stellung der Fragen ...

Moderator: Bitte nehmen Sie sich ein Beispiel an Herrn Berset. Der kann sich beim Nichts-sagen wenigstens kurz fassen.

Leuthard: Ich wollte nur gesagt haben, dass



das, was man sagen wird, mit dem, was man sagt, nichts ...

Moderator: Ja, ja. Und nun zu Ihnen, Frau Widmer-Schlumpf. Zurückhaltung gehört ja nicht gerade zu Ihren Stärken, wenn es um staatliche Regulierung geht. Und das, obwohl Sie im Bundesrat eine Kleinstpartei vertreten. Sie sind ja sozusagen der kreuz und quer geschlagene Pfeilgiftfrosch im Gesetzesdschungel.

Widmer-Schlumpf: Äh, wie?

Moderator: Das haben Ihre sozialdemokratischen Bundesratskollegen auch gesagt. Stimmt es, dass Sie mit Deutschland gerade ein Verkehrsabkommen aushandeln, welches es den Schweizer Behörden erlauben wird, Schweizer Automobilisten auch auf deutschen Autobahnen zu büssen, wenn sie schneller als 120 km/h fahren?

Widmer-Schlumpf: Man kann unsere Verkehrspolitik auch positiv sehen. Wer im Stau steht, hat mehr von der Landschaft. Gerade für Architekturinteressierte sind grüne Wellen oft ein Ärgernis. Ich sage immer: Wer nichts zu verbergen hat, muss die Stadt ja auch nicht fluchtartig verlassen.

Moderator: Äh ... na ja. Herr Burkhalter, Sie sind doch Fussgänger. Sehen Sie bei all den

Fussgängerampeln in den Städten nicht rot? Bleibt die Gesellschaft da nicht kollektiv stehen?

Burkhalter: Wieso? Vor roten Fussgängerampeln bleiben doch nur die Deutschen stehen. Da geht es in erster Linie um ein kostengünstiges und effizientes Verteidigungsdispositiv. Sollten die Deutschen irgendwann wieder einmal losmarschieren, dann schalten wir in der Schweiz einfach alle Ampeln auf Rot.

Moderator: Ich danke Ihnen für dieses hochstehende Gespräch. Und Sie, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, schalten Sie auch nächstes Mal wieder zu, wenn es heisst «Der Brei ist heiss – und der Bundesrat redet um ihn herum».

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Lost in the Stars

Von *Peter Rüedi*



Montalcino IV. Aufwendig errichteten Überbauten misstrauere ich. Beim Essen, beim Wein, im «materiellen Leben». Zu viel Tafelmusik verdirbt dem alten Adam in mir den Appetit, und der kleine Finger will sich nun mal nicht von der Teetasse spreizen. So schluckte ich auch erst einmal leer, als ich eines heissen Nachmittags bei der Familie Sesti auf Castello di Argiano im weiten Süden von Montalcino eintraf. Hier war alles bedeutend, alles geschmackvoll, alles gebildet. Die First Lady des Betriebs, Elisa Sesti, in Italien und England erzogen, ein Jahr an der Sorbonne, promovierte Architektin und ausgebildete Bühnenbildnerin, Tochter einer Pferdezüchterin und eines Vaters, der einen beeindruckenden Band über die Geburt der Astronomie aus der Mythologie publizierte (Giuseppe Maria Sesti: «Die Geheimnisse des Himmels. Geschichte und Mythos der Sternbilder», Dumont, 1997) – Signora also könnte prima vista auch ein Auktionshaus leiten oder eben ein Architekturbüro.

Ihre Riserva heisst «Phenomena» und feiert mit einer einmaligen Etikette jährlich ein anderes astronomisches Ereignis (2006 die totale Sonnenfinsternis vom 29. März). Das macht den Wein nicht besser, aber das hat der auch keineswegs nötig. Auf Sestis rund neun Hektaren entstehen mit die elegantesten, nuanciertesten, verspieltsten, inspirierendsten Brunelli der ganzen Appellation. Parkers Antonio Galloni war so beeindruckt von der Gastgeberin, dass er den Brunello 2007 «feminin» nannte. Wie immer, einer der «burgundischsten» ist er mit seiner floralen Nase in jedem Fall. Der Alkohol ist ihm kaum anzumerken. Hinter dem blütenstiebenden Bouquet zeigt er allerdings auch Charakter. Würzige, frisch-minzige Noten. Und eine enorme Länge – im Mund, wie auch, absehbar, im Keller. Ein grosser Finish unserer Montalcino-Miniserie. Mit der ja gerade mal ein Präludium geträllert ist. Ohne kanonischen Anspruch. Ist doch Italien grösser als Montalcino, und die Welt ist grösser als Italien. Wir kommen zurück.

Sesti, Castello di Argiano: Brunello di Montalcino 2007. 14%. (Nicht zu verwechseln mit der ebenfalls vorzüglichen benachbarten Tenuta di Argiano. Sesti hat noch keinen Vertreter in der Schweiz. Es lohnt sich, in italienischen *enoteche* danach zu fragen.)

**Jetzt
am Kiosk**



MEHR STARS. MEHR SCHWEIZ.

**SCHWEIZER
ILLUSTRIERTE**



Auto

Eine schöne Überraschung

Aus dem einstigen Günstigmodell von Kia wurde in der neuesten Auflage des Rio ein attraktiver Kompaktwagen. *Von David Schnapp*

Es gibt Autos, die machen einem Freude von dem Moment an, in dem man sich hingesetzt hat. Zu meiner eigenen Überraschung ging mir das so bei dem neuen Kia Rio, dem Kompaktwagen des koreanischen Herstellers in der Polo-Klasse. Der Rio war bisher eher im Günstigsegment angesiedelt und sah auch so aus. Das hat sich mit der neuesten Generation gründlich geändert. Der neue Rio ist schon äusserlich ein attraktives Auto mit gelungener Linienführung. Die schrägstehenden Frontleuchten mit LED-Tagfahrlicht versprechen Dynamik, und in der Farbe «Wendy

Brown», mit der mein Testwagen lackiert war, wirkte der Kleine durchaus vornehm.

Aber vor allem macht der lichte Innenraum – hier und da eine Schwachstelle bei asiatischen Autos – einen erfreulich aufgeräumten und edlen Eindruck. Schöne Instrumente und Schalter, eine übersichtliche, sofort verständliche Bedienungsführung und ein hervorragendes Multimediasystem mit Navigation, das wohl zu den besten seiner Klasse gehört (enthalten im «Luxury Pack», in dem auch Ledersitze, schlüsselloser Zugang, Rückfahrkamera, Lenkrad- und Sitzheizung sowie Schiebedach inbegriffen sind).

Und es kommt halt auf die Details an. Der Anschluss für Audiogeräte liegt gut erreichbar vor dem Schalthebel in der Mittelkonsole. Es gibt sogar eine Vertiefung, in die man sein Telefon legen kann. Ebenda finden sich auch zwei Zwölf-Volt-Buchsen, praktische Ablagefächer sind ausserdem im Innenraum verteilt. So beginnt die Freude, bevor man überhaupt den Startknopf betätigt hat.

Und sie endet auch danach nicht. Der Rio bleibt, auch wenn der Motor läuft, ein attrak-

tiver Kleinwagen. Das Fahrwerk ist europäisch sportlich abgestimmt, ohne dass zu viel Komfort verlorenght. Leistungswunder sind von dem 1,4-Liter-Benzinmotor nicht zu erwarten. Zwar beschleunigt er im unteren Drehzahlbereich munter, aber bei einem maximalen Drehmoment von 137 Nm ist die Kraft bei 3000 Umdrehungen und Autobahngeschwindigkeit schon ziemlich verpufft. Wer dann noch überholen will, braucht Geduld.

Nicht viel zu jammern

Ein paar Dinge sind dann doch noch aufgefallen. Das Start-Stopp-System beispielsweise mag es nicht, wenn man zu schnell aus dem neutralen in den ersten Gang schaltet. Dann kann es sein, dass der Motor nicht anspringt, was zu peinlichen Situationen führen kann. Auch der Regensensor schien nicht immer Herr über die Wassermassen, die an einem ungeschönen Samstag fielen, als wir den Zürichsee entlang auf der A3 Richtung Glarnerland fuhren. Bei dieser Gelegenheit fiel auch auf, dass es relativ laut wird im Rio, wenn man 120 km/h und mehr fährt.

Fazit: Die leise Kritik ist Jammern auf hohem Niveau. Gesamthaft gesehen, macht der neue Rio einen hervorragenden Eindruck; man erhält zu einem guten Preis ein schön und gut gemachtes Auto und erst noch sieben Jahre Garantie.

Kia Rio 1,4 CVVT Style

Leistung: 109 PS, Hubraum: 1396 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 183 km/h
Preis: Fr. 21 990.–, Testwagen: Fr. 25 540.–



Kaputte Herzen

Mona Gross-Pfeiffer, 61, ist die einzige professionelle Liebeskummer-Therapeutin der Schweiz. Die Ex-Frau von Fussballtrainer Christian Gross weiss aus eigener Erfahrung, was grosses Liebesleid bedeutet.

Die Geschichte: Meine eigene Beziehung hat 33 Jahre gedauert. Es war eine Liebe mit Höhen und Tiefen, aber auch mit Plänen für die folgenden gemeinsamen Jahre. Dann die Gewissheit, es gibt in seinem Parallelleben jemanden, der meinen Platz eingenommen hat. Es folgten Ernüchterung, die nötige Trennung und dann die Scheidung. Es war überwältigend, und heute weiss ich, wie viel Mut und Kraft einem diese Lebensphase, in der man sehr leidet, abfordert. Meinen Schmerz machte ich in den folgenden Monaten zum Dauerthema und strapazierte mein Umfeld dementsprechend. Einige riefen mich nicht mehr an, andere machten einen grossen Bogen um mich, luden mich nicht mehr ein, und viele reagierten gelangweilt bis genervt.

Liebeskummer: In dieser Zeit verlor ich an Gewicht und litt unter gesundheitlichen Problemen. Ich fühlte mich seelisch und körperlich am Boden. Ich litt an einem gebrochenen Herzen. Man spricht auch vom Broken-Heart-Syndrom. Es ist die medizinische Diagnose eines Leidens, das nicht nur physische, sondern auch psychische Folgen haben kann; unzählige Suizide resultieren jedes Jahr aus dem Liebeskummer. Per Zufall erfuhr ich von einer Therapeutin, die sich seit über zehn Jahren mit dem Liebesleid befasst. Ich flog nach Deutschland und liess mich behandeln. Wenig später brachte ich das «Love-Pain-Coaching»-Konzept in die Schweiz.

Klienten: Geht es um Liebeskummer, leiden die Personen aus allen sozialen Milieus gleich stark. Männer flüchten tendenziell schneller in eine neue Beziehung, auch um den Schmerz zu vergessen. Frauen stellen sich der vorhandenen Situation, sie leiden, reflektieren und richten ihren Blick – manchmal mit meiner Hilfe – erneut in die Zukunft. Beim ersten Liebeskummer leiden jüngere Menschen stark, auch weil es sich oft um die erste Zurückweisung handelt. Sie lassen sich aber schneller ablenken, verharren eher kurz und heftig im Liebeskummer. Ältere Menschen bekunden grössere Mühe mit der neuen Lebenssituation und beanspruchen eher professionelle Hilfe.



«Ähnlich wie bei einem Drogenentzug»: Therapeutin Gross-Pfeiffer.

Narzissmus, gepaart mit Liebeskummer, ist eine heftige Verbindung. Dabei geht es weniger um die fehlende geliebte Person, um die gescheiterte Beziehung, um den Verlust als solchen, sondern um die Kränkung des eigenen Egos.

Kalter Entzug: Unsere schnelllebige Konsumgesellschaft lehrt uns, Fehlerhaftes zu entsorgen, Defektes in den Müll zu werfen und Überholtes durch etwas Neues zu ersetzen. Diese Einstellung prägt auch den Beziehungsalltag. Passt das existierende Liebesarrangement nicht mehr, wird nach einem austauschbaren Partner gesucht, der alle Beziehungswünsche erfüllen soll. Der Verlust des geliebten Menschen kann bei den Verlassenen zu Verzweiflung, Angst und Trauer führen. Die amerikanische Anthropologin Helen Fisher steckte frisch Verliebte in den Kernspintomografen und untersuchte ihre Hirnaktivitäten. Dann suchte sie nach Freiwilligen, die verlassen wurden, aber nicht loslassen konnten. Die Er-

gebnisse waren verblüffend. Im Liebesschmerz sind dieselben Hirnareale und Botenstoffe aktiv wie im Liebesrausch. Sämtliche körpereigenen Botenstoffe, darunter Dopamin, Serotonin und Adrenalin, spielen verrückt. Der geliebte Partner aktiviert dieses System normalerweise und löst Glücksgefühle aus. Fehlt dieses Signal, leiden die Unglücklichen unter Entzugserscheinungen: so ähnlich wie bei einem Drogenentzug. Als Therapie hilft daher nur ein kalter Entzug. Der Kontakt zur geliebten Person muss radikal abgebrochen werden. Alle Dinge, die schmerzvolle Erinnerungen hervorrufen, Fotos, Liebesbriefe und Musik – die Souvenirs der gemeinsamen Liebe –, sind wegzuräumen, und sie müssen wegbleiben, bis der Kummer eines Tages nicht mehr vorhanden ist.

Teil 2 in der nächsten Ausgabe

www.liebeskummer-praxis.de
Protokoll: Franziska K. Müller



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur. Erfindung des Tourbillon, 1801

Die Classique Grande Complication Tourbillon 5317 setzt heute die spektakulärste Erfindung Breguets und zweifellos einer der schönsten uhrmacherrischen Komplikationen in Szene. Diese wurde vor zweihundert Jahren entwickelt, um die Auswirkungen der Schwerkraft zu kompensieren. Auf der Rückseite offenbart die Schwungmasse in Form eines „B“ die Schönheit des sorgfältig von Hand gravierten Uhrwerks. Wir schreiben die Geschichte fort...

